

Berichte und Studien Nr. 10

Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR von 1955 bis 1962

Die Politik der Staatspartei
zur Nutzung der Kernenergie

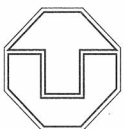
Eckhard Hampe



TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN



HANNAH-ARENDT-INSTITUT
FÜR TOTALITARISMUSFORSCHUNG



Eckhard Hampe

**Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR
von 1955 bis 1962**

Die Politik der Staatspartei
zur Nutzung der Kernenergie

Berichte und Studien

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e. V.
an der TU Dresden

Nr. 10



Eckhard Hampe

Zur Geschichte
der Kerntechnik
in der DDR
von 1955 bis 1962

Die Politik der Staatspartei
zur Nutzung der Kernenergie

Dresden 1996

Titelbild: Tillichbau der Technischen Universität Dresden, Sitz des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V.
an der TU Dresden
Mommsenstraße 13, 01062 Dresden
Tel. (0351) 463 2802, Fax (0351) 463 6079
Redaktion: Walter Heidenreich

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

ISBN 3-931648-09-5

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	7
2.	Der Beginn der Arbeiten in der DDR im Jahr 1955	8
2.1	Anmerkungen zur internationalen Kernenergienutzung und zur Energiewirtschaft der DDR	8
2.2	Erste Maßnahmen in der DDR zur Nutzung der Kernenergie	13
3.	Die Politik der SED-Führung zur Kernenergetik und ihr ideologischer Hintergrund	24
3.1	Anfänge mit großen Erwartungen	24
3.1.1	Der Ministerratsbeschluß vom November 1955 und seine Vorbereitung	24
3.1.2	Bemerkungen zu den technischen und ökonomischen Zielen	31
3.1.3	Die Verknüpfung von Aspekten der Kernenergetik mit der SED-Ideologie, ihre Konsequenzen	33
3.2	Anfangsbedingungen für die Nutzung der Kernenergie 1956 und die 3. Parteikonferenz der SED	38
3.3	Zur Entwicklung von 1956 bis 1958	41
3.4	Verhandlungen und Beschlüsse von 1959	51
3.5	Die Unsicherheiten in der Planung im Zeitraum 1959/60	59
4.	Das Verhältnis der Wissenschaftler zu Partei und Regierung	72
4.1	Persönlichkeiten im Spannungsfeld zwischen Diskriminierung und Verantwortung	72
4.2	Ein prominenter Wissenschaftler in seiner Beziehung zum Apparat der Partei	79
4.3	Kritik von Wissenschaftlern an der Politik der DDR-Führung zum Fachgebiet	87
5.	Zur Fortsetzung der Kernenergieentwicklung: Die Zäsur 1962 und weitere Pläne	93
6.	Resümee	102
7.	Anhang	106
7.1	Zwei Erklärungen am Beginn der Entwicklung von Kernforschung und Kerntechnik in der DDR	106
7.2	Einige wichtige Daten zur Entwicklung der Kernenergienutzung in der DDR bis 1962	110
7.3	Abkürzungsverzeichnis	112
7.4	Quellen und Literaturangaben	113



Der Direktor des ZfK Rossendorf, Heinz Barwich, bei der Inbetriebnahme des Rossendorfer Forschungsreaktors am 16. Dezember 1957 im Gespräch mit Otto Grotewohl und Fritz Selbmann, rechts Kurt Hager.

Quelle: Fotoarchiv des FZ Rossendorf

1. Einleitung

Die vorliegende Studie reiht sich in die Untersuchungen des Hannah-Arendt-Instituts zur Rolle von Hochtechnologien in der Volkswirtschaft der DDR ein. Dabei hatte die Kerntechnik, besonders die Kernenergie-nutzung, im Hinblick auf den erwarteten Nutzen und die notwendigen wissenschaftlich-technischen Anstrengungen, in der frühen DDR eine ähnliche Bedeutung wie Hochtechnologien in heutigen Volkswirtschaften. Für die Administration der DDR, die Führung von Staatspartei und Regierung, war damit eine Testsituation ihrer Leistungsfähigkeit entstanden, deren Untersuchung heute Beiträge zur zeitgeschichtlichen Charakteristik liefern kann.

Mitte der 50er Jahre trat die Kernenergie international auf den Plan. Diese Studie betrachtet den Zeitraum von 1955 bis 1962, von dem mit hohen Erwartungen verbundenen Einstieg der DDR-Führung in die Kernenergienutzung bis zu dem durch die ausbleibenden schnellen Erfolge und wirtschaftliche Zwänge bedingten Abschwung 1961/62. Die Reaktionen der Staatspartei werden betrachtet unter den beiden Gesichtspunkten,

- der Einbeziehung der Aspekte der Kernenergienutzung in den ideologischen Führungsanspruch der SED, ihre Widerspiegelung in Beschlüssen und Handlungen von Partei und Regierung und
- dem Verhältnis der SED-Führung zu den auf diesem Gebiet tätigen Wissenschaftlern, den Versuchen zum politischen Indoktrinieren und dem Verhalten der Betroffenen.

Da es in dieser Studie um die Art und Weise geht, wie das System DDR auf die Herausforderungen reagierte, die in seinem Bereich mit der Nutzung der Kernenergie verbunden waren, werden weder die fachwissenschaftlichen Belange von Kernforschung und Kerntechnik, noch die volkswirtschaftlichen Parameter im Detail untersucht.

Ihren Ausgangspunkt nahmen die Untersuchungen durch die Betrachtung der Wissenschaftsgeschichte des ehemaligen Zentralinstituts für Kernphysik (später Kernforschung) Rossendorf bei Dresden (ZfK).¹ Die

1 Diese an der Zentralbibliothek des heutigen Forschungszentrums Rossendorf (FZR) durchgeführten Arbeiten gehörten hauptsächlich zu einem Projekt, das im Zeitraum von 1993 bis 1995 durch das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst in verdienstvoller Weise finanziert wurde. Als Ergebnis dieser unter der Leitung von Reinhard Koch erfolgten Untersuchungen liegt in der Zentralbibliothek des FZR zur Wissenschaftsgeschichte des ZfK eine Reihe von etwa 12 Heften vor, in der von langjährigen Mitarbeitern des ZfK einzelne Sachgebiete behandelt werden.

genutzten Quellen befinden sich in dem Archiv des ehemaligen ZfK Rosendorf, im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, in den Abteilungen Potsdam des Bundesarchivs Koblenz und ihrer Außenstelle Coswig/Anhalt sowie im Zentralen Parteiarchiv der SED in Berlin, heute in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv integriert.

In den Archiven des ZfK und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften wurden viele der als vertraulich eingestuftten Bestände schon vor der Archivierung in der Umbruchphase 1989/90 vernichtet. In diesem Zusammenhang ist außerdem darauf hinzuweisen, daß es zur Praxis in der DDR gehörte, regelmäßige Teile von nicht mehr benötigten vertraulichen Unterlagen zu vernichten. Dadurch ergeben sich heute empfindliche Lücken bei der Aufarbeitung der Vergangenheit.

2. Der Beginn der Arbeiten in der DDR im Jahr 1955

2.1 Anmerkungen zur internationalen Kernenergienutzung und zur Energiewirtschaft der DDR

Für eine genauere Zuordnung der Thematik müssen zwei wesentliche Komponenten beachtet werden. Es sind dies einerseits die internationale Entwicklung der Kernforschung und Kerntechnik, insbesondere der Kernenergienutzung, sowie andererseits die politische und ökonomische Entwicklung der DDR.

2.1.1 Einordnung in die internationale Entwicklung der Kernforschung und Kerntechnik

Nach dem 2. Weltkrieg bestand in Deutschland durch das vom Alliierten Kontrollrat erlassene Gesetz Nr. 25 vom 29. April 1946 (»Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung«) und speziell durch das Gesetz Nr. 22 der Alliierten Hohen Kommission vom 2. März 1950 (»Überwachung von Stoffen, Einrichtungen und Ausrüstungen auf dem Gebiet der Atomenergie«) ein Verbot zum Betreiben von Kernforschung und Kerntechnik.

Die Rede von US-Präsident Dwight D. Eisenhower am 8. Dezember 1953 vor den Vereinten Nationen, in der er ein »Atoms-for-Peace-Program« vorlegte, war ein Wegbereiter für eine internationale, auf friedliche Anwendungen gerichtete Kernforschung. In diesem Jahr hatte die UdSSR durch die Zündung ihrer ersten Wasserstoffbombe auch auf dem Gebiet der Mehrphasenkernwaffen das US-Atombombenmonopol gebro-

chen. Nun lud der US-Präsident »hauptsächlich interessierte« Regierungen ein, unter denen sich auch die Sowjetregierung befinden sollte, an der friedlichen Verwendung der Atomenergie mitzuarbeiten.²

Ausgehend von den USA setzte sich weltweit die Ansicht durch, daß man mit Hilfe der Kernenergie die Energieprobleme auf längere Sicht und eleganter als mit konventionellen Verbrennungsprozessen lösen könne. Es tauchte die Vision eines anbrechenden friedlichen »Atomzeitalters« auf. Mit der Inbetriebnahme des ersten industriellen Versuchskernkraftwerkes mit einer Leistung von 5 MW am 27. Juni 1954 in Obninsk bei Moskau, das die gewonnene Elektroenergie ins örtliche Netz einspeiste, wurde die Tür zur Kernenergetik endgültig aufgestoßen.

Nun entwickelte sich international 1954 und in den Folgejahren gegenüber der Kernenergie eine sehr optimistische Erwartungshaltung. Typisch dafür ist die 1955 in der Fachpresse abgedruckte Stellungnahme eines amerikanischen Industriellen: »Alles erscheint dem Menschen heute in den Bereich des Möglichen gerückt, und nichts mehr kann ihn überraschen, seit er die Atomenergie beherrschen gelernt hat. Prophezeiungen aller Art, so phantastisch sie auch klingen mögen, können uns, die wir Zeugen so vieler Wunder der Wissenschaft geworden sind, nicht mehr aus der Ruhe bringen.«³

In Genf tagte vom 8. bis 20. August 1955 in einer Atmosphäre internationaler Erwartungshaltung gegenüber der Kernforschung und Kerntechnik die »1. Internationale wissenschaftliche Konferenz über die friedliche Anwendung der Atomenergie«. Zu diesem Zeitpunkt waren in technisch fortgeschrittenen Ländern schon über 50 Kernreaktoren, ein Jahr später sogar mehr als 75, in Betrieb. Man rechnete mit einem bald bevorstehenden verbreiteten Einsatz von Kernkraftwerken.⁴ Dabei waren in den großen Zukunftserwartungen, die sich auf die friedliche Anwendung der Kernforschung gründeten, manche Politiker den Wissenschaftlern sogar noch voraus.

Zum Aufbau einer leistungsfähigen kernenergetischen Industrie beschlossen die Außenminister der sechs Staaten der Montanunion schon im Juni 1955 für die friedliche Nutzung der Kernenergie in ihren Ländern die Bildung der »Europäischen Gemeinschaft für Atomenergie«

2 Vgl. Müller S. 6.

3 Ebd. S. 336.

4 Der Wissenschaftshistoriker Wolfgang D. Müller zitiert den Präsidenten der 1. Genfer Konferenz zum Einsatz der Kernenergie mit einer Äußerung vom Glauben an das »dritte große Zeitalter in der Geschichte der Menschheit«. Ebd. S. 337.

(Euratom). Im Mai 1957 hieß es in einem Bericht der Euratom zum Kernenergieeinsatz: »Wenn unsere Industrien jetzt nicht auf breiter Basis beginnen, zu einem Zeitpunkt, da andere dies schon getan haben, werden sie sich sehr bald außerstande sehen, den voll entwickelten Industrien gegenüber ... wettbewerbsfähig gegenüberzutreten.«⁵

Diese Entwicklungen in den westlichen Industrieländern wurden sicher auch von den Verantwortlichen in der DDR aufmerksam verfolgt. So befanden sich unter den etwa 2 000 Delegierten und Beobachtern der 1. Genfer Konferenz auch zwei Beobachter aus der DDR. Die in der DDR tätige Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) führte auf Anregung der Regierung sofort nach der Konferenz auf verschiedenen Ebenen Veranstaltungen zur Auswertung der Konferenz durch.⁶

Im Zusammenhang mit der 1. Genfer Konferenz veranstaltete die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, zeitlich der Genfer Konferenz vorgelagert, vom 1.-5. Juli 1955 eine internationale Konferenz zur friedlichen Nutzung der Atomenergie mit ebenfalls etwa 2 000 Teilnehmern aus 41 Ländern. Hier war die DDR mit drei Delegierten vertreten, die zunächst durch den Präsidenten der DAW vorgeschlagen und anschließend durch das Politbüro der SED bestätigt wurden.⁷

In der Moskauer Konferenz trat die UdSSR erstmals mit Ergebnissen ihrer friedlichen Atomforschung vor die Weltöffentlichkeit. Eberhard Leibnitz legte am 26. Juni 1955 einen Teilnehmerbericht vor, in dem er die »mehr als bemerkenswerte Offenheit« hervorhebt, mit der in vier parallelen dreitägigen Fachsitzungen und bei ausführlichen Besichtigungen die Fragen der Teilnehmer von sowjetischer Seite beantwortet wurden.⁸ Der Stand der Arbeiten in der UdSSR war für die DDR-Fachleute wichtig. Bisher aber hatten sie davon kaum Kenntnisse und besaßen ebenfalls keine Bewertungskriterien für den Stand der sowjetischen Entwicklungen. In dem Bericht wird dazu von den »völlig unzureichenden Vorstellungen« in der DDR über die Fülle und Qualität der Ausrüstungen in der Sowjetunion gesprochen.

5 Ebd. S. 338.

6 Protokoll der Präsidentenbesprechung der DAW vom 23. August 1955 (Arch BBAW P2/8 46/55). Bei den Veranstaltungen traten zwei namhafte sowjetische Wissenschaftler auf.

7 Es handelte sich um Heinz Barwich, Wilhelm Macke und Eberhard Leibnitz, der von der DAW nachnominiert wurde. Damit konnte ein Mitglied der SED vom Politbüro als Delegationsleiter eingesetzt werden. Arch BBAW P2/7 36/55 und 39/55 sowie SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/427.

8 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/288.

2.1.2 Die wachsende Bedeutung der Energiewirtschaft in der ökonomischen Entwicklung der DDR

Auf den inzwischen aufgebauten politischen Apparat gestützt konnte die SED 1950 an die Verwirklichung der Vorstellungen zu Rekonstruktion und weiterem Aufbau der Wirtschaft der DDR gehen.⁹ Der zur Rekonstruktion aufgelegte und in seinen Kennziffern inzwischen erhöhte Zweijahresplan wurde zum III. Parteitag der SED im Juli 1950 nach den dort gemachten offiziellen Angaben vorfristig erfüllt. Der III. Parteitag verabschiedete den Entwurf für den ersten Fünfjahrplan, in dem auch Embargomaßnahmen des Westens berücksichtigt werden mußten. Dieser Fünfjahrplan (1951-1955)¹⁰ hatte neben der Erhöhung der Produktionskennziffern auch innenpolitische Ziele wie die Vergrößerung des volkseigenen Sektors.

Bemerkenswert ist, daß hier in der Parteipropaganda auf wirtschaftlichem Gebiet, auch Wissenschaft und Technik betreffend, für die DDR eine Vorbildfunktion für Deutschland in Anspruch genommen wurde. So hieß es in der Einleitung zum ersten Fünfjahrplan: »Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt der Fünfjahrplan für die friedliche und demokratische Entwicklung, der Plan für Wohlstand und Fortschritt auf allen Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur große nationale, historische Bedeutung. Dieser Plan zeigt den Menschen in Westdeutschland den Ausweg aus ihrer verhängnisvollen Lage und gibt das Beispiel für die Entwicklung in ganz Deutschland.«¹¹ Der Stil der Propaganda sollte auch für die Behandlung der Kernenergie für die Zeit bis etwa 1962 typisch werden. Er ist zu interpretieren als ein Versuch der Übertragung des Klassenkampfschemas vergangener Epochen auf das sich entwickelnde technologische Zeitalter.

Durch den Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED (9. bis 12. Juli 1952), der den Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe der DDR erklärte, wurde die bisherige Entwicklung noch beschleunigt.¹² Hervorgehoben wurde bei den Vorhaben in der Industrie die Beseitigung der Engpässe in der Energiewirtschaft.

9 Da die Beschlüsse bzw. Maßnahmen der staatlichen Gremien und Einrichtungen der DDR gewöhnlich auf Vorgaben der Führung der SED zurückgingen, wird in dieser Arbeit, wenn nicht zwingende andere Gründe vorliegen, für Entscheidungsfindungen die SED-Führung genannt.

10 Mit dem ersten Fünfjahrplan sollte die Industrieproduktion der DDR verdoppelt werden. Vgl. Weber S. 214-215 und 260-261.

11 Gesetz über den Fünfjahrplan S. 11.

12 Vgl. Bartel S. 402-405.

Am 19. September 1952 faßte das Präsidium des Ministerrates einen Beschluß zur Energiewirtschaft, in dem die Sicherung der Energiekapazität zur wichtigsten Staatsaufgabe erklärt wurde.¹³ Von 1951 bis 1955 verfünffachten sich die Investitionen für die Energiewirtschaft. Neben dem Bau von sechs Industriekraftwerken im Zeitraum von 1953 bis 1955 wurde 1953 mit der Errichtung des Großkraftwerks »Elbe« in Vockerode begonnen, dessen erster Generator 1954 ans Netz ging.

Die Aktivitäten der SED zur beschleunigten Entwicklung der Industrie und insbesondere zur Verbesserung der energetischen Basis nahmen 1954/55 ständig zu, wie der IV. Parteitag vom 30. März bis 6. April 1954 und die beiden nachfolgenden Plenen des ZK der SED zeigten.¹⁴ Ulbricht forderte auf dem IV. Parteitag, daß man als hochindustrialisiertes Land »auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technik immer mit an der Spitze« stehen müsse. Das Jahr 1954 wurde zum »Jahr der großen Initiative« erklärt, was sich zunächst auf die wirtschaftliche Entwicklung, abgeleitet daraus aber auf die politische Stärkung der DDR, bezog. So leuchtet es ein, daß die Debatten zur Kernenergetik 1955 wirtschaftspolitisch bei der SED auf fruchtbaren Boden trafen.

Innenpolitisch hatte die Staatspartei schon bis 1955 in allen Wirtschaftsbereichen mit großen Schritten gewaltsame Umgestaltungen in Richtung auf die angestrebte sozialistische Struktur durchgeführt. Im Jahre 1955 umfaßte der staatliche Sektor der Industrieproduktion über 87% der Gesamtproduktion.¹⁵ Der erste Fünfjahrplan war abgeschlossen. Trotz weiterhin auftretender wirtschaftlicher Krisenerscheinungen trat eine relative Konsolidierung der Herrschaftsstruktur ein. Durch wirtschaftliche Erfolge wollte die DDR-Führung in der Bevölkerung eine größere Zustimmung für sich erreichen. Bis 1959 gelangen deutliche Verbesserungen für die Lebenshaltung der Bevölkerung. Dennoch verließen weiterhin viele DDR-Bürger das Land in westlicher Richtung.

In der Literatur wird für die Mitte der 50er Jahre der Beginn einer Phase technokratischer Reformen, die auch mit ideologisch bedingten Utopien verbunden sind, angesetzt.¹⁶ Es bestand durchaus ein Zusammenhang mit einer Versachlichung der ökonomischen Beziehungen im Zuge der durch die KPdSU eingeleiteten Entstalinisierung. Dieser aus wirtschaftlichen Erfolgen resultierende Optimismus übertrug sich auch

13 Vgl. Mühler

14 Vgl. Bartel S. 249 ff.

15 Vgl. Weber S. 260.

auf die Wissenschaftspolitik. Jedenfalls ordnen sich die damaligen Vorstellungen von der Kernenergetik in der DDR gut in dieses Bild ein.

2.2 Erste Maßnahmen in der DDR zur Nutzung der Kernenergie

Im Jahre 1955 ging die SED-Führung auch ohne die demokratische Zustimmung der Bevölkerung an die wirtschaftliche Realisierung ihres Sozialismuskonzeptes. Die internationale Konjunktur der Kernenergie kam da gerade recht. Entsprechend den geschaffenen politischen Tatsachen schloß eine Konferenz zwischen der UdSSR und der DDR vom 17.-20. September 1955 in Moskau mit einem Vertragsabschluß über die Beziehungen zwischen beiden Ländern ab. Darin wurde der DDR hinsichtlich der Innen- und Außenpolitik Unabhängigkeit gewährt.¹⁷ Die völkerrechtlichen Sperren für Kernforschung und -technik waren damit für die DDR gefallen. Jetzt war der Weg frei für einen entsprechenden Beschluß der DDR-Regierung. Dazu heißt es in einem Bericht des »Amtes für Kernforschung und Kerntechnik« (AKK): »Die Arbeiten zur friedlichen Nutzung der Atomenergie in unserer Republik begannen 1955 auf der Grundlage des Politbüro-Beschlusses vom 2. 11. 1955 'Maßnahmen auf dem Gebiet der Kernphysik und ihrer Anwendungsgebiete' und des Ministerratsbeschlusses vom 10. 11. 1955.«¹⁸ Damit wurde der Vorrang der Parteientscheidung betont und zugleich von den bereits längere Zeit vor diesem Termin durchgeführten Aktivitäten abgelenkt. Auf dieses Datum für den Beginn der einschlägigen Arbeiten in der DDR wurde in den offiziellen Erklärungen besonderer Wert gelegt.

Im folgenden werden diejenigen Vorgänge in der DDR zu Kernforschung und Kerntechnik, insbesondere zur Kernenergetik, genannt, die vor diesem Beschluß bzw. seiner direkten Vorbereitung stattfanden. In der dafür kritischen Zeit von 1954 bis 1955 liefen einige Prozesse zum Aufbau von Kernforschung und -technik parallel ab, die sich aus den Quellen zwar nicht vollständig rekonstruieren lassen, die aber die Dring-

16 Vgl. Meuschel. Zu der damals vorherrschenden Haltung der DDR-Führung schrieb Sigrid Meuschel: »Der Optimismus stützte sich auf die Annahme, nun, da die sozialistischen Eigentumsverhältnisse gesiegt hatten, können sich die ökonomischen Gesetze des Sozialismus voll entfalten.« Wie Sigrid Meuschel ausführte, glaubte die SED-Führung noch, die allgemeine Krise des Kapitalismus stehe kurz bevor. Der Sozialismus, so nahm man an, hat dann eine Chance, wenn er sein System der Planung und Leitung rationalisiert.

17 Vgl. Weber S. 258. Vgl. SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/442. Otto Grotewohl berichtete am 21. September 1955 in einer Sondersitzung des Politbüros.

18 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2A/674.

lichkeit verdeutlichen, mit denen die Verantwortlichen diesen Dingen gegenüberstanden.

Ähnlich wie bei der Begründung der Luftfahrtindustrie fungierte auch für die Kernforschung und Kerntechnik das »Amt für Technik beim Ministerrat der DDR« unter Leitung des Staatssekretärs Ernst Wolf als organisatorische Keimzelle und administrativer Träger erster Maßnahmen. Dies belegen zahlreiche Quellen. In dieser Dienststelle wurde die Struktur des später durch Ministerratsbeschuß¹⁹ gebildeten AKK vorgeformt. Wie später am 13. September 1955 in einer Sitzung des »Kleinen Beirates« erläutert, wurden erste hauptamtliche Mitarbeiter im Amt für Technik unter der Bezeichnung »Verwaltung Energiebedarf« geführt.²⁰

An dieser Stelle ist auf die ersten Aktivitäten zur Kerntechnik auf dem Boden der DDR, nämlich die Wiederaufnahme und den umfangreichen Ausbau der Uranerzförderung ab 1946 im Erzgebirge hinzuweisen, die unter sowjetischer Regie stattfanden. Sie wurden ab 1954 in einer sowjetisch-deutschen Aktiengesellschaft (SDAG Wismut) bis 1990 weitergeführt. Es gelang den Einrichtungen der DDR bekanntlich nie, einen Zugriff auf die geförderten Erze zu erhalten und sie etwa in eine eigene Kernbrennstoffwirtschaft einzubeziehen.

2.2.1 Frühe Unternehmungen zur Kernforschung im Jahr 1950

Die Leitung der DAW behandelte am 30. Mai 1950 die Planung eines Forschungsinstituts für Kern- und Atomphysik in Miersdorf bei Zeuthen.²¹ In der Sitzung der zuständigen Klasse am 19. Oktober 1950 wurde der Vorschlag nochmals diskutiert, schließlich gebilligt und unter dem 16. November 1950 der Plenumsbeschuß gefaßt.²² Dem Aufbau des Instituts ging eine Unterredung der Professoren Friedrich Möglich und Robert Rompe und dem Wissenschaftsorganisator Hans Wittbrodt

19 Die in dieser Studie erwähnten Ministerratsbeschlüsse wurden durch das Präsidium des Ministerrates gefaßt. In der Studie wird dafür verkürzt, wie in der Literatur häufig, die Bezeichnung »Ministerratsbeschuß« verwendet.

20 BArch Potsdam DF1/70.

21 Es ging um Arbeiten am Standort der kernphysikalischen Arbeitsstätte der ehemaligen Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost. Mit Dr. Otterbein referierte ein ehemaliger Mitarbeiter dieser Einrichtung.

22 Arch BBAW AKL 29.

mit Ulbricht voraus.²³ Wesentliche Baumaßnahmen zogen sich in Miersdorf bis zum Sommer 1953 hin.²⁴

Unter dem Präsidenten der DAW Walter Friedrich wurde am 19. Oktober 1950 ein Kuratorium für die Begründung kernphysikalischer Forschung ins Leben gerufen.²⁵ Das Mitglied dieses Kuratoriums, Robert Rompe, gründete in der Folgezeit eine »Kommission für kernphysikalische Forschung«, die am 22. Januar 1955 in der Sitzung des erweiterten Präsidiums der DAW unter gleichem Namen neu konstituiert wurde.²⁶ Diese Kommission hatte sämtliche Arbeiten kernphysikalischer Art und Arbeiten, bei denen radioaktive Isotope verwendet wurden, zu betreuen. Ausdrücklich wurde die erste Form der Kommission durch das Präsidium der DAW am 31. Mai 1956 aufgelöst.²⁷

2.2.2 Überlegungen im Apparat des ZK der SED zur Entwicklung der Kernforschung

Die erste bei den Recherchen im Archiv des ZK der SED aufgefundene Quelle ist die Aktennotiz einer vertraulichen Aussprache des ZK-Mitarbeiters Zöllner mit drei SED-Genossen aus Kernphysik und Wissenschaftsorganisation zur Situation der kernphysikalischen Forschung in der DDR. Am 7. Juli 1954 fand die Begegnung deutlich vor der im Folgejahr einsetzenden umfassenden Aufbauphase statt und diente besonders einer Bilanz bisheriger Aktivitäten.²⁸ Vier Forschungsstandorte mit ihren Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten sowie die politische Einstellung ihrer Leiter wurden analysiert. Auch die politische Haltung wei-

23 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/288. (Zöllner-Notiz vom 7. Juli 1954). – Robert Rompe, wissenschaftlich von Anfang an zur Kernforschung tätig, fungierte als SED-Mitglied für die Parteiführung über Jahrzehnte als Verbindungs-, offenbar auch als Gewährsmann.

24 Ebd.: Am 7. Juli 1952 hieß es in einem Schreiben an die Staatliche Plankommission (SPK): »Aus leicht ersichtlichen Gründen soll das Institut bis auf weiteres den Namen 'Institut Miersdorf' führen.« – Die Sowjetische Kontrollkommission, die wichtige Unterlagen in russischer Sprache erhielt, äußerte am 6. Dezember 1952 explizit den Wunsch nach weiteren Informationen über das Institut.

25 Ebd.

26 Arch BBAW P2/7 4/55.

27 Arch BBAW AKL 347.

28 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/288. – Im Apparat des ZK der SED wirkten bei der Organisation von Kernforschung und Kerntechnik besonders die Abteilungen »Wissenschaft und Propaganda« (später »Wissenschaften«) und »Maschinenbau und Metallurgie« mit, in denen auch die wissenschaftlichen Vorbereitungen koordiniert und bearbeitet wurden.

terer, in der Kernforschung tätiger Wissenschaftler war ein wichtiger Gegenstand. Der Bau eines eigenen Reaktors mit sowjetischer Unterstützung »bis spätestens 1960« wurde einschließlich der Standortproblematik detailliert erörtert. Eine Fachkommission sollte sofort, im Zusammenhang mit einer Institutsgründung, die wissenschaftlichen Vorarbeiten für den Reaktorbau beginnen. »Mit der notwendigen Konsequenz und Hartnäckigkeit« und »unter Anspannung aller Kräfte« sollten die neuen Aufgaben durchgeführt werden.

Am 9. November 1954 wurde in der Abteilung Wissenschaft und Propaganda des ZK eine Notiz angelegt über ein Gespräch mit einigen Wissenschaftlern, die den Wunsch äußerten, Isotopenchemie betreiben zu wollen.²⁹ In diesem Zusammenhang hieß es: »Das Kontrollratsgesetz führt zu einem schwerwiegenden Zurückbleiben der Chemie in der DDR und auch gegenüber Westdeutschland.« Die Anwendung radioaktiver Isotope wurde gefordert.

Es ist ersichtlich, daß man sich schon vor der 1. Genfer Konferenz und weit über ein Jahr vor dem betreffenden Ministerratsbeschuß in der Staatspartei Gedanken zu einem schnellen Beginn der Kernenergienutzung machte. In dieser Zeit wurden mehrere Memoranden und Begründungen von Maßnahmen zur physikalischen Forschung in der DDR, speziell zur Kernphysik sowie zur Anwendung radioaktiver Isotope ausgearbeitet. Besonders zu dieser Problematik reichte der ZK-Mitarbeiter Zöllner unter dem 13. Januar 1955 eine Beschlußvorlage der Abteilung »Wissenschaft und Propaganda« für das Politbüro ein.³⁰ Sie enthielt zehn Vorschläge zur Aufnahme der Arbeiten und schließt: »Für unseren wissenschaftlichen Fortschritt in der gegenwärtigen Etappe ist diese bei uns herrschende Situation zu einem wesentlichen Hemmnis geworden.« Nach den Protokollen des Politbüros wurde diese Vorlage nicht beraten. Offensichtlich fühlte man sich durch die völkerrechtliche Situation noch daran gehindert.

Die Analyse der politischen Haltung besonders der profilierten Fachleute sowie die Vorschriften zur Vertraulichkeit der künftigen Arbeiten wurden im Parteiapparat offenbar nie aus dem Auge verloren. Man wollte sicher auch einen Vorlauf für die in nächster Zeit zu treffenden Entscheidungen zur Besetzung leitender Stellen und die aufzubauenden Strukturen schaffen. Entsprechende Unterlagen finden sich in den Akten der Abteilung »Wissenschaft und Propaganda« des ZK. So liegt ein streng

29 Ebd.

30 Ebd.

vertrauliches Protokoll über die »Atomspezialisten« der TH Dresden vom 5. Mai 1955 vor.³¹ Vor allem wurde hier mit Manfred von Ardenne und Wilhelm Macke über den Grad der Geheimhaltung ihrer zukünftigen Arbeiten diskutiert. – Eine von Zöllner etwa im Mai 1955 angefertigte sehr detaillierte Akte über »fachlich und gesellschaftlich qualifizierte Genossen mit Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernphysik«, ist bemerkenswert.³² Sie umfaßte neun SED-Genossen von Karl-Friedrich Alexander bis Robert Havemann. Vertrauenswürdige SED-Mitglieder hob der Autor besonders hervor, auch wenn er »bei den Kaderfakten« einige Mängel zu erkennen glaubte.

2.2.3 Vorbereitende Maßnahmen der UdSSR

Im Rahmen dieser Studie wurden die internen zwischenstaatlichen Vorgänge vor dem November 1955, die zur Überlassung sowjetischer Kerntechnik an die DDR zwischen beiden Regierungen abliefen, nicht untersucht. In dem Communiqué der III. Tagung der sowjetisch-deutschen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Oktober 1954, das am 9. November 1954 im Arbeitsprotokoll des Politbüros bestätigt wurde, wurde die Kerntechnik jedenfalls nicht erwähnt.³³ Es gab aus dem Kreis dieser Kommission keine Hinweise auf die Überlassung sowjetischer Kerntechnik an die DDR.

Bereits um den Jahreswechsel 1954/55 faßte die Regierung der UdSSR einen Beschluß über den Aufbau eines kernphysikalischen Forschungsinstituts in der DDR. Dies geht aus dem Sitzungsprotokoll des Präsidiums der DAW vom 22. Januar 1955 hervor.³⁴ In dem Protokoll hieß es unter Punkt 4: »a) Der Beschluß der Regierung der UdSSR, in der Deutschen Demokratischen Republik ein Forschungszentrum für Kernphysik zu schaffen, wird begrüßt und beschlossen, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mitzuteilen, daß die Akademie zur Mitarbeit bereit ist. Die Präsidenten werden gebeten, eine entsprechende öffentliche Erklärung abzugeben ... b) Im Zusammenhang mit der Aufnahme kernphysikalischer Arbeiten erscheint es dem erweiterten Präsidium notwendig, die Bucher und Miersdorfer Institute auf eine neue Grundlage zu stellen.« In das Protokoll der Präsidentenbesprechung vom 25. Januar 1955 wurde dann die »nach eingehender Aussprache«

31 Ebd.

32 Ebd.

33 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2A/382.

34 Arch BBAW P2/7 4/55.

verabschiedete Presseerklärung eingefügt.³⁵ Nach einer kurzen Erwähnung der Anwendungsgebiete betonte das Präsidium: »Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin erblickt daher in dem Beschluß der Regierung der UdSSR eine freundschaftliche Hilfe größten Ausmaßes, durch die unseren Wissenschaftlern und Technikern eine jahrelange Arbeit und unserer Volkswirtschaft große Mittel erspart werden. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften ist überzeugt, daß unsere Wissenschaftler ihre ganze Kraft für die friedliche Anwendung der Atomenergie einsetzen werden. Sie sichert der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bei der Durchführung aller zu treffender Maßnahmen ihre volle Unterstützung zu.«

Ende April 1955 führte die UdSSR Verhandlungen über eine wissenschaftlich-technische Hilfe auf dem Gebiet der Kernphysik für »volksdemokratische« Länder und die DDR. Das Ergebnis war ein Vertragsabschluß am 28. April 1955 zwischen der UdSSR und der DDR über »Hilfeleistung der UdSSR an die DDR auf dem Gebiet der Physik des Atomkerns und der Nutzung der Atomenergie für die Bedürfnisse der Volkswirtschaft.« Vor allem war vorgesehen, daß durch die sowjetische Seite in den Jahren 1955/56 Projektierungsarbeiten für Großgeräte, insbesondere Kernreaktoren, durchgeführt werden und daß bis zur Inbetriebnahme eines Reaktors in der DDR durch die UdSSR radioaktive Isotope geliefert werden. Es ist interessant, daß bei der NVA, die dem damaligen Entwicklungsstand der Dinge in der DDR entsprechend in diese Problematik einbezogen war, dieser Vertrag als »Geheime Kommandosache« lief.³⁶ – Als Teilnehmer an den Verhandlungen berichtete Robert Rompe in einer Präsidentenbesprechung der DAW am 5. Mai 1955.³⁷ Er wurde beauftragt, möglichst bald dazu die Kommission für kernphysikalische Arbeiten einzuberufen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß dieser Vertragsabschluß schon vor der Souveränitätserklärung durch die UdSSR im September 1955 erfolgte. Auf den offiziellen Tagesordnungen der Politbürositzungen stand dieser Vertragsabschluß vom April trotz seiner großen Bedeutung nicht.

35 Arch BBAW P2/7 5/55. (Vgl. Anhang).

36 BArch Potsdam DF1/878.

37 Arch BBAW P2/7 27/55.

2.2.4 Weitere Vorbereitungen im Hochschul- und DAW-Bereich

Im Zeitraum 1954/55 wurde die Rückkehr der seit 1945/46 zur Kernforschung und Kerntechnik in der UdSSR tätigen deutschen »Spezialisten« angebahnt. Es war für die Entwicklung in der DDR wichtig, möglichst viele der Vertreter der Kernforschung für den eigenen Staat zu gewinnen und sie dann schnell in die sich abzeichnenden Vorhaben einzuordnen. Die erste größere Gruppe kam im April 1955 in die DDR. Sie wurde in Dresden empfangen. Am 19. April 1955 berichtete Ulbricht vor dem Politbüro über den Empfang der Wissenschaftler, bei dem er persönlich anwesend war.³⁸ Im Protokoll wurden keine inhaltlichen Angaben gemacht. Es hieß nur: »Der Bericht des Genossen Ulbricht wird zur Kenntnis genommen.« In der TH Dresden fand am 16. April ein Empfang für diese Gruppe statt, zu dem der Präsident der DAW eingeladen hatte.³⁹ In diesem Zusammenhang wurden mit den Beteiligten die Verhandlungen zu Arbeitsverträgen für eine Tätigkeit im Bereich der Akademie aufgenommen. Am 7. Juni konnte in der Präsidentenbesprechung der DAW über den Abschluß der Verhandlungen mit sieben Wissenschaftlern berichtet werden.⁴⁰

Mit den Neuankömmlingen wurde das Potential an profilierten Fachleuten in der DDR wesentlich vergrößert. Entsprechend beschleunigte sich Mitte 1955 das wissenschaftliche Leben zu Kernforschung und Kerntechnik. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien wesentliche, 1955 neu eingetroffene Fachleute genannt: Manfred von Ardenne, Heinz Barwich, Hans-Joachim Born, Werner Hartmann, Gustav Hertz (1954), Max Volmer und Carl-Friedrich Weiss. Heinz Barwich⁴¹ berichtete, daß Vertreter der DDR-Regierung ihm bei seiner Rückkehr am 4. Mai 1955 eine ordentliche Professur für Physik an der Universität Halle anboten, er sich aber nach dem Vertragsabschluß mit der UdSSR im April des Jahres, der die Lieferung der kernphysikalischen Großgeräte einschloß, für die Leitung des zukünftigen Zentralinstituts für Kernphysik entschied.⁴² Barwichs Kooperation mit dem MfS stellte keinen Widerspruch zu seinem

38 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/417 und SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2A/421.

39 Arch BBAW P2/7 22/55.

40 Arch BBAW P2/7 33/55.

41 Heinz Barwich wurde schon am 5. August 1955 per Handschlag zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet (Reg.-Nr. 15406/60). Das MfS führte ihn ohne sein Wissen als GI »Hahn«. Im Zeitraum von 1955 bis zu seiner »Republikflucht« im September 1964 fanden mindestens 18 Treffs mit seinen Führungsoffizieren statt. (BStU-MfS-AIM 2753/67).

42 Vgl. Barwich/Barwich.

sonstigen Auftreten dar, weil er sie besonders nutzte, um seine wissenschaftlichen und personalpolitischen Ziele durchzusetzen. Der für die Kernenergetik in der DDR sehr bedeutende Max Steenbeck kam 1956. Schon vorher wurde er in Moskau vom Minister für Schwerindustrie Fritz Selbmann aufgesucht. Alle Spezialisten wurden nach Kräften großzügig materiell unterstützt. So gingen schon im April beim Präsidenten der DAW Dankschreiben ein. Damals, im Juli 1955, wurde im Präsidium der DAW erwogen, eine Sektion für Kernforschung ins Leben zu rufen.⁴³

Am 2. Juli 1955 richtete der »Wissenschaftlich-Technische Rat« der SPK einen Brief an den Präsidenten der DAW, Walter Friedrich, in dem angefragt wurde, »inwieweit jetzt schon die Kernenergie als neue Energiequelle in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen ist.«⁴⁴ Dazu wurde die DAW um ein Gutachten gebeten. Nach Rücksprache im Präsidium am 7. Juli kündigte Hans Wittbrodt dem Unterzeichner der Anfrage, Paul Strassenberger, eine Antwort durch die Kommission für Kernphysik der DAW, allerdings erst für den Oktober, an.⁴⁵ Ein derartiges Gutachten liegt in den Akten nicht vor. Vielleicht hatte sich die Fragestellung nach den Ereignissen des Herbstes 1955 erübrigt.

Abschließend sei auf die vielfältigen Aktivitäten des schon erwähnten ZK-Mitarbeiters Zöllner hingewiesen, der auch im Hochschulbereich an der Vorbereitung von Lehre und Forschung zu Kernforschung und Kerntechnik arbeitete. Beispielsweise suchte er vom 7. bis 9. Juli die TH Dresden auf.⁴⁶ In der Aktennotiz dazu führte er aus: »Aufgrund einer Äußerung des Genossen Walter Ulbricht über die Aufgaben der Kernphysik anlässlich des Empfanges aus der Sowjetunion zurückgekehrter Spezialisten in Dresden berief der Rektor, Prof. Peschel, eine Beratung über die Art und Weise der Förderung der Kernphysik an der Technischen Hochschule ein.« Offensichtlich war dies zunächst eine Pflichtveranstaltung im kleinen Kreis der Fachleute. Besonders vermerkte der Verfasser, daß er im Gespräch mit den (parteilosen) Professoren darauf hinwies, »daß keinerlei Regierungsbeschluß über bestimmte Maßnahmen vorliegt und die Beratungen, die an der TH geführt wurden, infolgedessen nur einen allgemeinen nicht verbindlichen Charakter haben konnten.« Er gab auch dem Prorektor zu verstehen, erst wieder aktiv zu werden, »wenn von Seiten der Partei Empfehlungen mit bestimmten Hinweisen gegeben werden.« – Anschließend reichte Wilhelm Macke seine Vorschläge für die

43 Arch BBAW P2/7 44/55.

44 Arch BBAW AKL 347.

45 Ebd.

46 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/288.

Errichtung eines Instituts für Kernphysik ein, wozu vermerkt wurde, daß die Bau-Union noch genügend Kapazität für 1956 habe.

Zusammenfassend formulierte Zöllner am 11. August 1955 eine Aktennotiz über »Maßnahmen zur Förderung der Kernphysik im Bereich des Staatssekretariats für Hochschulwesen und der Akademie der Wissenschaften.«⁴⁷ Er führte aus: »In der Deutschen Demokratischen Republik steht die Aufgabe, eine große Anzahl von Fachleuten für die Kernphysik, Kernchemie und Kerntechnik auszubilden. Der Umfang der zu lösenden Aufgaben wird durch die hervorragende Stellung bestimmt, den die Kernphysik in unserer gesamten Volkswirtschaft in den nächsten Jahren einnehmen muß, damit der Anschluß an das internationale Niveau von Wissenschaft und Technik erreicht wird.« Er nannte dann einige Institute, die schon auf diesem Gebiet arbeiteten. Für die TH Dresden wurde die Bildung des Instituts für theoretische Physik und Kernphysik unter Wilhelm Macke bis 1. September 1955⁴⁸ und die Gründung der Fakultät für Kerntechnik bis 31. Dezember 1955 festgelegt sowie die Aufnahme von Forschungsarbeiten in der DAW in beschränktem Rahmen und Maßnahmen zur Gewinnung von Hochschullehrern gefordert. Für einige Vorhaben sollte das Amt für Technik koordinierend wirksam werden.

2.2.5 Der Beginn des Aufbaus des ZfK Rossendorf und weiterer Objekte im Raum Dresden

Die Maßnahmen zur Einführung der Kernenergetik in Wissenschaft und Technik stellten zusätzliche Belastungen für den Staatshaushalt dar und mußten besonders am Anfang nachträglich in die Pläne eingeordnet werden. Dies geschah 1955 auch mit anderen Vorhaben. Erste Mittel dazu wurden Mitte des Jahres über das Amt für Technik durch den Ministerrat bereitgestellt.

Schon zu der bereits erwähnten Aussprache im ZK-Apparat vom 7. Juli 1954 hieß es in der Aktennotiz: »Es ist notwendig, ein Institut für technische Kernphysik zu gründen, das direkt mit der Planung und dem Aufbau des Atommeilers beauftragt wird. Von diesem Institut aus muß die gesamte Zubringerarbeit zu dem Meiler gelenkt werden.«⁴⁹ Dieses Institut betreffend wurden eine Reihe Detailfragen diskutiert, darunter

47 Ebd.

48 Hierzu liegt in den Akten der ZK-Abteilung der Planvorschlag von Wilhelm Macke vom Mai 1955 vor. Ebd.

49 Ebd.

auch die anfängliche Unterstellung. Man zog dafür als Variante das Ministerium des Inneren in Betracht, sah aber einen möglicherweise daraus gefolgerten Zusammenhang zur Kasernierten Volkspolizei als belastend an.

Mit der Festlegung des Standortes des nunmehr als umfassendes Zentralinstitut unter der Tarnbezeichnung »Schule Arnsdorf« im Bereich Rossendorf bei Dresden geplanten Vorhabens übernahm die »Nationale Volksarmee« (NVA) die Kontrolle über alle notwendigen Baumaßnahmen. Der Geheimnisschutz und eine straffere Organisation mögen die Gründe dafür gewesen sein. Erste Vorbereitungen an der Baustelle wurden im Mai 1955 durch den Chef für Bauwesen der NVA, Generalmajor Menzel, veranlaßt.⁵⁰ Er schickte auch unter Bezugnahme auf eine Vereinbarung vom 28. April 1955 die Bauzeichnungen an einen Vertreter der »Hauptverwaltung für ökonomische Verbindungen zu den volksdemokratischen Ländern« der Regierung der UdSSR, wie die Adresse lautete, dessen Name mit Kowal angegeben wurde.⁵¹ Auch für die Planung der Fachabteilungen des Zentralinstituts im Jahre 1955 war die »Dienststelle Kowal« der Anlaufpunkt, vermittelte Konsultationen mit sowjetischen Fachleuten.⁵² Die Arbeiten zur »Schule Arnsdorf« verzögerten sich jedoch. Der Generalbebauungsplan wurde erst am 30. Dezember 1955 durch Generaloberst Willi Stoph mündlich bestätigt.⁵³ Die Überprüfung des Baufortschritts erfolgte dann mehrfach durch Offiziere der Kontrollabteilung des »Ministeriums für Nationale Verteidigung«.

Für die wissenschaftliche Vorbereitung der Institutsgründung waren nach seiner Rückkehr aus der UdSSR Heinz Barwich⁵⁴ und Robert Rompe besonders tätig. Beide äußerten sich in einer Aktennotiz unter »Schule Arnsdorf« am 24. Juni 1955 über Fragen der Reaktorentwicklung in dem zukünftigen Institut.⁵⁵ Sie bezogen sich auf die Abteilung Reaktorphysik. Über die Projektierung der anderen Abteilungen hatten sie schon am 9. Juni 1955 eine Notiz eingereicht.⁵⁶ Bis Mitte September

50 BArch Potsdam DF1/282.

51 BArch Potsdam DF1/75.

52 Ebd. (beispielsweise eine Notiz vom 23. November 1955, betreffend den Bereich Radiochemie.).

53 BArch Potsdam DF1/282.

54 Heinz Barwich arbeitete zunächst als wissenschaftlicher Berater der DAW. Am 17. November 1955, deutlich vor der offiziellen Gründung des ZfK Rossendorf am 1. Januar 1956, wurde er als Leiter des ZfK in einer Sitzung des Sekretariats des ZK der SED, wie in solchen Fällen üblich, bestätigt. SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/3A/495.

55 BArch Potsdam DF1/860.

1955 wurden etwa neun Mitarbeiter für das Projekt »Schule Arnsdorf« eingestellt. Alle unterstanden dem Amt für Technik und wurden durch Heinz Barwich und Karl Lanius fachlich betreut. Dies wurde in einer Tagung des »Kleinen Beirates« beim Amt für Technik in der Besetzung Robert Rompe, Heinz Barwich, Karl Lanius und Karl Rambusch am 13. September 1955 festgestellt, in der das Gremium mehrere das ZfK betreffende Fragen behandelte.⁵⁷ Auch mit der Auswahl der zukünftigen Reaktormannschaft des ZfK beschäftigte man sich, nahm die Personalunterlagen zur Kenntnis. Übrigens wählte man in dieser Runde den Namen des ZfK aus mehreren Vorschlägen aus. Am 14. September 1955 reichte Heinz Barwich den Bebauungsplan für das Projekt mit zehn Gebäudekomplexen an das Amt für Technik ein.⁵⁸ Wie in anderen Fällen ebenfalls, kamen bei der Projektierung sowjetische Dokumentationen, zum Beispiel über den Umgang mit radioaktivem Material, zur Anwendung. Die Vorbereitungen zu Struktur und Aufgaben des ZfK Rossendorf waren damit Mitte 1955 schon ziemlich weit gediehen.

Mit der Eröffnung des »Forschungsinstituts Manfred von Ardenne« am 2. Mai 1955 in Dresden, das einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit in gerätetechnischen Entwicklungen für die Kerntechnik sah, hatte schon ein einschlägiges Institut im Raum Dresden seine Arbeit aufgenommen. Sein Aufbau begann 1952 und war im Frühjahr 1955, als ein enger Mitarbeiterstab aus der UdSSR zurückkehrte, im wesentlichen schon abgeschlossen. Wie in einer Publikation⁵⁹ später betont wurde, sollte damit die Tradition des alten Lichterfelder Labors des Institutsbegründers und des Forschungsinstituts von Suchumi (UdSSR) erhalten bleiben. Schon vor der Eröffnung hatte man ältere Wissenschaftler und Techniker für das Institut gewonnen. In der Veröffentlichung wurde dazu gesagt: »Durch dieses Handeln war das Forschungsinstitut auf dem Weißen Hirsch bei der Rückkehr betriebsbereit und ein Zeitverlust im Wettlauf mit der Forschung der anderen Länder vermieden.«

Weiterhin befand sich in der Planung zum Materialsektor der Kerntechnik in Dresden das »Institut für angewandte Physik der Reinstoffe«, das wie das ZfK am 1. Januar 1956 offiziell eröffnet wurde.

Ebenfalls schon im Sommer 1955 war in Dresden Werner Hartmann mit den Vorbereitungen für eine Fertigungsstätte für Strahlenmeßgeräte

56 Sie dürfte, wie in dieser Zeit üblich, an das Amt für Technik gegangen sein. Eine Adresse lag in den Akten nicht vor.

57 BArch Potsdam DF1/70.

58 BArch Potsdam DF1/75.

59 Vgl. N.N.: Kernforschung und Kerntechnik in der DDR.

und spezielle kerntechnische Anlagen betraut.⁶⁰ In einer Korrespondenz noch aus der UdSSR mit Hans Wittbrodt hatte er schon den Vorschlag für einen derartigen Betrieb unterbreitet. Werner Hartmann berichtete dazu: »Als ich am 2. April 1955, von Suchumi/UdSSR kommend, in Leipzig eintraf, wurde mir auf der ersten Besprechung im Hotel Continental am Abend des gleichen Tages bereits von führenden Vertretern des Zentralkomitees der SED sowie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin die endgültige Zustimmung zu diesem Projekt gegeben.«⁶¹ Es handelte sich um den schließlich im April 1956 mit etwa 100 Mitarbeitern beginnenden VEB Vakutronik.

Damit war in Dresden in den Bereichen Lehre, Forschung und Fertigung deutlich vor dem maßgebenden Ministerratsbeschuß eine größere Arbeit zur Kernforschung und Kerntechnik erfolgt. Weitere Einrichtungen in Berlin und Leipzig kamen hinzu.

Abschließend ist festzustellen, daß vor der völkerrechtlichen Erklärung der innen- und außenpolitischen Unabhängigkeit der DDR durch die Sowjetunion am 20. September 1955 und der sich erst dann ergebenden Möglichkeit des Ministerratsbeschlusses zu Kernforschung und Kerntechnik in der DDR vielfältige Vorbereitungen auf relativ breiter Basis erfolgten. Sie geschahen zum großen und wesentlichen Teil unter Mitwirkung der UdSSR, teilweise auf ihre Initiative. Breite und Zielstrebigkeit dieser Vorbereitungen zeigten deutlich das große Interesse, das die SED-Führung und damit die DDR-Regierung an einer möglichst schnellen Einführung dieser als bedeutende Produktivkraft bewerteten Wissenschaft und Technik hatten.

3. Die Politik der SED-Führung zur Kernenergetik und ihr ideologischer Hintergrund

3.1 Anfänge mit großen Erwartungen

3.1.1 Der Ministerratsbeschuß vom November 1955 und seine Vorbereitung

Nach dem IV. Parteitag 1954 drang die SED, ihrem Sozialismuskonzept entsprechend, auf eine Erweiterung der technischen Basis, wobei die Energiewirtschaft als Schwerpunkt angesehen wurde. Nach einer Konfe-

60 BArch Potsdam DF1/70.

61 Hartmann, Werner: »Geschichte des Betriebes.« In: der impuls (SED-Betriebszeitung) vom 10. November 1965.

renz von Wissenschaftlern und Technikern vom 6. bis 8. Juli 1955, die einen Beschlußentwurf des ZK der SED zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu beraten hatte, verabschiedete der Ministerrat am 21. Juli 1955 ein gleichnamiges Programm. Auch die aufkommende Diskussion zur Kernenergetik ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

Nach der Aktenlage hatte sich das Politbüro vor dem September 1955 inhaltlicher bzw. programmatischer Beschlüsse zu Kernforschung und Kerntechnik enthalten. Das änderte sich durch den Vertragsabschluß mit der UdSSR am 20. September, der mindestens nach außen eine völkerrechtliche Souveränität der DDR aussprach. Die politische Motivierung durch eine deutschlandpolitische Frontstellung der SED einerseits und die Ergebnisse der innenpolitischen Entwicklung in der DDR andererseits, drängten zum Handeln. International war der Startschuß mit dem Abschluß der 1. Genfer Konferenz am 20. August und der vorgelagerten, besonders für die DDR wichtigen, Moskauer Konferenz ebenfalls gegeben. Die Auswertung dieser Konferenzen war für die SED-Führung der offizielle Beginn für die Maßnahmen zur Kernforschung in der DDR.

Am Beispiel dieses Ministerratsbeschlusses läßt sich erkennen, in welcher Weise im Machtapparat der DDR wesentliche Regierungsbeschlüsse zunächst im Detail in der SED-Führung vorbereitet wurden. Für die Sitzungen des Politbüros zur Thematik von Kernforschung und Kerntechnik erfolgten die Vorarbeiten zu den Beschlüssen größtenteils in der Abteilung »Wissenschaft und Propaganda« (später »Wissenschaft«), besonders bearbeitet von Zöllner als Diplomphysiker. Später schaltete sich häufig das »Büro Erich Apel« ein. Eine wesentliche Rolle spielte eine eigens im ZK-Apparat gebildete Parteikommission.⁶² Außerhalb des Parteiapparats existierte zum Fachgebiet eine größere Zahl weiterer wissenschaftlicher Gremien, zu viele, wie sich später zeigen sollte.

3.1.1.1 Vorbereitungen im Politbüro

In der Politbürositzung 46/55 vom 27. September 1955, in der Kurt Hager als Berichterstatter fungierte, wurde ein detaillierter »Maßnahmenplan« zur vielfältigen Auswertung der oben genannten internationalen Konferenzen von Genf und Moskau vorgelegt.⁶³ Hier stellte die SED-

62 Die Bezeichnung war nicht einheitlich. Am meisten wurde verwandt: »Partei-kommission des Politbüros für Kernforschung und Kerntechnik« oder »Partei-kommission A«. In der Kommission waren auch Fachleute aus Forschung und Industrie vertreten.

Führung erstmals alle die Schritte zusammen, die für den Aufbau von Kernforschung und Kerntechnik in der DDR als notwendig erachtet wurden.

Einleitend erfolgte der Hinweis auf eine große Bedeutung für viele Zweige der Wirtschaft. Weiter hieß es zu den damit verbundenen Anforderungen: »Der Aufbau einer eigenen kernphysikalischen Forschung auf den verschiedenen Anwendungsgebieten bedeutet große Anstrengungen für unsere gesamte Wissenschaft und Technik.« Ein ganzer Komplex beschäftigte sich mit der Öffentlichkeitsarbeit und Unterweisungen zum neuen Gebiet. In einem Punkt erhielt die Abteilung »Wissenschaft und Propaganda« die Aufgabe: »Vor den verantwortlichen Parteifunktionären, dem Parteiapparat sowie den leitenden Staatsfunktionären sind Vorträge über die politische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der friedlichen Anwendung der Atomenergie zu halten.« Dies zeigt deutlich das große Gewicht, das die SED-Führung diesem Gebiet zumaß.

Der erste Entwurf wurde offenbar noch für unvollkommen angesehen, so daß im Protokoll der Sitzung festgehalten wurde, daß die Vorlage entsprechend der Diskussion im Politbüro umzuarbeiten und in der nächsten Sitzung zu beraten sei.⁶⁴ Als Leiter der dazu vorgeschlagenen zentralen Kommission wurde Willi Stoph bestätigt.

Die abschließende Politbürositzung unter dem Thema »Maßnahmen auf dem Gebiet der Kernphysik und ihrer Anwendungsgebiete« fand am 11. Oktober 1955 statt. Die überarbeitete Fassung der Vorlage, die als Anlage zum Protokoll vorliegt, zeigte, daß noch wesentliche Neuerungen vorgeschlagen wurden.⁶⁵ Obwohl dieser Stoff, wie dargestellt, nach der Aktenlage im ZK-Apparat seit etwa einem Jahr behandelt wurde und sicher inoffizielle Diskussionen noch detaillierter stattgefunden hatten, herrschte bei der Ausarbeitung Terminnot. Das zeigte die Tatsache, daß die endgültige Fassung des Politbürobeschlusses erst am 2. November vorlag. Es ist darauf hinzuweisen, daß zwischen beiden Terminen vom 24. bis 27. Oktober noch die 25. Tagung des ZK der SED stattfand, bei der möglicherweise Fragen zu diesem Gebiet behandelt wurden. Offiziell verlautete dazu nichts.

Der überarbeitete Beschluß wirkte professioneller und enthielt eine Vielzahl konkreter Einzelschritte. Ideologische Aspekte, wie auch die Öffentlichkeitsarbeit, wurden abgetrennt. Dazu wurde auf eine geson-

63 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2A/449.

64 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/443.

65 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/445, Anlage zum Protokoll.

derte, offensichtlich parallel erarbeitete Direktive verwiesen, die am 19. Oktober vorlag. Sie wird im Punkt 3.1.2 besprochen. Die weitgehende inhaltliche Identität dieses Papiers mit dem Ministerratsbeschuß vom 10. November 1955 ist offensichtlich und weist auf den Mechanismus des Ausarbeitens der Regierungsbeschlüsse hin. Es ist bemerkenswert, daß von Anfang an die Einzelmaßnahmen mit namentlich benannten Personen in Zusammenhang gebracht und Kontrollgremien und Kommissionen mit der namentlichen Besetzung benannt wurden. Dies erfolgte sicher erst nach gründlicher »politisch-ideologischer« Prüfung, genügend Beispiele sind dafür bekannt.

In der Politbürositzung 48/55 am 11. Oktober 1955 fungierte Willi Stoph als Berichterstatter, der hier nicht nur als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats eine dominierende Rolle spielte.⁶⁶ Schließlich machte sich noch eine Schlußredaktion dieses »Maßnahmeplans« notwendig, mit der Stoph, Hager und Zeiler beauftragt wurden. »Das Dokument ist als Grundlage für einen Regierungsbeschuß zu betrachten«, wurde im Protokoll festgestellt. Das bestätigt der noch zu führende Vergleich der beiden Papiere.

3.1.1.2 Die erneute Beratung des Ministerratsbeschlusses durch eine Parteikommission

Kennzeichnend für den Stellenwert von Kernforschung und Kerntechnik sind ebenfalls die durch die SED-Führung eingebauten politischen Kontrollmechanismen. Es galt auch auf diesem Gebiet das Prinzip der Kontrolle aller wesentlichen Entwicklungen durch entsprechende Parteikommissionen. So wurde in der Anlage zu der Politbürositzung vom 11. Oktober 1955 die Bildung einer Parteikommission zur Kontrolle eines noch zu bildenden Wissenschaftlichen Rates, »zur Vorberatung politisch wichtiger Fragen der jeweiligen Tagesordnung«, aufgeführt. Ihr Vorsitz wurde zunächst von Stoph wahrgenommen, was seine Schlüsselstellung in diesen Anfangsjahren unterstreicht. Diese Kommission, deren Bezeichnung und Zusammensetzung sich später noch änderten, trat am 5. November unter dem Titel »Parteikommission für Fragen der Kernphysik« zusammen. Bei der Gründung gehörten ihr an: Willi Stoph, Gerhard Ziller (Sekretär des ZK der SED für Wirtschaft und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Volkskammer), Kurt Hager (Sekretär des ZK für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur), Fritz Selbmann (ZK-Mitglied und Minister für Schwerindustrie), Otto Last (Stellvertretender

66 Ebd., Protokoll.

Minister für Staatssicherheit) und die beiden Diplomphysiker aus dem ZK-Apparat Zeiler (Abteilung »Maschinenbau und Metallurgie«) und Zöllner (Abteilung »Wissenschaft und Propaganda«). Diese Zusammensetzung veranschaulicht die Arbeitsweise im ZK-Apparat. Das Protokoll vom 7. November 1955 liegt dazu vor.⁶⁷

Zunächst wurde die Reise einer Delegation in die UdSSR zu diesem Gebiet ausgewertet, bei der schon Absprachen besonders zu Personal- und Ausbildungsfragen erfolgten. Dann hieß es zu dem Beschluß: »Genosse Stoph erläuterte den Beschluß des Ministerrates, wobei Mitglieder der Kommission eine Reihe Abänderungsvorschläge machten.« Weiterhin wurden Einzelheiten der für den 10. November anberaumten Ministerratssitzung festgelegt. Dazu gehörte beispielsweise das Benennen der Diskussionsredner, auch derjenigen unter den einzuladenden Wissenschaftlern. Zu der vom Ministerpräsidenten zu haltenden Rede wird bemerkt: »Genosse Rompe wird für die Eröffnungsrede des Genossen Grotewohl ca. drei Schreibmaschinenseiten fachliche Bemerkungen ausarbeiten.«⁶⁸ Dem Vertreter der Staatssicherheit wurde zugesichert, je nach der Tagesordnung an Sitzungen der Kommission teilzunehmen, ausgewählte Unterlagen sollten ihm durch den Sekretär der Kommission, Fritz Zeiler, zugeleitet werden. Fritz Zeiler wurde auch verpflichtet, die 1. Sekretäre der jeweiligen SED-Bezirksleitungen, bei denen Einrichtungen zu den einschlägigen Gebieten bestehen oder gebaut werden sollen, zu den Problemen der Kernphysik zu unterrichten. Soweit einige der Aussagen der Parteikommission.

3.1.1.3 Die Sitzung des Ministerrates am 10. November 1955 und ihr Beschluß

Auf der Tagesordnung des Ministerrates stand als Punkt 1 im Protokoll der »Beschluß über Maßnahmen zur Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke«.⁶⁹ Der Beschluß wurde als Anlage A und Geheime Regierungssache angefügt. Unter den Anwesenden waren 27 zu Punkt 1 geladene Wissenschaftler und Techniker, von denen sich nach der Presseverlautbarung zwölf an der Aussprache beteiligten. Im Wortlaut ist offenbar nur die Redenotiz für den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl erhalten.⁷⁰

67 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/607/1.

68 Vgl. Anhang.

69 BArch Potsdam C-20 I/3-262.

70 BArch Potsdam C-20 I/3-263. (Vgl. Anhang).

Grotewohl sprach von der DDR als dem legitimen deutschen Staat, der die Aufgabe habe, auf allen ökonomischen und kulturellen Gebieten für ganz Deutschland verpflichtende Maßstäbe zu schaffen. Die Unterstützung durch die Sowjetunion wurde besonders gewürdigt. Das Erbe der deutschen Kernphysiker sollte vor allen Dingen in der DDR eine seiner Bedeutung angemessene Pflegestätte finden. Abschließend hieß es: »Wir wollen voller Optimismus und voller wissenschaftlicher Verantwortlichkeit an diese Aufgabe herangehen und unserem Namen Ehre machen.« Am nächsten Tag betonte dazu die Zeitung »Neues Deutschland«⁷¹ u. a.: »Die friedliche Nutzung der Atomenergie ist von großer Bedeutung für die weitere Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und für die Zukunft des deutschen Volkes.« Von den Beiträgen der Redner wurden die zur Erzeugung von Elektroenergie besonders benannt. In den getroffenen Vereinbarungen wurde die Zusammensetzung des zu bildenden Wissenschaftlichen Rates ausführlich mitgeteilt.

Wie schon erwähnt, entsprach der Ministerratsbeschluss inhaltlich und sogar in vielen Textpassagen in großem Maße der schon erwähnten Politbürovorlage zum 11. Oktober 1955. Auch Einzelheiten, wie die personelle Zusammensetzung verschiedener Beratungsgremien, wurden in gleicher Weise aufgeführt. Im folgenden werden beide Dokumente anhand wichtiger Punkte verglichen.

Der auf die Bedeutung der Kernphysik und ihrer Anwendungen hinweisende Vorspann ist nahezu gleichlautend. Punkt 1 betraf den beim Ministerrat zu bildenden »Wissenschaftlichen Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie« (in der Kurzbezeichnung »Wissenschaftlicher Rat«). Alle Mitglieder wurden mit ihren wesentlichen Auszeichnungen und Mitgliedschaften in Akademien aufgeführt. Im Unterschied zum Parteientwurf, wo Max Volmer als Vorsitzender genannt wurde, stand im Regierungspapier der dann tatsächlich fungierende Gustav Hertz. Bis auf den nun fehlenden Justus Mühlendorff gab es keine Veränderungen im Gremium. Die Bedeutung für die Kernenergetik zeigte sich an dem wissenschaftlich hochrangig besetzten Rat, der außer mit Fachwissenschaftlern auch mit hochrangigen Partei- bzw. Regierungsvertretern wie Hager, Selbmann und Gerhard Ziller besetzt wurde.

Für alle Fragen von Kernforschung und Kerntechnik wurde im Punkt 2 das Politbüromitglied Stoph als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, Innenminister und hochrangiger Militär (Generaloberst und

71 Neues Deutschland vom 11. November 1955.

Verteidigungsminister in spe – ab Januar 1956) verantwortlich gemacht.⁷²

Mit Punkt 3 wurde mit sofortiger Wirkung das schon erwähnte »Amt für Kernforschung und Kerntechnik beim Ministerrat der DDR« (AKK) gebildet, praktisch aus dem Amt für Technik ausgegliedert, und dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten Stoph unterstellt. Er hatte ebenfalls den Struktur- und Stellenplan dieses Amtes zu bestätigen. Beim AKK wurde noch ein gesonderter Wissenschaftlich-technischer Rat, dessen Zusammensetzung ebenfalls der Beschluß enthielt, eingesetzt. Als Leiter des Amtes wurde der Diplomphysiker Karl Rambusch bestätigt. Er hatte im Amt für Technik als Stellvertreter des Leiters Ernst Wolf diese Belange schon wahrgenommen und die Grundstruktur des AKK vorbereitet. Damit war Rambusch ein führender Wissenschaftsorganisator auf dem Fachgebiet.

Im Punkt 4 wurde als Zentrum der kernphysikalischen Forschung das Zentralinstitut für Kernphysik in Rossendorf bei Dresden (ZfK) festgelegt. Die Grundstruktur des Instituts mit den Großgeräten Reaktor und Zyklotron wurde in beiden Dokumenten mit gleichem Text angegeben. Als Leiter bestätigte der Beschluß den Stalinpreisträger Heinz Barwich.

Im wesentlichen übereinstimmend folgten noch mehrere Punkte zu weiteren Instituten und zu Produktion bzw. Beschaffung kerntechnischer Geräte. Die Gründung einer Fakultät für Kerntechnik an der Technischen Hochschule Dresden stellte das Kernstück der für die Ausbildung zukünftiger Fachleute vorgesehenen Aussagen dar.

3.1.1.4 Abschließende Feststellungen

Die Vorbereitung von Kernforschung und Kerntechnik im Zeitraum 1954/55 in der DDR zeigte vor dem Vertragsabschluß mit der UdSSR am 25. September 1955 zur völkerrechtlichen Situation durch den besonders geübten Geheimnisschutz und die sorgfältig »politisch-ideologisch« ausgerichtete Personalpolitik beinahe konspirative Züge. Dabei war eine grundsätzliche Übereinstimmung mit der sowjetischen Seite sicher immer vorhanden. Bei der Vorbereitung der notwendigen Strukturen handelte der ZK-Apparat der SED wie ein Staat im Staate. Der Ministerratsbeschluß wurde im Detail festgelegt, die Personalpolitik für die wesentlichen Positionen uneingeschränkt wahrgenommen.

72 Entsprechend einem Beschluß des Ministerrats vom 4. Oktober 1956 wurde dann Fritz Selbmann gesamtverantwortlich. BArch Potsdam DF1/878.

Die SED-Vertreter sahen die Regierungsberatung offensichtlich nur als eine Formsache an, die allerdings noch eine »propagandistische« Rolle zu spielen hatte. Das sieht man zum Beispiel daran, daß in dem Parteipapier für mehrere Vorgänge Termine festgelegt wurden, die vor dem geplanten Termin der Ministerratssitzung lagen. Das belegt eine undatierte Akte aus dem Büro des Leiters des AKK mit dem Vermerk »Persönlich – streng vertraulich«, ein von Stoph unterzeichneter »Plan der Maßnahmen«. ⁷³ Die wesentlichen Schritte zu Kernforschung und Kerntechnik wurden weit vor dem Beschluß der Regierung konzipiert, zum großen Teil hatte ihre Verwirklichung schon begonnen. Die DDR-Führung erachtete dies als notwendig, weil durch die große volkswirtschaftliche und politische Bedeutung jede Verzögerung – speziell auch im Vergleich zur Bundesrepublik – aus ihrer Sicht als politischer Fehler anzusehen war.

3.1.2 Bemerkungen zu den technischen und ökonomischen Zielen

Den internationalen Verhältnissen entsprechend waren in den 50er und 60er Jahren auch in der DDR die Schätzungen zum Energiebedarf in steter Bewegung. Im Bereich der zunächst meist zu hoch angesetzten Zahlen des Elektroenergiebedarfs künftiger Jahrzehnte bewegten sich auch die Prognosen für die Elektroenergieerzeugung aus der Kernenergie. Eine erste Planung wurde mit der Studie »Elektroenergie aus Kernkraft« im März 1956 vorgelegt. ⁷⁴ Anfang der 60er Jahre begann im Rahmen von Untersuchungen der Perspektiven der Energiewirtschaft der DDR (beispielsweise von Georg Bilkenroth vom 2. November 1962) in der Regie des Forschungsrates auch eine genauere Abschätzung zur Kernenergie. Es folgen neben technischen Bemerkungen einige Zahlen aus den Schätzungen aus der Mitte der 60er Jahre.

Ausgangspunkt aller Betrachtungen war immer der Energiebedarf und die Verfügbarkeit der Rohbraunkohle, der Basis der DDR-Energiewirt-

73 BArch Potsdam DF1/878. Das Papier enthielt die im abschließenden Dokument vom 2. November enthaltenen Aufgaben, die durch das offiziell noch nicht existierende AKK zu lösen waren. Dabei waren zwei Aktivitäten mit den Terminen 15. bzw. 24. Oktober, also vor dem Sitzungstermin zur Beschlußfassung durch den Ministerrat am 10. November 1955.

74 Es ist nicht Gegenstand der Studie, die Entwicklung der Planung nachzuzeichnen. In der später noch zu besprechenden Beschlußvorlage des AKK von Ende 1958 mit einer von der SPK geforderten, bis 1975 zu installierenden Leistung von 5 840 MWe wurde noch ein sehr überhöhter Wert zugrunde gelegt. (BArch Potsdam DF1/61).

schaft. Nach Angaben von Fritz Selbmann aus dem Jahre 1956 erwartete man damals aus diesem Verhältnis für 1970 einen Fehlbetrag von 3 000 MWe und für 1980 von 12 600 MWe, den man hauptsächlich schon mit der Kernenergie decken wollte.⁷⁵ Für unsere Betrachtung ziehen wir die Direktive vom 24. März 1966 heran, die unter der Verantwortung des Direktors des ZfK Rossendorf, Helmuth Faulstich, dem Forschungsrat zur Ausarbeitung des Perspektivplans auf dem Gebiet der Kernenergie vorgelegt wurde.⁷⁶

In diesem Papier wird zehn Jahre nach den Schätzungen von 1956 aus den Möglichkeiten der Braunkohleverstromung für 1980 ein Bedarf von Elektroenergie aus Kernenergie von 2 000 MWe angesetzt. Dieser Wert wurde schon 1963 genannt und kam der tatsächlichen Entwicklung mit einer bis 1979 installierten Leistung von 1 840 MWe schon sehr nahe.

Die Schätzungen für die weiteren Jahre zeigten, wie international häufig anzutreffen, wieder wesentlich zu hohe Werte.⁷⁷ Dies verdeutlichte die großen Unsicherheiten der frühen Schätzungen. Im Jahre 1956 war das verbunden mit der Forderung, schon 1961 ein KKW in Betrieb nehmen zu wollen. Zur weiteren Entwicklung hieß es damals: »daß schon im Jahre 1965 sicher und rationell arbeitende Atomkraftwerke in der Republik arbeiten müssen.«⁷⁸

Die zitierte Studie entstand im Vorfeld des VII. Parteitags der SED im April 1967. Aus diesem Anlaß ließ die SED-Führung zu vielen Wirtschafts- und Wissenschaftsgebieten Prognosen ausarbeiten. Dabei erarbeitete die Gruppe Energie des Forschungsrates im Rahmen der Energiebilanzen auch eine »Teilsystemprognose« für die Entwicklung der Kernenergie.⁷⁹ In der Aufgabenstellung erwartete man eine künftige Umprofilierung der Energiestruktur besonders zu Gunsten der Kernenergie. Ein wesentlicher Gesichtspunkt war dabei die Sicherung des wissenschaftlich-technischen Vorlaufs. Die Arbeiten der »Gruppe Energie« mündeten in eine Prognose zur Entwicklung der Kernenergie bis zum

75 Vgl. Selbmann.

76 Arch BBAW AKL 461 oder Arch ZfK 0/140.

77 Eine Ausweitung dieser KKW-Kapazität gelang trotz großer Anstrengungen bis 1990 nicht. Sie blieb bei 10 bis 12 % der gesamten Stromerzeugung. (Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin 1990, S. 185.) - Nach der Prognose von 1966 sollte von 1980 bis 1990 ein KKW-Zubau mit einer elektrischen Leistung von 20 000 MWe erfolgen.

78 Tatsächlich ging das KKW Rheinsberg mit einer Leistung von 70 MWe erst im Mai 1966 und das erste große KKW mit 440 MWe in Lubmin bei Greifswald im Juli 1974 in Betrieb.

79 Arch BBAW AKL 457.

Jahre 2000. Auch in diesem Fall korrigierte die Wirklichkeit die Prognose.

Der Optimismus der ersten Jahre war ziemlich fern von der Realität. Die zu erwartenden Kosten enthielten auch 1966 noch größere Unsicherheiten. Dabei sollten vom Jahre 1980 an die Kraftwerke auf Braunkohlenbasis in den Stromkosten unterboten werden. Entsorgungskosten konnten nur im Zusammenwirken mit der UdSSR und noch nicht zu diesem Zeitpunkt geklärt werden. Die ökologische Belastung durch Kernkraftwerke wurde als weniger kritisch als diejenige durch Braunkohlenkraftwerke angesehen.

Von der DDR-Führung wurden die mit der Kernenergetik verbundenen wissenschaftlichen und technologischen Neuerungen als sehr wesentlich beurteilt. Dies wurde schon 1955 betont. Karl Rambusch wies 1960 darauf hin, daß die DDR auch einen Beitrag zur KKW-Entwicklung des »sozialistischen Lagers« liefern wolle.⁸⁰ In der Studie von 1966 wurden für die Zeit nach 1980 auch im Zusammenhang mit zukünftigen Reaktorentwicklungen (Schneller Brutreaktor) komplette Anlagen bzw. Ausrüstungen im Produktionsprofil der DDR gefordert. Insgesamt wurden die Kerntechnik und speziell die Kernenergetik als sehr fördernde Faktoren des wissenschaftlich-technischen Niveaus in der DDR angesehen.

Die sich nach 1962 einstellenden tatsächlichen Entwicklungen sind nicht Gegenstand unserer Untersuchung.

3.1.3 Die Verknüpfung von Aspekten der Kernenergetik mit der SED-Ideologie, ihre Konsequenzen

Die Kernforschung stellte mit ihren Anwendungen, besonders bei der Kernenergienutzung, prinzipiell neue Lösungen für wichtige wirtschaftliche Probleme zur Verfügung. Produktivkräfte mit einer möglichen hohen Effektivität haben naturgemäß eine große gesellschaftspolitische Ausstrahlung. So ist es nicht überraschend, daß in Staaten des Ostblocks, in denen eine privatwirtschaftliche Nutzung nicht in Frage kam, sich die politisch führenden Schichten dem Problem stellten und nicht nur ökonomische, sondern auch politische Erwartungen daran knüpften. Die Art und Weise, wie das geschah, wirft ein Licht auf das Sendungsbewußtsein der SED in dem sich verstärkenden Kalten Krieg.

80 Vgl. Rambusch.

3.1.3.1 Die Direktive des ZK der SED zur »politisch-ideologischen Seite«

Die Abteilung »Wissenschaft und Propaganda« des ZK legte am 19. Oktober 1955 eine Direktive »zur wissenschaftlichen Auswertung und populärwissenschaftlichen Erläuterung der Ergebnisse der Moskauer und Genfer Konferenzen zur friedlichen Verwendung der Atomenergie« vor.⁸¹ Wie bei größeren Anlässen üblich, wurde hier die von der Parteiführung vertretene Ideologie zusammengefaßt. Auf sie hatte sich die Parteihierarchie bei entsprechenden Maßnahmen zu beziehen. Dabei ergaben sich Widersprüche, indem einerseits im Sinne der friedlichen Koexistenz aktuellen politischen Entwicklungen Rechnung zu tragen war, andererseits durch die Einbeziehung der Ideologie vom Klassenkampf die Realitäten verloren gingen.

Es hieß einleitend, daß die Probleme der friedlichen Anwendung der Atomenergie und die politische Bedeutung dieser Konferenzen den Werktätigen erklärt werden müßten. Damit keine Zweifel aufkamen, wurde gleich am Anfang festgestellt: »In den Händen der Monopole sind die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete der Atomenergie jedoch in erster Linie Mittel zur Erzielung ihres Maximalprofits und der Bedrohung der friedliebenden Völker.« Die Schlußfolgerungen wurden in acht Punkten zusammengefaßt.

Zur internationalen Entwicklung traf man die folgenden Aussagen. Das Zustandekommen der Genfer Konferenz wurde auf die Resonanz der Vorschläge der Sowjetunion für das Verbot der Atomwaffen zurückgeführt: »Dieser mächtigen Bewegung Rechnung tragend sah sich die Organisation der Vereinten Nationen gezwungen, die Genfer Konferenz zur friedlichen Verwendung der Atomenergie einzuberufen.« Dann wurde die große Bedeutung für die internationale Entspannung angeführt und betont, daß unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz eine Zusammenarbeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme möglich sei. Als Beispiel für die Hilfe fortgeschrittener Staaten für die weniger entwickelten wurde die Unterstützung der Sowjetunion für die »Volksdemokratien« und Indien angeführt.

Über die allgemeinen Aspekte der Kernenergetik hieß es: »Die Nutzbarmachung der Atomenergie für friedliche Zwecke leitet eine große Umwälzung auf wissenschaftlich-technischem Gebiet ein, die in ihrem Ausmaß stärker sein wird als eine industrielle Revolution, die auf die Erfindung der Dampfmaschine und der Dynamomaschine folgte ... Karl Marx und Friedrich Engels wiesen darauf hin, daß der der Entdeckung

81 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/288 oder BArch Potsdam DF1/860.

des elektrischen Funkens folgenden ökonomischen Revolution mit Notwendigkeit die politische Revolution folgen muß. Die Anwendung der Atomenergie führte und wird weiter zu einer ungeahnten Entwicklung der Produktivkräfte führen. Dieser Entwicklung stehen die in den imperialistischen Ländern kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Hemmnis gegenüber ... Nur unter den Bedingungen der Herrschaft des Volkes ist eine umfassende Ausnutzung der Atomenergie für das Wohl der gesamten Menschheit möglich, weil die sozialistischen Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte übereinstimmen ... Das Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktivkräfte mit dem Charakter der Produktionsverhältnisse drängt in den imperialistischen Staaten zum Durchbruch. Die gesellschaftliche Kraft, die ihm zum Durchbruch verhelfen wird, wächst in Gestalt der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und erstarkt immer mehr.« Dies war eine Grundaussage der Ideologen der SED für die nächsten Jahre, die sich in Variationen immer wieder fand.

In Bezug auf die DDR wurde zunächst für die zu erwartende Hilfe aus der UdSSR gedankt. Für die Wissenschaftler der DDR bestand nun die Aufgabe, so hieß es, anknüpfend an die großen Leistungen der deutschen Kernphysik diese Tradition zum Wohle der friedlichen Menschheit fortzuführen. Im Zusammenhang mit der 24. Tagung des ZK der SED wurde betont, »daß die Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus unserer Produktion die entscheidende Voraussetzung zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und damit der Steigerung des Lebensstandards der Werktätigen ist. Die Nutzung der Ergebnisse der Kernphysik und ihrer Anwendungsgebiete in der Industrie ist daher für den sozialistischen Aufbau in der DDR von entscheidender Bedeutung. Wissenschaft und Technik in der Deutschen Demokratischen Republik müssen einen derartigen Aufschwung nehmen, daß das wissenschaftlich-technische Niveau in Westdeutschland eingeholt und überholt wird.« Dies würde große Anstrengungen erfordern. »Es gilt, in der DDR das Beispiel für den Aufschwung von Wissenschaft und Technik in einem geeinigten friedliebenden Deutschland zu schaffen.« Der Aufbau des Kernforschungszentrums in der DDR, des ZfK Rossendorf, »ist von großer nationaler Bedeutung«. »Für die dazu berufenen Wissenschaftler ist es eine patriotische Aufgabe, all ihr Können zur Lösung der vor ihnen stehenden Aufgaben einzusetzen.«

Dazu sei angefügt, daß die vom Ministerpräsidenten der DDR unter dem 1. Dezember 1955 ausgegebenen Ernennungsurkunden für die Mitgliedschaft im »Wissenschaftlichen Rat« mit der Formulierung schlossen:

»Ich wünsche Ihnen für die Erfüllung Ihrer großen Aufgabe im Interesse des deutschen Volkes viel Erfolg.«⁸²

3.1.3.2 Konsequenzen dieser ideologischen Aufrüstung

Die engagierte Einbeziehung von Aspekten der Kernenergetik in die Parteiideologie sollte nicht nur der Agitation dienen, sondern galt ebenfalls als Richtschnur für die zukünftige Politik. Dies bedeutete trotz der kurzen ökonomischen Decke der DDR einen breiten Einstieg in Investitionen für zahlreiche Objekte der Kernenergetik. Damit war oft ein zu hoher Aufwand mit volkswirtschaftlichen Nachteilen verbunden. In gesellschaftspolitischer Hinsicht bestanden Auffassungen, die oft weit von den Realitäten entfernt waren und politische Spätfolgen heraufbeschwören konnten. Einige charakteristische Beispiele bzw. wesentliche Gesichtspunkte werden im folgenden genannt.

Angesichts der relativ geringen Größe der DDR, ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten und der Zahl der vorhandenen Fachleute war die Zahl der Neugründungen von Instituten und Einrichtungen in den Anfangsjahren sicher zu hoch. Zum Stand vom September 1961 wurden etwa 25 Institute, Betriebe und Einrichtungen genannt, darunter acht größere Institute (meist Neugründungen), sechs Hochschulinstitute und neun Betriebe und Einrichtungen, die überwiegend auf dem Fachgebiet tätig waren.⁸³ Weitere Institute waren zusätzlich beteiligt. Einige von den profilierten Heimkehrern aus der UdSSR konnten zunächst eine kleine Arbeitsgruppe bilden und schließlich ein Institut gründen. Später wurde diese Entwicklung von Fachleuten als nachteilige Verzettelung bezeichnet.

Entsprechend großzügig wurde die Ausbildung von Fachleuten begonnen. Schon im Ministerratsbeschluss enthalten, wurde am 11. November 1955 an der TH Dresden die Fakultät für Kerntechnik gegründet. Am 21. November 1955 hieß es in einem Schreiben von Willi Stoph zur Gründungsfeier der neugebildeten Fakultät für Kerntechnik, der er seine Unterstützung zusagte: »Gerade der Ausgang der Genfer Konferenz bestätigt erneut die Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik. Schon immer hatte Deutschland hervorragende Wissenschaftler und Techniker. Jedoch sind leider diese Wissenschaftler und Techniker in dem früheren politischen Geschehen des kaiserlichen Deutschlands und des Deutschlands der Weimarer Republik nicht im entscheidenden

82 BArch Potsdam DF1/79 (für Heinz Barwich), Archiv BBAW NL Steenbeck 355 (für Max Steenbeck am 10. Dezember 1956).

83 Vgl. Winde/Ziert.

Maße zur Geltung gekommen. Die geschichtlichen Erfahrungen lehren aber, daß gerade die Kräfte, die unmittelbar dem Fortschritt und der Produktion dienen, dazu berufen sind, auch die politische Struktur eines Staates zu bestimmen und zu gestalten.«⁸⁴ Auch hier wurde ein Führungsanspruch in Deutschland angemeldet. Nach der Reduzierung der Gesamtentwicklung im Jahr 1962 wurde angesichts des wesentlich verringerten Personalbedarfs diese Fakultät wieder aufgelöst (vgl. Punkt 5).

An den gesellschaftswissenschaftlichen Instituten bzw. Lehranstalten bestand in dieser Zeit, abgeleitet vom ideologischen Sendungsbewußtsein der SED, sicherlich auch die ideologisch verklärte Vorstellung von der Rolle der DDR in Kernforschung und Kerntechnik. Ein Beispiel dafür ist die von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin angenommene Dissertation vom November 1960. Man hatte das aufschlußreiche Thema gewählt: »Die Entwicklung der Produktivkraft Kernenergie in den Fesseln des westdeutschen Monopolkapitals.«⁸⁵ Der Autor zog u. a. folgende Schlußfolgerungen: »Das Atomzeitalter beginnt dann, wenn auf der ganzen Welt das sozialistische Zeitalter beginnt.« Zur Auseinandersetzung zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System meinte er: »In dieser Auseinandersetzung ist heute das Atom zu einem gewissen Symbol und Deutschland zu einem gewissen Zentrum geworden.« Mit falschen Bildern wollte man die Welt verändern.

Bemerkenswerte Feststellungen zu dieser Problematik traf Fritz Selbmann am 23. Mai 1956 in Freiberg zur Eröffnung des VIII. Berg- und Hüttenmännischen Tages.⁸⁶ In seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Leiter der Regierungskommission für Industrie und Verkehr hielt er den Festvortrag, der sich mit der Energiewirtschaft der DDR und besonders mit der zukünftigen Entwicklung der Kernenergetik beschäftigte. Nachdem er für die DDR einige Bilanzen aufgestellt und ihren schnellen Einstieg in die Kernenergie gefordert hatte (vgl. Punkt 3.1.2), sprach er über die gesamtdeutsche Energiesituation. Die DDR wäre nicht isoliert zu betrachten, »da niemand an eine jahrzehntelange Spaltung Deutschlands glauben kann«. Schließlich meinte er auch für Gesamtdeutschland schon für etwa 1965 eine Lücke bei der Elektroenergieerzeugung aus Kohle zu erkennen, die durch Kernkraft geschlossen werden müßte. Zur Entwicklung der westdeutschen Stein-

84 BArch Potsdam DF1/79.

85 Autor: Zipfel, Manfred. Verteidigung am 17. Februar 1961.

86 Vgl. Selbmann.

kohlenförderung führte er aus: »Alle von westdeutschen Sachverständigen ausgearbeiteten Perspektiven für die Steinkohlenförderung gehen freilich von der Voraussetzung aus, daß die jetzt in Westdeutschland noch herrschende kapitalistische Produktionsweise für Jahrzehnte hinaus bestehen bleibt. Eine solche Annahme ist natürlich mehr als fragwürdig. Es gibt kaum einen Zweifel daran, daß ein wiedervereinigtes Deutschland kein kapitalistisches, sondern ein sozialistisches Land sein wird.« Dieses könnte dann, so meinte er, die Steinkohlenförderung stärker erhöhen. Es ist aus seinen Worten zu folgern, daß der geplante Aufbau von Atomkraftwerken auch für eine gesamtdeutsche Energiewirtschaft notwendig sei. – Dieser offiziell vor einem großen wissenschaftlichen Auditorium mit internationalen Teilnehmern von einem maßgeblichen ZK- und Regierungsmitglied vorgetragene Standpunkt zeigt den dogmatischen Führungsanspruch der SED-Spitze in Deutschland, so wie er jedenfalls öffentlich vertreten wurde. Selbst in diesem Zusammenhang wurde auch der schnelle Einsatz der Kernenergie ins Spiel gebracht.

Erst später reduzierte die Parteiführung wegen des notwendigen großen Aufwandes zur Kernenergienutzung ihre wissenschaftlich-technischen und auch ihre politischen hochgesteckten Erwartungen.

3.2 Anfangsbedingungen für die Nutzung der Kernenergie 1956 und die 3. Parteikonferenz der SED

3.2.1 Zur politischen und energiewirtschaftlichen Situation vor der Konferenz

Mit der 3. Parteikonferenz 1956 sollten Signale für wirtschaftliche Reformen, vor allem aber für die Einführung modernerer Technik und neuester wissenschaftlicher Ergebnisse in die Produktion gesetzt werden. In Vorbereitung dieser Konferenz beschäftigte sich das ZK der SED 1955 besonders auf der 23. (13.-15. April) und der 25. (24.-27. Oktober) Tagung mit der Modernisierung der Wirtschaft. Zielgerichtet wurde zu verschiedenen Gebieten der Technik ein Optimismus aufgebaut, von dem sich die Führung offenbar eine Ausstrahlung auf die industrielle Entwicklung versprach.

Der Energiewirtschaft kam bei dem vorgesehenen Ausbau der Wirtschaft eine Schlüsselposition zu. Mit einem Beschluß des Ministerrates schon im September 1952 hatte er die Errichtung neuer Energiekapazitäten zur wichtigsten Staatsaufgabe des ersten Fünfjahrplans erklärt. Trotz einer Verdreifachung der Investitionen von 1951 bis 1955 auf 17% der Gesamtinvestitionen in der Industrie war sie hinter den volkswirtschaftli-

chen Anforderungen zurückgeblieben.⁸⁷ Zur Überwindung der wirtschaftlichen Disproportionen wurde deshalb in der Direktive der SED zu ihrer 3. Parteikonferenz für den zweiten Fünfjahrplan eine wesentliche Vergrößerung der Elektroenergieerzeugung gefordert. Später mündete dies in die Verabschiedung eines »Kohle- und Energieprogramms der DDR« am 21. März 1957. Die Überlegungen zum Einsatz der neuen Energiequelle Kernenergie befanden sich in jenen Jahren also in einer günstigen Situation.

Die Verbesserung der Versorgung mit Elektroenergie, an sich eine Selbstverständlichkeit für eine industrielle Entwicklung, wurde in der Agitation der Parteien im Ostblock seit jeher herausgestellt.⁸⁸

3.2.2 Bezüge zur Kernenergie auf der 3. Parteikonferenz

Die Planungen und sonstigen Vorbereitungen für einen wesentlichen Ausbau von Wissenschaft und Technik in der DDR, in die nun auch die Kernenergie eingebunden wurde, mündeten in die 3. Parteikonferenz der SED vom 24. bis 30. März 1956. Ausgangsprämisse war die endgültige Einbindung einer souveränen DDR in das »Sozialistische Lager« in Verbindung mit der Schaffung einer »leistungsfähigen sozialistischen Volkswirtschaft«. Mittelfristig fand auf dem Sektor der Energiewirtschaft in diesen Zusammenhängen erstmals die Kernenergie Erwähnung.

In ihren Referaten auf der 3. Parteikonferenz berührten Ulbricht, Fritz Selbmann und Bertram Winde als Vertreter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik Fragen der Kernenergie.

Ulbricht widmete in seiner Rede am Eröffnungstag der friedlichen Nutzung der Atomenergie einen gesonderten Abschnitt. Er wies auf die in der DDR geschaffenen Voraussetzungen hin »um eine neue, gewaltige Produktivkraft, die Kernenergie, friedlich im Interesse der Werktätigen auszunutzen.«⁸⁹ Es gilt, »hohe Leistungen ... zu erzielen, d.h. auch in

87 Vgl. Mühler.

88 Selbst im Jahre 1967 wurde das bekannte Wort Lenins von Wissenschaftlern der DDR in einer Arbeit über die Kernenergienutzung in der UdSSR im Zusammenhang mit der Parteipolitik zitiert: »Es spricht für die große Wissenschaftlichkeit und Weitsicht der marxistischen Partei des sowjetischen Staates, daß bald nach der Übernahme der politischen Macht mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Orientierung gegeben wurde: Aufbau des Kommunismus, das heißt Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.« Fuchs/Collatz/Rockstroh: Die Entwicklung der Kernenergie in der UdSSR und ihre internationalen Auswirkungen.

89 SAPMO-BArch DY 30 IV 1/3/1.

unserer Industrie die notwendigen Aggregate und Instrumente zu entwickeln und zu produzieren.« Nachdem er einige Leistungsträger in der DDR namentlich genannt und das im Bau befindliche Forschungszentrum erwähnt hatte, formulierte er, mit Beifall quittiert, erstmals das Ziel: »Wir werden im Verlaufe des zweiten Fünfjahrplanes mit dem Bau des ersten Atomkraftwerkes in der Deutschen Demokratischen Republik beginnen.«

Selbmann leitete in seinem Beitrag⁹⁰ u. a. die Notwendigkeit zur Nutzung der Kernenergie aus der Begrenzung der Braunkohlenbasis der DDR ab. Er wies auf die Vorhaben in Großbritannien und USA hin und zitierte die in jener Zeit allgemein zu hoch geschätzten Zuwachsraten im Elektroenergieverbrauch. Er meinte dann, daß der Bedarf an Elektroenergie in der DDR schon wesentlich früher als 1984 nicht mehr allein aus der Kohle gedeckt werden kann. Laut Protokoll machte an dieser Stelle Ulbricht den mit starkem Beifall bedachten Zuruf: »Ja, in Westdeutschland wird dieser Zeitpunkt wahrscheinlich noch früher eintreten. Aber dafür übernehmen wir nicht die Verantwortung. Wir rechnen ja für Gesamtdeutschland für einige Jahrzehnte und nicht nur für uns allein!«

Anschließend ging Selbmann auf die damals übliche Agitation über den Kampf um den Frieden in der DDR im Gegensatz zu dem angeblichen Streben der Bundesrepublik nach dem Einsatz der Atomkraft für militärische Zwecke ein. Er rief zum Kampf gegen den Mißbrauch der Atomenergie auf und schloß von lebhaftem Beifall begleitet: »Eine wesentliche Stütze dieses Kampfes wird unsere Politik der friedlichen Nutzbarmachung der Atomkraft sein, und unser Atomkraftwerk wird ein Symbol für den Kampf unserer Republik und des deutschen Volkes für die Erhaltung des Friedens in Europa sein, - ein Symbol unseres Kampfes für ein friedliches und demokratisches Deutschland!«

Schließlich widmete sich der stellvertretende Leiter des AKK, das SED-Mitglied Bertram Winde, ausschließlich der Kernphysik und ihrer Anwendung.⁹¹ Er begann: »Die Partei hat uns die Aufgabe gestellt, im Laufe des nächsten Planjahrfünfts den internationalen Stand auch auf dem Gebiete der Kernphysik und ihrer Anwendungen zu erreichen ... Während in Westdeutschland die Atomenergie in den Händen der Monopole Profitinteressen und der Vorbereitung eines neuen Krieges dient, sind bei uns die Voraussetzungen für die friedliche Anwendung der Atomenergie vorhanden. In Westdeutschland streiten sich die einzelnen

90 Ebd.

91 Ebd.

Konzerne und Länder um den größten Bissen im Atomgeschäft. Wir aber in der Deutschen Demokratischen Republik haben eine klare Linie und ein konzentriertes und zielstrebiges Voranschreiten. Wir sind der Partei dafür außerordentlich dankbar und versprechen, alles, was in unseren Kräften steht, zu tun, um das weitgesteckte Ziel zu erreichen.« Dann gab er eine populäre Darstellung der bevorstehenden Aufgaben. Zuletzt sprach er über die Ausbildung und die Aussichten für junge Menschen in der DDR auf diesem Gebiet in der üblichen optimistischen Darstellungsweise. Er schloß seine Ausführungen: »Wir rufen alle friedliebenden westdeutschen Wissenschaftler auf, ihre Kräfte nicht in den Dienst der Monopole und des Krieges zu stellen. Die Deutsche Demokratische Republik wird bald auf Weltniveau mitarbeiten an der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie zum Wohle unseres Volkes und zum Wohle aller Menschen!«

In diesem Stil und so relativ umfangreich beschäftigte sich ein zentrales SED-Gremium mit Fragen der Kernenergienutzung nicht mehr.

3.3 Zur Entwicklung von 1956 bis 1958

3.3.1 Schnelles Handeln nach der 3. Parteikonferenz

Schon zu der Politbürositzung 17/56 am 10. April 1956, also unmittelbar nach der 3. Parteikonferenz, legte das Ministerium für Nationale Verteidigung u. a. die Direktive für eine Delegation vor, die unter Leitung von Fritz Selbmann zur Konsultation über eine Reihe von Fragen zum Kernkraftwerksbau⁹² in die UdSSR fahren und das Anliegen nach dem Bau eines Kernkraftwerks (KKW) vortragen sollte.⁹³ Am 6. Juli 1956 nahm der Wissenschaftliche Rat einen Bericht von Selbmann über die Errichtung eines KKW, als AKW I bezeichnet, entgegen. Nach Erörterung der Problematik gab dieser Rat als das in dieser Angelegenheit verantwortliche wissenschaftliche Gremium dem Ministerrat eine Empfehlung zum Bau dieses KKW. Dies erfolgte durch einen Brief seines Vorsitzenden Gustav Hertz gemeinsam mit dem Vorsitzenden des AKK an den Ministerrat vom 9. Juli 1956, über drei Monate nach dem Beschluß durch die 3. Parteikonferenz der SED!⁹⁴

92 Für Kernkraftwerk war damals allgemein die Bezeichnung Atomkraftwerk üblich.

93 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/471.

94 BArch Potsdam DF1/79.

Die Staatliche Plankommission (SPK) sollte den Standort bereits bis zum 15. September 1956 festlegen. Er wurde dann unter Mitwirkung von sowjetischen Experten in der Nähe von Rheinsberg/Mark ausgewählt. Anfang Juli 1956 führte Fritz Selbmann in der UdSSR Verhandlungen über die Gewährung technischer Hilfe beim Bau des AKW I. Dazu wurde bereits am 17. Juli 1956 ein Abkommen in Moskau unterzeichnet. Erst etwa einen Monat nach der Unterzeichnung des Abkommens, am 20. Juli 1956, wurde der Beschluß des Präsidiums des Ministerrates in dieser Angelegenheit gefaßt.⁹⁵ Darin wird den beteiligten Wissenschaftlern und Fachleuten der Dank für die bisherige Arbeit ausgesprochen, eine nicht alltägliche Geste in einem Beschluß, vielleicht bedingt durch seinen nachträglichen Charakter.

In dem Beschluß wurde ausdrücklich der Bericht der Kommission »Elektroenergie aus Kernkraft« des Wissenschaftlichen Rates zum Bau des KKW bestätigt. Im Verlauf des 2. Fünfjahrplans sollte mit dem Bau eines KKW mit einer elektrischen Leistung von 50 bis 100 MWe als eines der wichtigsten Investvorhaben der SPK begonnen werden. Als Planträger sollte das AKK fungieren.

Hatte das AKK diese Beschlußvorlage noch gemeinsam mit dem Amt für Technik eingebracht, so wurde es bald danach aufgewertet und durch eine Bekanntgabe des Büros des Präsidiums des Ministerrats vom 4. Oktober 1956 als »zentrales staatliches Organ« direkt dem Ministerrat unterstellt.⁹⁶ Zugleich wurde Stoph von seiner Verantwortung für alle Fragen der Kernforschung und Kerntechnik entbunden und an seiner Stelle Selbmann eingesetzt. Offenbar hatte die SED-Führung den Eindruck, daß nun die anfänglichen Probleme gelöst sind.

In einem zusammenfassenden Bericht des Leiters des AKK vom 20. März 1957 betonte dieser nach den eingeleiteten Vorhaben rückblickend: »Ein Vergleich mit Westdeutschland und auch mit dem übrigen kapitalistischen Ausland zeigt, daß wir reale Chancen haben, bei der Entwicklung eines Atomenergieprogramms den uns gebührenden Platz einzunehmen.«⁹⁷

3.3.2 Bezüge zur Außenpolitik

Die außenpolitische Wirkung aller Maßnahmen in der DDR zur Kernenergetik, sicher ein Motiv für das angestrebte hohe Tempo, sowie die

95 BArch Potsdam C-20 I/4-369.

96 BArch Potsdam DF1/878.

97 Ebd.

Aktivitäten des Auslands wurden von der DDR-Führung aufmerksam beobachtet. Am 28. August 1956 befaßte sich das Politbüro in einem Punkt mit der Überschrift »Die Atomfrage in der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik« mit dieser Problematik.⁹⁸ Berichterstatter war der 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Georg Handke. Im Mittelpunkt stand die Haltung der DDR zu der vorgesehenen Errichtung einer internationalen Atomenergieagentur. Dieses zunächst gesamteuropäische Vorhaben wurde begrüßt und zwei Seiten einer Note an die UdSSR in diesem Sinne verabschiedet. Besonders kritisch aber wurde die Bildung von EURATOM betrachtet: »Mit Hilfe der EURATOM soll die Atomwirtschaft der Bundesrepublik den westdeutschen Monopolen ausgeliefert werden. Auf diese Weise soll der Weg für die Vorbereitung und Aufnahme der Atomwaffenproduktion in der Deutschen Bundesrepublik geebnet werden, was eine direkte Umgehung des für die Bundesrepublik bestehenden Produktionsverbots für Atom- und andere Massenvernichtungswaffen bedeutet.«

Die sich über mehr als fünf Jahre hinziehende Ausarbeitung des Atomenergiegesetzes der DDR stand in Verbindung mit den aktuellen politischen Fragen. Dies zeigte beispielsweise eine Beschlußvorlage der Leitung der SED-Parteiorganisation des AKK vom 7. August 1958 zum zweiten Entwurf des Gesetzes.⁹⁹ Darin wurde eingangs gefordert, »die politische Zweckbestimmung des Gesetzes, klarer als dies bisher geschehen war, herauszuarbeiten.« Zusammengefaßt wurden dann aus den Beratungen des Parteiaktivs des AKK zur stärkeren Berücksichtigung in der Präambel des Gesetzes drei wichtige Anliegen der Agitation zum Einsatz der Kernenergie genannt. In Bezug auf die UdSSR ging es um »die ständigen Bemühungen des sozialistischen Lagers ..., die Kernkräfte ausschließlich für friedliche Zwecke zu nutzen« und um »die Betonung des proletarischen Internationalismus, dargestellt am Beispiel der Hilfe der SU bei der Entwicklung auf dem Gebiet der Kernenergie in der DDR.« Außerdem sollten »die Klasseninteressen des Monopolkapitals bei der Anwendung der Ergebnisse der Kernenergie« herausgestellt werden.

Erst am 28. August 1962 wurde das »Gesetz für die friedliche Anwendung der Atomenergie in der DDR« in der Volkskammer verabschiedet. In den »Mitteilungen aus Kernforschung und Kerntechnik«, einer Zeitschrift des AKK, wurde darüber berichtet.¹⁰⁰ In der Präambel des Geset-

98 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/446. Anlage zur Politbürositzung.

99 BArch Potsdam DF1/01.

100 Atomenergiegesetz der DDR.

zes kam zum Ausdruck, daß die Wissenschaftler der DDR die Kernenergie ausschließlich zu friedlichen Zwecken nutzen würden. Dann wurde fortgefahren: »Diesem humanistischen Prinzip steht die von revanchistischen Zielen bestimmte Politik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik gegenüber, die den Mißbrauch der Kernenergie immer drohendere Gestalt annehmen läßt.« - Die Agitation gegen die Bundesrepublik Deutschland beherrschte das Denken der DDR-Führung offenbar so sehr, daß sie diesen Aspekt sogar in der Präambel dieses DDR-Gesetzes unterbrachte.

In Bezug auf die politische Wirksamkeit gegenüber der Bundesrepublik, immer ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt, wurde in der Zeit vor 1961 von der SED-Führung immer noch ein ungebrochener Optimismus zur Schau gestellt. In einem Dankschreiben vom 17. Juli 1958 an den Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates, Gustav Hertz, anlässlich der Gratulation zu seinem 65. Geburtstag wünschte Ulbricht »weitere Erfolge in der wissenschaftlichen Arbeit, damit auch auf diesem Gebiet die Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung gegenüber den kapitalistischen Verhältnissen in Westdeutschland immer sichtbarer wird.«¹⁰¹

3.3.3 Zur Kernenergiepolitik bis 1958

In den Jahren 1956 bis 1958 begannen in den auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik begründeten Instituten, Betrieben und Einrichtungen die Arbeiten zu Lehre, Forschung und Geräteproduktion. Im ZfK Rossendorf gingen im Dezember 1957 der Forschungsreaktor vom Typ WWR-S¹⁰² und im August 1958 das Zyklotron U-120¹⁰³, beides aus der UdSSR gelieferte Großgeräte, in Betrieb. Während durch den Liefervorschlag der UdSSR für das AKW I für dessen Leistungsreaktor die Entscheidung für den Druckwassertyp WWER¹⁰⁴ gefallen war, wurden im ZfK Überlegungen zum Typ eines zweiten Forschungsreaktors, vielleicht auch zur späteren Entwicklung eines Leistungsreaktors, angestellt. Bis

101 BArch Potsdam DF1/542.

102 Der Reaktor mit Wasser als Kühlmittel, Moderator und Reflektor enthielt angereichertes Uran in zylindrischen Aluminiumhüllen in einem Aluminiumtank mit einer aktiven Zone von 0,5 m Durchmesser und 0,5 m Höhe. Bei einer thermischen Leistung von 2 MW betrug die Kühlwassertemperatur 35°C mit einer Temperaturdifferenz zwischen Ein- und Austritt von 2°C im 2-MW-Betrieb. (Bis 1967 Leistungserhöhung auf 10 MW).

103 Beschleuniger geladener Teilchen auf einer Kreisbahn mit (fester) Hochfrequenzbeschleunigungsspannung und einem Polabstand des Elektromagneten von 120 cm.

1958 erörterte man in der DDR den ehrgeizigen Gedanken der Eigenentwicklung eines Leistungsreaktors, dies möglichst noch unter Einsatz eigener Natururan-Vorkommen, für die man sich einen Zugriff erhoffte. In einem rückblickenden Bericht des ZfK vom November 1959 wurden dazu drei sehr unterschiedliche Reaktortypen genannt.¹⁰⁵ Zur Lösung der Brennstoffproblematik rechnete der Wissenschaftliche Rat 1956 mit dem Einsatz von Brutreaktoren schon ab 1975, korrigierte sich aber 1957 und erwartete nun seinen wirtschaftlichen Einsatz in 25 bis 30 Jahren.¹⁰⁶ Man erörterte auch im ZfK den Bau möglichst einfacher Natururan-Konverter-Reaktoren. Alles sollte dem Ziel dienen, unter den Bedingungen und Möglichkeiten der DDR einen optimalen Leistungsreaktor zu entwickeln. In den Diskussionen von 1959 wurden alle Eigenbauprojekte der frühen Jahre zu den Akten gelegt.

Eine andere Richtung zum Aufbau eines KKW-Potentials in der DDR sollte vom AKW I ausgehen. Dazu berichtete ihr Verfechter Karl Rambusch am 20. März 1957, daß zur eigenen Mitwirkung am AKW I drei Arbeitsgruppen zu Projektierung, Berechnung und Konstruktion gebildet wurden.¹⁰⁷ Später schlug er in einem Brief vom 9. September 1957 an die Parteikommission A im ZK der SED vor, auf der Basis der unter Max Steenbeck arbeitenden Konstrukteurgruppe eine Keimzelle für einen industriellen Reaktorbau zu schaffen.¹⁰⁸ Ein knappes Jahr später wurde dann am 1. Juli 1958 das »Wissenschaftlich-Technische Büro für Reaktorbau« in Berlin gegründet. Seine Aufgabe sollte in einem zweiten Schritt in der Ausarbeitung optimaler Betriebsbedingungen für eine zweite Ausbaustufe des AKW Rheinsberg, bezeichnet als AKW I/2, die nach längeren Planungen dann doch nicht ausgeführt wurde, bestehen.

104 Beim Druckwasserreaktor mit Wasser als Kühlmittel und Moderator liegt die Siedetemperatur des Druckwassers ca. 50°C über der Betriebstemperatur, was eine hohe Leistungsdichte bzw. Wärmeabfuhr bei relativ gedrungener Bauweise mit einem dickwandigen Druckbehälter aus Spezialstahl bedingt (Betriebsdruck ca. 150 bis 160 bar bei Betriebstemperaturen von ca. 280 bis 300°C). Orientierungsmaße: Druckbehälter Durchmesser 3-4 m, Höhe 10-12 m, aktive Zone Höhe und Durchmesser jeweils in der Größenordnung von 3 m. Etwa 3 m lange Brennstäbe mit oxidischem Brennstoff im Durchmesser bis zu 1 cm, zusammengefaßt in Kassetten. - WWER: Wasser-Wasser-Energie-Reaktor.

105 Arch ZfK, VS-Archiv, VS DR I/4 39/59 vom 9.11.1959.

106 BArch Potsdam DF1/1143. Nach Aufzeichnungen Barwicks aus dem Jahr 1960.

107 BArch Potsdam DF1/30.

108 Ebd.

Diese ganzen Bemühungen sollten nicht losgelöst von der durch die DDR-Führung nur zu gern angestrebten Vorbildwirkung in Deutschland gesehen werden. Abschließend betonte Rambusch in seinem Bericht vom März 1957: »Ein Vergleich mit Westdeutschland und auch mit dem übrigen kapitalistischen Ausland zeigt, daß wir reale Chancen haben, bei der Entwicklung eines Atomenergieprogramms den uns gebührenden Platz einzunehmen. Die Konzentration auf eine Aufgabe¹⁰⁹ und der sehr gute Kontakt, der sich im Austausch von wissenschaftlichen Ergebnissen und technischen Dokumentationen zwischen der UdSSR und der DDR darstellt, dürfte zu dieser Feststellung berechtigen.« In dieser Richtung lag auch eine Formulierung aus einem Memorandum von 1956 über die Entwicklung der Kernphysik und ihrer friedlichen Anwendung in der DDR: »Die Deutsche Demokratische Republik ist heute der größte Uranproduzent in Europa. Diese Tatsache und die Erfahrungen unserer hochbegabten Wissenschaftler befähigen die Deutsche Demokratische Republik schon heute, auf internationaler Ebene einen nicht unwesentlichen Beitrag zur friedlichen Nutzung der Atomenergie zu leisten.«¹¹⁰

Daß mit den Uranvorkommen in der DDR ernsthaft gerechnet wurde, dokumentiert auch eine Bemerkung von Willi Stoph in einem Brief an den Stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten Otto Winzer im Zusammenhang mit dem Ministerratsbeschluß vom 10. November 1955. Er wies auf einen geplanten KKW-Zubau von etwa 100 MW im zweiten Fünfjahrplan und schrieb: »Als Basis für diese Kraftwerkentwicklung werden die Uranvorkommen in der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet.«¹¹¹

Am 23. März 1956 wurde das »Vereinigte Institut für Kernforschung« in Dubna (UdSSR) gegründet, dem auch die DDR angehörte. In seiner Sitzung am 10. April 1956 nahm das Politbüro dazu einen Bericht entgegen.¹¹² Neben der Unterstützung der Regierung der UdSSR zum Aufbau des Instituts und die dazu zu entsendende Delegation wurde der zukünftige Informationsfluß zur Kernphysik aus dem Ausland diskutiert, in den nach einem Ministerratsbeschluß unbedingt der Wissenschaftliche Rat eingeschaltet werden sollte. Zu einem solchen Beschluß kam es nicht. Im ZK-Apparat hatte man offensichtlich schon erkannt, daß viele Aktivitäten ohne Einbeziehung dieses Rates abliefen.

109 Diese Konzentration gelang allerdings nicht.

110 BArch Potsdam DF1/796.

111 BArch Potsdam DF1/67.

112 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/471.

Schon nach zwei bis drei Jahren der Entwicklung auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik gab es, wie später noch gezeigt wird, Unzufriedenheit unter Wissenschaftlern und Funktionären mit der Koordinierung und der Planung der Arbeiten. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich diese Haltung besonders auch in der SED-Führung entwickelte. Die SED hatte gerade in den Jahren 1956/57 die Planung in verschiedenen Industriezweigen und in der Energiewirtschaft gestrafft. Als beratende und koordinierende Einrichtung des Ministerrates hatte im August 1957 der Forschungsrat seine Arbeit aufgenommen. Im Vorfeld des V. Parteitags der SED, der sich vom 10. bis 16. Juli 1958 insbesondere mit der Verbesserung der industriellen Basis beschäftigte, um mit der »ökonomischen Hauptaufgabe« eine Überlegenheit des Sozialismus möglichst zu beweisen, stand nun die Entwicklung zur Kerntechnik im Gegensatz zu der anderer Wirtschaftsbereiche. Auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet sollte die Bindung an die UdSSR und die anderen Ostblockländer verstärkt werden, eine für die Kernenergetik der DDR wichtige Bedingung.

In dieser Situation fand die 2. Internationale wissenschaftliche Konferenz über die friedliche Anwendung der Atomenergie in Genf vom 1. bis 13. September 1958 statt. Im Hinblick auf die Entwicklung von Leistungsreaktoren für KKW war sie durch eine allgemeine internationale Ernüchterung gekennzeichnet, da sich deutliche Defizite im Hinblick auf den technischen Entwicklungsstand und die angestrebte Wirtschaftlichkeit zeigten. Entscheidungen über die dabei zu favorisierenden Reaktortypen waren noch nicht gefallen, Betriebserfahrungen fehlten. Die DDR war durch eine große Delegation von 35 Wissenschaftlern mit Beobachterstatus vertreten, deren Zusammensetzung am 24. Juli 1958 dem Wissenschaftlichen Rat vorgelegt wurde.¹¹³ Zur Kernenergetik stellte das AKK in seinem Beschluß zur Auswertung der Konferenz fest, daß der mit dem AKW I gewählte Typ des Druckwasserreaktors, obwohl noch keine Entscheidung über den geeignetsten Typ gefallen ist, international als günstig beurteilt wird.¹¹⁴ Sehr wesentlich war die Forderung des AKK, wegen der Begrenzung der Mittel in der DDR nunmehr die Kräfte zu konzentrieren, eine Mahnung, die leider ungehört verhallte. Die in der DDR von der Parteiführung angestrebte optimistische Atmosphäre zum Einsatz moderner Techniken wurde durch die Ergebnisse der Konferenz beeinträchtigt.

113 Arch BBAW NL Friedrich Band 373.

114 Arch BBAW NL Steenbeck Band 356.

Eine gesonderte Auswertung nahm am 29. September 1958 die Parteikommission des Politbüros für Kernforschung und Kerntechnik (auch Kommission A) mit dem Ziel vor, die Aktivitäten zur Kernenergetik zu konzentrieren.¹¹⁵ Aufgrund einer zunehmenden Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der einschlägigen Beratungs- und Entscheidungsgremien, besonders auch mit dieser Kommission, bestätigte das Politbüro am 17. Juni 1958 eine grundlegende Umbildung der Parteikommission.¹¹⁶ Berichterstatter war Erich Apel, nunmehr im ZK-Apparat für Kernforschung und Kerntechnik verantwortlich.

3.3.4 Die Beschlußvorlage des AKK von 1958

Vermutlich im Zusammenhang mit der durch das Politbüro angemahnten Verbesserung der Arbeit der einschlägigen Parteikommission vom Juni 1958 und der Einsetzung von Erich Apel als Verantwortlichen für Kernforschung und Kerntechnik arbeitete das AKK eine umfangreiche und allumfassende Beschlußvorlage aus, die im Aktenbestand des Büros seines Leiters vorliegt.¹¹⁷ Im folgenden werden einige Fakten aus dem Abschnitt I genannt, der sich mit der Kernenergienutzung beschäftigt.

Zur Verantwortlichkeit und Bedeutung wurde festgestellt: »Das Amt für Kernforschung und Kerntechnik ist als Zentrales Organ der staatlichen Verwaltung für die Festlegung und Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Realisierung des Kernenergieprogramms nach Abstimmung mit der Staatlichen Plankommission und den Zentralen Organen der staatlichen Verwaltung verantwortlich. Das Programm für die friedliche Nutzung der Atomenergie ist dem Kohle- und Energieprogramm der Deutschen Demokratischen Republik gleichgestellt.«

Als Richtschnur für die Kraftwerksentwicklung wurden in der Beschlußvorlage die von der Staatlichen Plankommission geforderten zu installierenden Leistungen angegeben, nämlich für die drei Zeitabschnitte 1960-65, 1966-70 und 1970-75 jeweils 440, 1 200 und 4 200 MWe. Für die zweite Ausbaustufe des Atomkraftwerks I (AKW I/2), das auch im Druckwasser-Typ zu errichten sei, wurde die Fertigstellung für 1964 gefordert, wobei mit Ausnahme von Druckgefäß und Brennelementen die gesamte Fertigung durch die DDR erfolgen sollte. Der Abschluß von Bau und Montage des AKW II mit einer Leistung von etwa 300 MWe sollte 1965 erfolgen. Ab 1970 sollte der Elektroenergiezuwachs durch Kern-

115 Arch ZfK 0/654.

116 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/598.

117 BArch Potsdam DF1/61.

kraftwerke übernommen werden. Diese Zielstellungen wurden später in keiner Weise erfüllt. Die zur Verwirklichung der ersten Etappen durchzuführenden Verhandlungen mit der UdSSR, insbesondere zur Brennstoffversorgung, wurden angemahnt.

Um für die weitere Durchführung des Kernenergieprogramms den wissenschaftlichen Vorlauf zu sichern, wurden in dem Plan im einzelnen sieben zu bearbeitende Studienentwürfe aufgeführt, die vor allem Fragen der Kernbrennstoffe und der Brennelemente betrafen. Auf diese Weise sollten Lösungswege und notwendige Aufwände für eigene Fertigungen in der DDR festgestellt werden. Im Jahre 1957 hatte das AKK dem ZfK Rossendorf in dieser Richtung schon 16 Forschungsthemen für unterschiedliche Reaktormaterialien übergeben.¹¹⁸

3.3.5 Beispiele für die Handhabung von Kritik im Parteiapparat im Jahre 1958

Die Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Kernenergienutzung fiel in den Abteilungen des ZK im Vorfeld des V. Parteitags der SED besonders ins Gewicht, da hier speziell die Verbesserung der industriellen Basis zur Debatte stand. Im folgenden wird anhand einiger Aktivitäten des ZK-Mitglieds Wolfgang Fabian die Manipulation von Diskussionen im Apparat der SED-Führung, wie sie auch zur Kernenergiepolitik auftrat, erläutert. Wie aus den Akten ersichtlich, begann seine Laufbahn 1924 als Schlosserlehrling, führte nach dem Aufstieg in der Industrie schließlich über ein zweijähriges Studium am Industrieinstitut der TU Dresden ins AKK, wo er meist als Abteilungsleiter tätig war.¹¹⁹ Es handelte sich bei ihm nicht um einen Fachmann von Kernforschung oder Kerntechnik, trotzdem war sein Einsatz als Werkleiter des ersten Atomkraftwerks der DDR schon festgelegt. In einem Schreiben an Fritz Zeiler im ZK vom 9. September 1957 schlug Karl Rambusch als Leiter des AKK jedoch vor, ihn nicht für diese Funktion vorzusehen.¹²⁰

Nun, in Vorbereitung des V. Parteitags, trat Wolfgang Fabian am 12. Juni 1958 mit einem Brief an Ulbricht auf, machte sich zum Sprecher der Unzufriedenen und löste damit eine Diskussion über seinen Chef, den Leiter des AKK aus. Es ist zu vermuten, daß es sich um eine vorbereitete Aktion handelte, denn durch die ZK-Abteilung »Maschinenbau und Metallurgie« wurde sofort eine hochrangige Kommission gebil-

118 BArch Potsdam DF1/860.

119 BArch Potsdam DF1/531.

120 BArch Potsdam DF1/30.

det, die die aufgeworfenen Fragen zu diskutieren und eine Vorlage für das Politbüro auszuarbeiten hatte. Man verfaßte darüber eine »Information« und schickte den Vorgang am 28. Juni, etwa zehn Tage vor dem Parteitag, an Ulbricht.¹²¹ Im Zentrum der Kritik standen nun das AKK und besonders Karl Rambusch, dem man den Mangel an detaillierten Planungen persönlich anlastete. In diesem Papier wurde betont: »Das Fehlen der Perspektive auf diesen Gebieten beeinflußt die weitere Bewußtseinsentwicklung eines Teils der Intelligenz.« Mit seiner Meinung, daß die Ausarbeitung der Perspektiven verfrüht sei, habe Rambusch »in verschiedenen Fragen bremsend gewirkt«. Das Papier schloß mit den Sätzen: »Die Parteiorganisation des Amtes verstand es nicht, diese unkritische Atmosphäre im gesamten Amt zu überwinden und den Meinungsstreit in prinzipiellen Fragen in Verbindung mit ihrer praktischen Arbeit zu entwickeln. Wir orientierten die Parteiorganisation auf diese Frage, so daß praktisch am 16.6.58 diese Auseinandersetzung begann, die nun systematisch weitergeführt wird, um die gesamte Parteiorganisation in den Kampf zu führen.«

Auf dem V. Parteitag der SED spielten Kernforschung und Kerntechnik, reichlich zwei Jahre nach der 3. Parteikonferenz, nach den vorliegenden Quellen schon keine besondere Rolle mehr. Trotzdem legte das AKK auch ohne direkten fachlichen Bezug bereits vier Wochen nach dem Parteitag einen Beschluß unter dem Titel »Schnelle Entwicklung der Kernforschung und Kerntechnik – eine wichtiger Beitrag zum Sieg des Sozialismus« vor.¹²² Er könnte auch wie eine Ergebnisadresse an die Parteiführung gelesen werden, um aus der politischen Schußlinie zu kommen. Da wurde unter den »Grundaufgaben« des AKK beispielsweise verzeichnet, »die Mitarbeiter sind im Geiste der '10 Grundsätze des sozialistischen Menschen' im neuen sozialistischen Arbeitsstil zu erziehen.« Das AKK sollte den Menschen »eine solche sozialistische Perspektive geben, daß sie mit innerer Überzeugung und ihrer ganzen Initiative am Aufbau des Sozialismus, an der Entwicklung der Kernforschung und Kerntechnik in der DDR teilnehmen.« Zu dem umstrittenen Problem der Perspektive wurde Stellung genommen, die »nicht Aufgabe einer kleinen Gruppe, sondern aller Abteilungen des Amtes« ist. Neue fachliche Aspekte aber fehlten. – Ein derartiger Vorgang der Kritik »von oben« und die Art der Erwiderung charakterisieren die Situation der damaligen

121 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/43.

122 BArch Potsdam DF1/878.

DDR-Gesellschaft. Die Position des AKK gegenüber der Parteispitze wurde durch eine solche Stellungnahme kaum verbessert.

Zwei Wochen später befand sich das ZK-Mitglied Wolfgang Fabian unter den Mitgliedern der DDR-Delegation bei der 2. Genfer Konferenz und fungierte als Sekretär der dort gebildeten Parteigruppe. In seinem Bericht über die Konferenz vom 23. September 1958 ging er u. a. auf das persönliche Verhalten von Heinz Barwich ein:¹²³ Sein Verhalten auf der DDR-Pressekonferenz »läßt darauf schließen, daß er möglichst neutral bleiben möchte«. Er kritisierte sein Verhalten jüngerer Wissenschaftlern gegenüber, sein Bestreben, zum Beispiel bei Empfängen gern im Mittelpunkt zu stehen. Auch persönliche Diffamierungen fehlten in dem Bericht nicht.

3.4 Verhandlungen und Beschlüsse von 1959

3.4.1 Die Planung der weiteren Entwicklung durch die DDR-Führung

Nach der 2. Genfer Konferenz konzentrierte sich das AKK auf die Vorbereitung eines Politbürobeschlusses zur Weiterführung der Arbeiten, der dann in der Sitzung am 6. und 7. Januar 1959 gefaßt wurde.¹²⁴ Die Grundlage dazu bildete der auf dem Kernenergieprogramm der DDR basierende umfassende Beschlußentwurf, den man schon vor der Konferenz erarbeitet hatte.¹²⁵ Darauf aufbauend entstand die Vorlage für das Politbüro vom 11. November 1958.¹²⁶

In dieser Politbürositzung wurde der Vorlage als Basis für die weitere Arbeit zugestimmt. Die Zahl der vom AKK aufgestellten Studienentwürfe zu Einzelthemen der Kernenergienutzung, betreffend die Brennstoff- und Materialfragen, war inzwischen auf zehn erhöht und enthielt solche Vorhaben wie die Aufarbeitung von Brennelementen zur Plutonium-Gewinnung, Studienprojekte für Anlagen zur Uran-Anreicherung oder zur Zirkon-Verarbeitung sowie zur Brennelementherstellung. Weiterhin sollte die Frage untersucht werden, welche Versuchsreaktoren zu errichten waren, um die weitere Durchführung des Kernenergieprogramms zu sichern. Der Leiter des AKK hatte die Projekte bis Januar 1959 mit Terminen zu vergeben und ihre Erfüllung besonders zu kontrollieren. Die

123 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/160 und BArch Potsdam DF1/723.

124 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/626.

125 Die auf der 2. Genfer Konferenz geäußerte abwartende Haltung zur weiteren kernenergetischen Entwicklung war darin nicht berücksichtigt.

126 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/43.

Ergebnisse wurden als eine Voraussetzung zur Weiterführung des Kernenergieprogramms im vierten und fünften Fünfjahrplan angesehen, wozu ein erster Vorschlag im Dezember 1960 einzureichen war. Zur Reaktorentwicklung enthielt die Vorlage die Formulierung: »Der Leiter des AKK veranlaßt in Zusammenarbeit mit den Leitern der in Frage kommenden Industriezweige die Ausarbeitung von Vorschlägen für die industrielle Entwicklung und Fertigung von Leistungsreaktoren, den Bau von Atomkraftwerken sowie der Nebenanlagen.« Im Mittelpunkt des Beschlusses stand die schon in den Papieren von 1958 enthaltene Forderung, bis 1970 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, den Zuwachs der Elektroenergieerzeugung von diesem Zeitpunkt an ausschließlich aus der Kernenergie zu erzielen.

Die Vorlage wurde von den politischen und administrativen Entscheidungsträgern unterstützt, denn sie trug die Unterschriften der verantwortlichen Bearbeiter der Staatlichen Plankommission (SPK), des AKK und des ZK der SED. Trotzdem ist ersichtlich, daß mit den schon im Ansatz enthaltenen Aufgaben die Möglichkeiten der DDR überzogen wurden. Offensichtlich verstellte der Ehrgeiz zur Kernenergieentwicklung den Blick auf die vorhandenen Potentiale.

Die im Vorjahr im ZK-Apparat aufgetretene Unzufriedenheit mit dem AKK fand auch in dieser Politbürositzung vom November 1958 ihren Niederschlag: »Die Genossen Leuschner und Hager werden beauftragt, innerhalb von vier Wochen dem Politbüro einen Vorschlag für die Änderung der Leitung des Amtes für Kernforschung zu unterbreiten.«¹²⁷

Die SED-Führung strebte energisch ohne Rücksicht auf die vorhandenen Ressourcen die Verwirklichung der Vorhaben an. Die entscheidende Rolle sollte dabei die »Parteikommission des Politbüros für Kernforschung und Kerntechnik« (im folgenden »Parteikommission«) spielen. Sie kritisierte am 13. Februar 1959 Unzulänglichkeiten beim Wissenschaftlichen Rat, bei der Arbeit im ZfK Rossendorf und der Vorbereitung der Projektunterlagen für das AKW I.¹²⁸ Die ehrgeizigen Eckwerte der Beschlußvorlage von 1958 für die KKW-Entwicklung blieben immer noch bestehen. Sie waren auch in dem ausführlichen Bericht des AKK als Arbeitsprotokoll zum Politbürobeschluß vom 9. Januar 1959 enthalten.¹²⁹

127 Dazu berichtete Karl Rambusch am 2. April 1959 dem ZK der SED, daß ein neuer Strukturplan des AKK in Dienstbesprechungen und am 21. März 1959 von einer Parteiaktivtagung des AKK beraten wurde. BArch Potsdam DF1/531.

128 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/607/1.

129 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2A/674.

3.4.2 Die Parteipropaganda als wichtiges Anliegen des AKK

Trotz der angespannten inhaltlichen Diskussionen zum Kernenergieprogramm wurde die politische Agitation zur Parteiideologie auch 1959 nicht aus dem Auge verloren. Ein typisches Beispiel lieferte dazu das AKK selbst, das wohl damit den schlechten Eindruck im ZK-Apparat vom Vorjahr korrigieren wollte.

In der Parteigruppe des AKK wurde am 9. Januar 1959 ein offenbar schon vor der Politbürositzung ausgearbeitetes ausführliches Referat über die »grundsätzlichen Fragen zur Verwirklichung des Politbürobeschlusses« gehalten, das zum Beschluß erhoben wurde.¹³⁰ Einzelheiten zu fachlichen Fragen fehlten hier völlig. Statt dessen war dort eine Zusammenfassung der politischen Agitation der SED zur Kernenergiepolitik enthalten, die sich besonders gegen die Bundesrepublik Deutschland wandte, wo »unter der Schirmherrschaft der USA Westdeutschland zu einer Atombombenmacht werden soll«.

Zu diesem Aspekt wurde u. a. ausgeführt: »Zusammenfassend kann gesagt werden: 1.) In Westdeutschland ist die friedliche Nutzung der Kernenergie der militärischen untergeordnet. Die friedliche Anwendung der Kernenergie dient nur als Aushängeschild. Über diese Tatsachen können auch solche Manöver wie die Erklärungen in einigen westdeutschen und dem westberliner Länderatomgesetzen, daß die Forschung und Anwendung der Atomenergie ausschließlich friedlichen Zwecken diene, nicht hinwegtäuschen. Der heuchlerische Charakter dieser Erklärungen, berechnet für die Täuschung der werktätigen Menschen, wird durch die Praxis widerlegt. 2.) Die Perspektive der Anwendung der Atomenergie in Westdeutschland wird, - wenn es nach dem Willen der Adenauer-Clique geht - durch die Vorbereitung eines Atomkrieges bestimmt. Dagegen besteht die optimistische Perspektive in der DDR, die neue Produktivkraft Atomenergie noch schneller und zielstrebig für den sozialistischen Aufbau zu nutzen.«

Am Schluß die prinzipielle Aussage: »Wir sind in erster Linie ein parteiliches Amt und als Organ des Ministerrats auch ein mitentscheidendes Organ.«

130 BArch Potsdam DF1/548.

3.4.3 Die Zäsur der Entwicklung nach den Verhandlungen mit der Sowjetunion

In ihrem anfänglichen Optimismus bei Entwicklung und Aufbau von Kernkraftwerken war die DDR-Führung in ihren Planungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in der UdSSR vorausgeeilt. Die Überlegungen zu Forschung und Entwicklung liefen nicht mit den sowjetischen synchron. Das zeigte sich im Januar 1959 bei einer Tagung der Regierungsbevollmächtigten für das Vereinigte Institut für Kernforschung in Dubna (UdSSR). Dort traf der Leiter der Hauptverwaltung für die friedliche Anwendung der Atomenergie beim Ministerrat der UdSSR, W.S. Jemeljanow¹³¹, mit dem Leiter des AKK, Karl Rambusch, zusammen. Die Ergebnisse der Besprechungen waren für diesen so bedeutsam, daß er nach seiner Rückkehr unter dem 2. Februar 1959 einen Aktenvermerk an die SPK schickte, der sofort an Erich Apel als den insgesamt Verantwortlichen im ZK-Apparat weitergeleitet wurde.¹³² Der Übermittler aus der SPK, Hermann Große, machte an Apel noch den Vermerk: »Wenn von der Perspektivplanung die Stellungnahme vorliegt, so wird es wahrscheinlich zweckmäßig sein, im kleineren Kreis dieses wichtige Problem zu diskutieren und zu entscheiden.«

Nach diesem Aktenvermerk hatte W.S. Jemeljanow darauf hingewiesen, daß zunächst in der UdSSR für eine AKW-Entwicklung ausreichende Betriebserfahrungen gesammelt werden müßten. Dazu sollten dort bis 1965 einige Leistungsreaktoren unterschiedlichen Typs, die alle noch Versuchscharakter hätten, aufgebaut werden. Erst danach waren in der UdSSR die Entscheidungen über geeignete Kraftwerkstypen vorgesehen. Bis zu diesem Testbeginn, nämlich bis 1965, wollte die DDR schon das zweite AKW mit sowjetischer Hilfe aufgebaut haben, wie Rambusch auch dort mitteilte. Er formulierte: »Unsere Absicht, ein zweites Atomkraftwerk zu bauen, bevor Erfahrungen über den Betrieb des ersten Atomkraftwerkes gemacht wurden, bezeichnete er (W.S. Jemeljanow – E.H.) als Abenteuer. Er hält vielmehr für dringend notwendig, sehr intensiv Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu betreiben auf dem Gebiet der Reaktorwerkstoffe einschließlich der Aufarbeitung von Uran, der Bearbeitung von Uran-Legierungen usw.« W.S. Jemeljanow empfahl der DDR dringend Arbeiten zu Reaktorwerkstoffen, die sich ohnehin schon in der Planung befanden. Zur Diskussion über den Bau eines zweiten

131 Wegen unterschiedlicher Transkription traten die Schreibweisen »Jemeljanow« und »Emiljanow« auf.

132 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/43.

Kernkraftwerks über die 2. Ausbaustufe des AKW I hinaus sei er erst nach der Erprobung der im RGW-Bereich derzeit im Bau befindlichen Anlagen bereit. Rambusch resümierte, »daß von seiten der Atomverwaltung (der UdSSR – E.H.) keine Unterstützung für unser Vorhaben zu erwarten ist«. »Vorgesehene Verhandlungen müßten über höchste Parteebene« festgelegt werden.

Diese weiteren Verhandlungen zwischen beiden Ländern erfolgten dann bilateral vom 7. bis 18. April 1959 in Moskau und weiter in einer RGW-Runde vom 27. bis 30. Mai in Dubna. Zur Vorbereitung der Verhandlungen im April hatte das AKK die Unterlagen für die zweite Ausbaustufe des AKW I (AKW I/2) an die sowjetische Seite übergeben, wie in einem Brief am 2. April 1959 an Werner Otto im ZK mitgeteilt wurde.¹³³ Die folgenden Ausführungen zur Auswertung beider Verhandlungen stützen sich auf die Aufzeichnungen des Teilnehmers Heinz Barwich, die dieser unter dem 21. Juni 1959 anlegte und dann dem AKK übersandte.¹³⁴

Die Verhandlungen im April bestätigten die Ausführungen W.S. Jemeljanows vom Januar. Solange nicht ausreichende Betriebserfahrungen zu den bisher in Betrieb befindlichen Leistungsreaktoren vorliegen, sind konkrete Pläne für weitere AKW unangebracht, wurde nochmals betont. Als aktuelle Fragestellungen bezeichnete die sowjetische Seite die Brennelemententwicklung. Sie schlug außerdem vor, möglichst bald eine Konferenz zum Schnellen Brutreaktor abzuhalten. Die »sozialistischen« Staaten könnten auf diesem Gebiet Teilprobleme bearbeiten. Für den Bau von Forschungsreaktoren erklärte sich die UdSSR zur Hilfe bereit, dagegen würden die notwendigen Leistungen für ein AKW I/2 ein Opfer bedeuten, besonders der Bau des Reaktordruckbehälters. Die in der DDR entwickelten Vorstellungen zu konstruktiven Verbesserungen am AKW I/2 sollten solange ruhen, bis Erfahrungen am AKW I vorliegen. Damit erfüllten sich die Hoffnungen der DDR auf einen Vertrag zum Bau des AKW I/2 nicht. Von den Studienprojekten der DDR wurden die zum Plutonium und zur Urananreicherung abgelehnt,¹³⁵ dagegen besonders die Uranmetallurgie befürwortet, die ohne Rücksicht auf einen speziellen Reaktortyp betrieben werden sollte.

Auf der Konferenz im Mai wurde der Plan der Länder Polen, Tschechoslowakei und DDR zum Bau eines eigenen Materialprüfreaktors

133 BArch Potsdam DF1/531.

134 Arch ZfK 907.

135 Die Gründe für diese Ablehnung wurden von Heinz Barwich nicht vermerkt.

durch die UdSSR als voreilig verworfen, die hier selbst die Initiative ergreifen wollte. Polen und die Tschechoslowakei hatten Studienprojekte zur eigenen Reaktorentwicklung inzwischen schon aufgegeben. Die immer wieder beklagten Mängel in der Geräteversorgung sollten durch gegenseitigen Austausch gemildert werden. Zu den Wünschen nach direkten Kontakten zwischen den Wissenschaftlern der beteiligten Länder nahm die sowjetische Seite eine abwartende Haltung ein. Sie sprach sich zunächst gegen derartige Kontakte aus.

3.4.4 Eine erste Meinungsäußerung zum AKW I nach den Verhandlungen mit der UdSSR

Die fehlende Zustimmung der sowjetischen Partner bedeutete eine tiefen Einschnitt in die Planungen der DDR, denn die euphorischen Vorstellungen waren entscheidend zu reduzieren. Zunächst machten sich Diskussionen erforderlich. Hierzu sei zunächst auf das schon erwähnte Papier Heinz Barwichts vom 21. Juni 1959¹³⁶ zurückgegriffen. Wegen der internationalen Pause in der AKW-Entwicklung empfiehlt er zunächst eine Reduzierung des WTBR. Er wies auf das Fehlen wesentlicher technischer Projekte in der UdSSR für den Zeitraum zwischen 1960 und 1965 hin und erklärte: »Wenngleich diese Pause von uns im Jahre 1955 noch nicht klar vorherzusehen war, so können dennoch die überstürzten Maßnahmen, welche hier als Faktor der Vergangenheit kritisiert werden, nicht allein dadurch entschuldigt werden.« Er kritisierte, daß Forderungen nach Vorbereitungen für einen in Kürze weitgehend selbständig in Angriff zu nehmenden Bau von Atomkraftwerken und dazugehöriger Anlagen »von Seiten leitender Partei- und Regierungsstellen ständig nachdrücklich erhoben wurden«. Heinz Barwich charakterisierte in seinem freimütigen Stil die Maßnahmen in der DDR zum AKW-Bau durchweg als Frühgeburten, »mit denen man sich noch lange Zeit wird herumplagen müssen, ohne eine wirkliche Freude daran zu haben«. Insbesondere wandte er sich gegen den Bau des AKW I/2 im gleichen Typ wie das AKW I als Druckwasserreaktor, da keine neuen Erfahrungen zu sammeln seien. Die verringerten Kosten beim Bau des AKW I/2 im gleichen Typ waren anfangs ein Argument sowohl für das AKK als auch für das WTBR gewesen. Im ZfK Rossendorf wurden dagegen Pläne für einen weiteren Forschungsreaktor gemacht, um spätere industrielle Entwicklungen vorzubereiten.

136 Arch ZfK 907.

Von der sowjetischen Haltung waren also am meisten die Pläne für den Bau des AKW I betroffen. Die dazu dringend notwendige Unterstützung aus der UdSSR wurde nicht zugesagt. Die Kapazitäten zum Reaktorbau, wie im WTBR unter Max Steenbeck, mußten für ihre weitere Entwicklung am Bau weiterer AKW interessiert sein, in der Forschung, wie im ZfK, wollte man die Zeit für die Untersuchung weiterer Reaktortypen nutzen. Diesem sich entwickelnden Streit konnte man im ZK der SED nur abwartend gegenüberstehen. Den hochgesteckten Zielen der Anfangszeit aber hatte man noch nicht abgeschworen. Vor allem erwartete man im ZK eine stärkere Wirksamkeit des Wissenschaftlichen Rats. Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Forschungsrat, dem Wissenschaftlichen Rat und dem Wissenschaftlich-Technischen Rat beim AKK hatte der Leiter des AKK in seinem oben erwähnten Brief an das ZK der SED schon im April versprochen.¹³⁷

3.4.5 Der Perspektivplan des AKK vom September 1959

Nunmehr legte das AKK am 17. September 1959, ohne daß der Wissenschaftliche Rat nach den Verhandlungen mit der UdSSR die Gelegenheit zu einer Stellungnahme gefunden hatte, einen Perspektivplan zur Entwicklung der Kernenergie in der DDR bis 1965 vor.¹³⁸ Erst in seiner Sitzung am 3. Dezember 1959 stand dieser wichtige Plan beim Wissenschaftlichen Rat auf der Tagesordnung.¹³⁹ In der Parteikommission wurde er rechtzeitig am 10. September beraten.¹⁴⁰ Zur Thematik gab die Kommission u. a. an die Regierung Empfehlungen zur Fortsetzung der Vorbereitungen für das AKW I/2 und für Verhandlungen mit der UdSSR zum Bau einer Anlage zur Herstellung reaktorreiner Uranoxide in der DDR mit einer Kapazität von 500-1 000 t/Jahr.

In diesem detaillierten Planungspapier wurde für das AKW I die volle Leistung für das I. Quartal 1963 erwartet, wobei es nunmehr als Versuchskraftwerk vorgesehen war. Obwohl eine sowjetische Unterstützung bisher nicht zugesagt wurde, sollte die zweite Ausbaustufe (AKW I/2) trotzdem errichtet werden und zwar »unter stärkster Einbeziehung der deutschen Projektierungs- und Konstruktionsgruppe sowie mit breiter

137 Als ein großer Nachteil für eine effektivere Arbeit erwies sich die große Zahl der Fachgremien, denn der Wissenschaftliche Rat hatte zusätzlich eine Reihe von Unterkommissionen eingesetzt. Der erwähnte Wissenschaftlich-Technische Rat stellte im Jahre 1959 seine Arbeit praktisch ein, wurde Anfang 1960 aufgelöst.

138 BArch Potsdam DF1/1146 und SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/607/1.

139 Arch ZfK 0/653.

140 SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/607/1.

Beteiligung der eigenen Industrie«. Damit verzichtete die DDR auf die Betriebserfahrungen der ersten Ausbaustufe. Ein Fertigstellungstermin wurde nicht genannt. Man hoffte dabei weiter auf einen entsprechenden Vertragsabschluß mit der sowjetischen Seite. Die Entscheidung für ein zweites AKW wurde nunmehr bis zum Vorliegen sowjetischer Betriebserfahrungen zurückgestellt. Für die zukünftige Entwicklung in der DDR favorisierte die Parteikommission und anschließend auch der Wissenschaftliche Rat den Druckwassertyp des AKW I. Dabei sollte das WTBR eine umfangreiche konstruktive Verbesserung besonders in der aktiven Zone erreichen. Die in der DDR dazu vorhandenen Forschungsstellen und Industriebetriebe wollte man einbeziehen.

Weiter hieß es in diesem Papier, daß auch mit der Entwicklung und dem Bau von Siedewasser-Reaktoren zu beginnen sei, »so daß durch den Übergang vom Druck- zum Siedewasser-Reaktor eine Vorwärtsentwicklung unserer Technik garantiert ist«. Man hatte dabei auch eine eigene Brennelemententwicklung im Auge und formulierte im Sinne einer Reaktorentwicklung: »Verschärfte Anforderungen an die Brennelemente des Siedewasserreaktors können für eine Leistungssteigerung des Druckwasserreaktors ausgewertet werden.« Der Prototyp sollte ein 20 MW-Reaktor mit einer elektrischen Leistung von 5 MWe sein. Mit sowjetischer Unterstützung rechneten die DDR-Planer hier ebenfalls. Den Reaktor wollten sie für die Untersuchung von Reaktorwerkstoffen einsetzen, die in der DDR herstellbar sind. Dazu wurde ausgeführt: »Der Bau einer Versuchssiedewasseranlage als Prototyp ist daher unumgänglich notwendig.« Darüber hinaus wurde das ZfK Rossendorf aufgefordert, sich »mit der Erarbeitung der physikalischen und physikalisch-technischen Grundlagen für einen schwerwassermoderierten Siedewasser-Reaktor« zu befassen.

Doch damit nicht genug. Als komplexe Entwicklungsaufgabe sollte im ZfK, offenbar als eigener Vorschlag, ein »homogener Forschungsreaktor ... zur Untersuchung der Aussichten für die Ausnutzung von Natururan für Kraftwerkszwecke in einem Uran-Schwerwassersystem«, beginnend 1962, aufgebaut werden.

Das AKK kritisierte in dem Perspektivplanentwurf, der stellenweise den Charakter eines Diskussionspapiers hatte, daß das ZfK auf diese Weise nicht rechtzeitig eine Aufgabenstellung für die Industrie, »die den Hauptträger der zukünftigen Kraftwerksentwicklung darstellt,« vorlegen kann und sich deshalb zunächst vorher mit der Siedewasserreaktor-Entwicklung beschäftigen sollte. Hier müßte eher eine Aufgabenstellung für die Industrie vorliegen. Für »die rechtzeitige Bereitstellung der erforderli-

chen Werkstoffe und Materialien« aus der DDR wurden im zweiten Teil des Plans aus dem Bereich der früheren Studienprojekte Aufgaben behandelt zur Gewinnung von reaktorreinen Uranoxiden, von Schwermwasser, von Zirkon und Reaktorgraphit sowie zur Brennelementherstellung.

Nach der Herausgabe dieses Plans im September 1959 waren die folgenden Monate mit lebhaften Auseinandersetzungen über die tatsächlich einzuschlagenden Wege im Kernenergieprogramm angefüllt.

3.5 Die Unsicherheiten in der Planung im Zeitraum 1959/60

3.5.1 Die wesentlichen Diskussionspunkte zur Kernenergiepolitik der DDR

Offenbar war in der DDR-Spitze Mitte 1959 mit dem nötigen Ehrgeiz erneut eine breite Palette von Aufgaben zur Kernenergienutzung angeregt worden. Dadurch flammten unter den Fachleuten die Diskussionen wieder zu den beiden Gesichtspunkten auf: Welchen Umfang sollten die Arbeiten haben und welche Aufgaben sollten im einzelnen bearbeitet werden?

Zum Umfang der Arbeiten hatte noch am 28. Mai des Jahres bei den Verhandlungen in Dubna Karl Rambusch einem angemessenen, begrenzten Engagement der DDR das Wort geredet: »Professor Emiljanow wies darauf hin, daß jedes Land nur begrenzte Möglichkeiten hat. Das gilt insbesondere für unsere kleinen Länder. Unsere Vorstellungen gehen deshalb darauf aus, eine annehmbare Lösung zu finden, wobei wir aber unsere Kräfte nicht zersplittern. Wir haben den richtigen Weg noch nicht gefunden, auf dem wir gehen sollten. Alle unsere Arbeiten haben vorbereitenden Charakter.« Darum sollte das AKW I auch eine reine Versuchsanlage sein.¹⁴¹ – Außerdem sei an dieser Stelle auf die offizielle Feststellung der DDR-Delegation nach der 2. Genfer Konferenz hingewiesen, daß nämlich angesichts der vorhandenen Möglichkeiten eine Konzentration der Kräfte in der DDR notwendig sei. Die jetzigen Pläne schienen das wenig zu berücksichtigen.

Bei den Diskussionen ab 1956, bei den Verhandlungen mit der UdSSR und in der jetzigen Phase der Diskussion standen besonders die folgenden drei Fragen im Mittelpunkt, zu denen auch Ende 1959 unter den führenden Wissenschaftlern teilweise unterschiedliche Meinungen bestanden.

141 BArch Potsdam DF1/1146.

- Wann und in welchem Umfang tritt bei der weiteren Steigerung der auf der Braunkohle basierenden Elektroenergieversorgung eine Lücke auf, die durch die Kernenergie zu schließen wäre? Über die Entwicklung der Bedarfszahlen wurde schon berichtet. Wie auch international zu beobachten, näherten sich die mittelfristigen Schätzungen langsam den realen Verhältnissen an. Erst ab 1963 hatte man in der DDR für 1980 eine zutreffende Annahme für die durch die Kernenergie zu schließende Elektroenergielücke von etwa 2 000 MWe.
- Soll die Erweiterung des geplanten AKW I durch eine zweite Ausbaustufe (AKW I/2) erfolgen? Diese Frage blieb bis zuletzt umstritten und zeigte die unterschiedlichen Haltungen zu selbständigen Beiträgen zur Weiterentwicklung der sowjetischen Druckwasserreaktorlinie. Es war die Frage der Reaktorentwicklung durch die DDR überhaupt.
- Welche Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, insbesondere für den Einsatz heimischer Rohstoffe und Materialien, sind zu welchem Zeitpunkt notwendig? Hierzu hatten die Fachleute schon eine größere Zahl von Projektaufgaben diskutiert. Die in den Perspektivplan aufgenommenen Vorhaben fanden wohl ungeteilte Zustimmung.

Ökonomische und technische Zwänge korrigierten, wie noch darzustellen ist, diese Vorstellungen.

3.5.2 Stellungnahmen zur Ausarbeitung des Perspektivplanes des AKK vom September 1959

In der Reihenfolge folgen Gesichtspunkte aus vier Beiträgen von Barwich, Quasdorf, Steenbeck und der SED-Parteilinie des WTBR.

Eine erste Äußerung, schon vom 9. September 1959, lag von Heinz Barwich vor.¹⁴² Zunächst kritisierte er, daß in der DDR seit 1956 bis zu den Verhandlungen von 1959 keine sachgemäßen Verhandlungen über den Charakter des AKW I erfolgten. Er wies auf die ebenfalls in der UdSSR bestehende Meinung hin, daß die Atomkraftwerke dieser Generation als Versuchskraftwerke zu betrachten seien und bezeichnete Betrachtungen zur Wirtschaftlichkeit des AKW I, auch in Zusammenhang mit seinem Ausbau, als Spekulation. Barwich schrieb weiter: »Die Überlegungen, das AKW I für Verbesserung der Energieversorgung einzusetzen, waren eine willkürliche Illusion der Herren Selbmann, Ziller und Rambusch, nicht aber in Einklang mit Überlegungen von Fachleuten.« Er betonte, daß Entwicklung und Konstruktion im engeren Sinne

142 BArch Potsdam DF1/1146. Heinz Barwich stand dabei ein Entwurf des später am 17. September vom AKK herausgegebenen Plans zur Verfügung.

für das AKW I/2 von deutscher Seite nicht ausgeführt werden könnten und plädierte also für den Betrieb des AKW I als Versuchskraftwerk, dessen weiterer Ausbau nicht sinnvoll sei.

Die Einwände Barwicks wurden bei der Formulierung des Plans nicht berücksichtigt. Statt dessen wies Hans-Thilo Quasdorf, Mitarbeiter des AKK, darauf hin,¹⁴³ daß die SPK entsprechend dem Politbürobeschuß die Einbeziehung des AKW I in die Energiebilanz forderte und daß nach wie vor in den Jahren 1961 bis 1965 eine AKW-Kapazität mit einer Leistung von 440 MWe in der DDR zu installieren sei. Er sah die Reduzierung des Strompreises für das AKW I durch dessen zweite Ausbaustufe als wichtiges Argument für seine Erweiterung an. Insgesamt sprach er sich für den Bau der Stufe I/2 aus. Die Fachleute der DDR würden dabei durch eine Weiterentwicklung des Reaktorsystems fortlaufend geschult werden. Man sollte sogar den Reaktordruckbehälter in der DDR herstellen.

Am 14. September 1959 äußerte sich Max Steenbeck, der Leiter des WTBR, zu diesem Problem.¹⁴⁴ Er ging davon aus, daß spätestens ab 1970 in der DDR eine Energielücke auftreten werde. Nach der Erörterung verschiedener Varianten kam er zu dem Schluß, daß diese Lücke nur durch die Kernenergie geschlossen werden könne. Den Betriebsbeginn größerer AKW-Kapazitäten in der DDR erwartete er für 1970. Da dann die UdSSR und auch die anderen »sozialistischen« Länder mit eigenen Aufbauarbeiten beschäftigt sein würden, müßten Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten der DDR einzusetzen sein. Steenbeck fuhr fort: »Aus diesem Grunde legt die SU gerade Wert darauf, daß die DDR sich zu einem echten Partner im Kernkraftwerksbau entwickelt (z. B. unmittelbare Äußerungen von Mikojan, Perwuchin, Emeljanow mir gegenüber).« Selbst für ein Kernkraftwerk vom Typ des AKW I, »von der SU verantwortlich projektiert und erstellt«, das ab 1970 Strom liefern sollte, müßten die Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten sowie die Vorbereitungen für teilweise Fertigung in der DDR spätestens 1965 beginnen. Deshalb sollten als »technische Zwischenaufgaben« das AKW I/2, bei Herstellung des Reaktordruckkessels in der DDR, und ein Siedewasserreaktor mit etwa 5 MW elektrischer Leistung aufgebaut werden.

Zusätzlich zu der Äußerung des parteilosen Leiters des WTBR gab die Parteiorganisation der SED dieser Einrichtung eine eigene umfangreiche Stellungnahme ab.¹⁴⁵ Diese Autoren gingen bei ihrer Betrachtung von

143 Ebd.

144 Ebd.

einer »Aussprache mit Genossen der Plankommission« und von einer Mitteilung ihres Genossen Wolfgang Fabian aus dem AKK über mögliche Kernbrennstofflieferungen der UdSSR aus. Sie folgerten, »daß die Energielücke in der DDR in einer verhältnismäßig kurzen Zeit durch Kernenergie zu schließen ist und erörtern auch, daß »im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands z.B. Ruhrkohle bis etwa 1980 hinreichend zur Verfügung steht, bzw. die westdeutsche Wirtschaft in das Kernenergieprogramm mit einbezogen werden kann ... Diese wirtschaftlichen und politischen Aspekte können von uns nicht genügend eingeschätzt werden, sie sind jedoch bei der Diskussion eines Kernenergieprogramms unbedingt zu berücksichtigen.« Bei ihren diskutierten Varianten kamen sie zu ähnlichen Ergebnissen wie ihr Chef, forderten teilweise frühere Fertigstellungstermine. Sie blieben auch bei der Anforderung von AKW I/2 und Siedewasserreaktor. Wesentlich war ihnen, daß die Notwendigkeit der Existenz ihrer Dienststelle, dem WTBR, für alle Phasen des Kernenergieprogramms nachgewiesen wurde.

3.5.3 Die Einwände von Gustav Hertz zum Plan des AKK

Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates und in dieser Funktion in der Nomenklatur der wissenschaftlichen Planer die maßgeblichste Persönlichkeit, Gustav Hertz, nahm zu dem Perspektivplan des AKK erst in einer Besprechung mit dem Leiter Rambusch am 16. Oktober 1959 Stellung. Einer Aufforderung entsprechend fixierte Gustav Hertz in einem Brief vom 19. Oktober seine Meinung, wie er sie vor dieser Unterredung hatte.¹⁴⁶ Einige Gedanken seien genannt.

Im Hinblick auf die Abstimmung der Entwicklungsaufgaben zu den Leistungsreaktoren und speziell zum Siedewasserreaktor im RGW kritisierte Gustav Hertz, es seien »die folgenden Überlegungen alle so ange stellt, als ob die Entwicklung der DDR allein erfolgen sollte ... Eine kollektive Arbeit im sozialistischen Lager würde aber erfordern, daß im Rahmen der gesamten Arbeiten der DDR die Aufgabe zur Entwicklung des Siedewasserreaktors zugeteilt worden wäre. Hiervon ist im Text (dem Perspektivplan des AKK – E.H.) nicht die Rede.« Dieser Reaktor

145 Ebd. Dies erfolgte ohne Unterschrift und Datum. Der Stellungnahme wurde noch eine Stellungnahme zu zwei Punkten angehängt und dem folgten noch Thesen zu der Vorlage 2. Letztere schließen: »Über die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten einschließlich Forschungsreaktor ZfK ist eine besondere Kommissionsarbeit durchzuführen.«

146 Ebd.

würde nur zu Ausbildungszwecken gebaut werden, denn er wäre erst fertiggestellt, wenn schon mehrere Jahre Betriebserfahrungen mit sowjetischen Anlagen vorliegen würden. Dafür wäre ein so hoher Aufwand nicht gerechtfertigt. Zur Stellungnahme von Max Steenbeck äußerte er in diesem Zusammenhang: »Hier hat man den Eindruck, die Bearbeitung des Projektes des Siedewasserreaktors soll nur zu dem Zweck erfolgen, die eingearbeitete Ingenieurgruppe weiter zu beschäftigen, wenn sie durch das Atomkraftwerk nicht mehr genügend in Anspruch genommen wird. Auch die geplante Entwicklung des homogenen Forschungsreaktors im ZfK würde nur Bekanntes wiederholen. Gustav Hertz schloß seine Stellungnahme mit der Feststellung: »Im großen und ganzen habe ich beim Lesen des Perspektivplanes und der übrigen Darstellungen den Eindruck, daß sie nicht gründlich und unter einheitlichen Gesichtspunkten durchgearbeitet, sondern verhältnismäßig oberflächlich hingeschrieben sind.«

Dessen ungeachtet erhielt Gustav Hertz eine Beschlußvorlage für den Wissenschaftlichen Rat, auf der Basis des AKK-Plans Empfehlungen für den Ministerrat der DDR zu verabschieden.¹⁴⁷ Nach diesen Empfehlungen sollten die Fertigstellung des AKW I durch geeignete Maßnahmen gesichert und wieder Verhandlungen mit der UdSSR zum AKW I/2 und zu einer Produktionsanlage für reaktorreines Uranoxid aufgenommen werden. Das WTBR und das ZfK Rossendorf hätten die Unterlagen für den Prototyp eines Siedewasserreaktors auszuarbeiten. Der Wissenschaftliche Rat habe die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Bau einer Anlage zur Schwerwassergewinnung (sie erschienen Gustav Hertz zu ungenau formuliert) und zur Zirkonherstellung und -verarbeitung zu billigen. Diese Vorlage wurde vom Wissenschaftlichen Rat am 3. Dezember 1959 beraten und an den Ministerrat für den vorzubereitenden Beschluß weitergeleitet.¹⁴⁸

3.5.4 Konflikte bei der Erörterung der Planungsunsicherheiten 1959

Das Austragen der oft konträren Meinungsunterschiede zur Kernenergie, von den zu erwartenden Anforderungen bis zu den wissenschaftlich-technischen Lösungsmöglichkeiten, spitzte sich im Vorfeld des zu erwartenden Ministerratsbeschlusses, der nach der Begründung der Arbeiten 1955 den weiteren Weg markieren sollte, zu. Die Diskussion litt unter der Vielzahl von Entscheidungsgremien und unter der durch die Einschaltung der SED oft bedingten Doppelgleisigkeit. Dazu kam, daß die weni-

147 Ebd.

148 Arch ZfK 0/654.

gen profilierten Wissenschaftler mit jahrzehntelangen Erfahrungen jeweils an sehr unterschiedlichen Einrichtungen arbeiteten. Häufig gab es zwischen den Institutionen, wie zwischen dem ZfK und dem WTBR, Kontaktschwierigkeiten.

An der Nahtstelle zwischen der wissenschaftlich-technischen Basis und der Partei- und Regierungsspitze hatte das AKK eine schwierige Rolle zu spielen. Die Leitung des AKK hatte keiner jener profilierten Erfahrungsträger besetzen wollen oder dürfen, obwohl dieses Potential hier unbedingt notwendig gewesen wäre. Die dadurch bedingte geringere Autorität brachte dem AKK trotz seiner strengen politischen Ausrichtung bei der SED-Spitze zeitweilig Vorbehalte, veranlaßte aber auch profilierte Wissenschaftler wie beispielsweise Heinz Barwich, sich am AKK vorbei direkt an den ZK-Apparat der SED zu wenden.¹⁴⁹ Der Stand der offiziellen Meinung zu einer Problematik war deshalb oft unklar.

Unsicherheiten in der SED-Spitze hatten zuweilen Nachfragen beim AKK zur Folge, wie die Aufforderung an seinen Leiter durch die Parteikommission des ZK vom 9. September 1959, eine kritische Beurteilung der Arbeiten vorzulegen. Das Amt verfaßte dazu einen Bericht von über 1 200 Seiten. Eine zusätzliche Bürokratie war also die Folge. Wie der Leiter Rambusch am 5. Februar 1960 an Hermann Große in der SPK mitteilen mußte, fand eine Kürzung des Berichts nicht die Zustimmung der Professoren des Fachgebietes, so daß noch Änderungsvorschläge abzuwarten seien und eine endgültige Fassung erst Ende Februar vorgelegt werden könnte.¹⁵⁰ Ursprünglicher Termin war der Dezember 1959.

Im Zentrum von Auseinandersetzungen zwischen dem ZfK und dem AKK stand die Ausrichtung des Instituts auf die Aufgabe Leistungsreaktor oder Forschungsreaktor. Rückblickend stellte das Karl Rambusch in einer Stellungnahme vom 8. Februar 1960 zu einem Memorandum von Heinz Barwich fest.¹⁵¹ Im Gegensatz zum innovativen Aufbau eines wissenschaftlich interessanten Forschungsreaktors bedeuteten Weiterentwicklungen des Druckwasserprinzips des AKW I etwa zur Stufe AKW I/2 erhöhte Verantwortlichkeiten und Termindruck bei geringerer wissenschaftlicher Originalität der Ergebnisse. Das war für den Institutsdirektor unter den damaligen Umständen wohl weniger attraktiv.

In dieser Zeit wurde an einer neuen Perspektivplanung für die Kernenergetik gearbeitet, zu der (offensichtlich aus dem oben genannten

149 Beispielsweise fand Heinz Barwich bei Erich Apel im ZK-Apparat wiederholt ein offenes Ohr.

150 BArch Potsdam DF1/531.

151 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/160.

Grunde) aus dem ZfK nur zögerlich Beiträge kamen. Deshalb fand im ZfK am 12. Oktober 1959 eine Aussprache zwischen Karl Rambusch und Bertram Winde vom AKK und Heinz Barwich, Kurt Schwabe und Klaus Fuchs vom ZfK statt. Nach Rambusch »wurde von Prof. Barwich ein sehr unsachlicher Ton in die Diskussion gebracht, so daß keine sachliche Auseinandersetzung ... möglich war«. Nachträglich führte das AKK mit Barwich eine positive Einigung über das Projekt AKW I/2 herbei, von der er später in einem Vermerk vom 1. Juni 1960 zu einer Stellungnahme zu einem AKK-Bericht wieder abrückte.¹⁵² Eine zentrale Aufgabe aber wurde für das ZfK auch jetzt nicht gefunden.

In dieser Situation strebte Heinz Barwich eine Aussprache bei Ulbricht an. Sie erfolgte wenige Wochen nach der Auseinandersetzung im ZfK in Gegenwart von Erich Apel, Kurt Hager und Fritz Zeiler. Barwich erschien allein, ohne einen weiteren Vertreter aus dem ZfK. Er beklagte sich nach der von Fritz Zeiler verfaßten Aktennotiz vom 13. November¹⁵³ über die Arbeitsweise des AKK, über Unklarheiten zur Arbeit des WTBR und zum Bau des AKW. Barwich bezeichnete die Tätigkeit von gesellschaftlichen Einrichtungen wie SED und FDJ in den wissenschaftlichen Instituten als hemmend für die Leiter. Er brachte auch zum Ausdruck, daß bisher die verantwortlichen Wissenschaftler in Vorbereitung von Klärungen bestimmter Probleme vor dem Wissenschaftlichen Rat nicht genügend zu Ausarbeitungen und Diskussionen herangezogen worden seien. Fritz Zeiler bemerkte dazu u. a., daß die Klage zur »fehlenden klaren Konzeption über die Aufgaben der Forschung und Entwicklung zweifellos richtig« sei. Von Ulbricht wurden in der Notiz nur Bemerkungen mit sehr allgemeinem Charakter wiedergegeben, wenn es etwa hieß: »Das Hauptkettenglied, um die vorhandenen Schwächen und Mängel zu überwinden, liegt in der gründlichen und geduldigen Aufklärungsarbeit unter den Wissenschaftlern.« Zum AKW I trat Ulbricht für die Aufgabe als Lehr- und Versuchskraftwerk ein. Er kündigte einen Besuch im ZfK noch für 1959 an, der aber nicht stattfand. Sachliche Fortschritte hatte Heinz Barwich mit diesem Vorstoß wohl nicht erreicht.

152 BArch Potsdam DF1/1143. – In vergleichbaren Fällen holte sich das AKK zu umstrittenen Aufgaben über die Institutsparteileitung gesonderte Stellungnahmen von Mitarbeitern des ZfK. Die Parteileitung rechtfertigte diese Kontakte in einem Brief an Barwich vom 13. Oktober 1959 als Akt der innerparteilichen Demokratie, nach der die SED-Mitglieder ihre Meinung zu äußern hätten. (SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/290).

153 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/43.

Höhere Anforderungen an die Kernenergetik, als sie für manche Fachleute für erfüllbar gehalten wurden, sowie Beratungen und Konsultationen oft unabhängig voneinander, waren wesentliche Gründe für Unklarheiten über künftige Aufgaben. Dem konnte der Wissenschaftliche Rat besonders im Jahr 1959, bedingt schon allein durch nur zwei Tagungstermine in diesem Jahr, nicht hinreichend entgegenwirken.¹⁵⁴ In seiner Sitzung am 3. Dezember 1959 über den Perspektivplan des AKK hatte der Wissenschaftliche Rat die Gründung einer Kommission für Kernenergie unter dem Vorsitz von Gustav Hertz beschlossen.¹⁵⁵ Die Gründung einer neuen Kommission wurde mehrfach als ein probates Mittel angesehen, die betreffenden Probleme zu lösen.

Trotz mancher Schwierigkeiten blieb im AKK der schon bekannte propagandistische Grundton ungebrochen. Am 7. April 1960 stellte das Amt für das 9. Plenum des ZK der SED einen Bericht über den Stand der Arbeiten zum AKW I zusammen.¹⁵⁶ Im Abschnitt zur Ideologie hieß es, man sei angetreten, »die Überlegenheit unserer Gesellschaft auch auf diesem Gebiet zu demonstrieren«. Ein Perspektivplan, nunmehr bis 1980, wurde gefordert. Obwohl sich in der eigenen Umgebung die Probleme auf türmten, behauptete man, daß die Produktivkraft Atomenergie nur unter sozialistischen Produktionsverhältnissen umfassend für friedliche Zwecke zu nutzen sei.

3.5.5 Der Ministerratsbeschluß vom 10. März 1960

Seit 1956 standen in der DDR im Mittelpunkt der Diskussion die Größe und der Einsatztermin von KKW-Kapazitäten, d. h. im engeren Sinne die Haltung zum Erweiterungsprojekt des AKW I, zum Vorhaben I/2. Bis in das Jahr 1958 hinein hielt man auch in der DDR die technische Reife der Leistungsreaktoren für ausreichend. Der Beschluß der SPK, ab 1970 in der DDR eine KKW-Kapazität von 440 MWe einzusetzen, erfolgte Anfang 1958. Wie Heinz Barwich in einer Stellungnahme Anfang 1960 rekapitulierte, wurden daraufhin das Erweiterungsprojekt I/2 als Kopie des AKW I und der Bau weiterer AKW auf dieser Basis beschlossen.¹⁵⁷ Mit den Ergebnissen der 2. Genfer Konferenz wurde aber klar, daß der technische Stand der Leistungsreaktoren insgesamt noch unbefriedigend

154 An seiner Arbeit gab es jedoch auch prinzipielle Kritik, zum Beispiel in einem Memorandum Barwichs.

155 BArch Potsdam DF1/542 und Arch ZfK 0/653.

156 BArch Potsdam DF1/654.

157 BArch DF1/1143.

war und daß zur Überwindung weniger physikalische, als vielmehr metallurgische, verfahrenstechnische und konstruktive Probleme zu lösen waren. Die UdSSR legte in ihr KKW-Programm eine Erprobungsphase von 1965 bis 1970 ein und verschob auch Fertigstellungstermine. In der DDR aber wurde die Konzeption zunächst nicht geändert. Es sei daran erinnert, daß der Perspektivplan des AKK vom 11. Oktober 1958 das gesamte, umfangreiche Programm enthielt. Die Vermutung liegt nahe, daß eine inhaltliche und terminliche Reduzierung des Kernenergieprogramms nach dem V. Parteitag der SED im Juli 1958, der in der propagandistischen Wirkung auf den Ausbau moderner Technik abzielte, für die Verantwortlichen unmöglich war. Jedenfalls standen die internationalen Erfahrungen und Ansichten zur Kernenergetik den Plänen der Parteiführung der SED absolut entgegen. Noch zur Politbürositzung am 6./7. Januar 1959 wurden diese Pläne befürwortet. Die Kontakte mit dem führenden sowjetischen Vertreter W.S. Jemiljanow und die offiziellen Verhandlungen im April und Mai 1959 zeigten den Verantwortlichen der DDR jedoch den illusionären Charakter ihrer AKW-Pläne.

Von nun an gab es den Beginn neuer Planungen und engagierte Diskussionen in der DDR. Die »Überschätzung der Dringlichkeit der AKW« (Heinz Barwich) wich realistischeren Beurteilungen. Umstritten blieb u. a., wieviel KKW-Kapazitäten nach 1970 wirklich gebraucht würden. In der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates am 3. Dezember 1959 mußte der Stand analysiert und die Entwicklung bis 1965 beraten werden. In der Diskussion dieser Sitzung war auch die Belastbarkeit des Maschinenbaus der DDR ein wichtiges Thema. Klaus Fuchs zitierte Hermann Große von der SPK, daß alle Ausrüstungen der Anlage AKW I/2 in der DDR hergestellt werden müßten, u. a. auch wegen zukünftiger Exportmöglichkeiten. Dazu äußerten Kurt Schwabe und Heinz Barwich ihre Bedenken.

Da die Beschlüsse nicht gleich nach der Sitzung schriftlich fixiert wurden, legte Barwich am 9. Dezember persönlich ein Protokoll zum Ablauf der Sitzung an.¹⁵⁸ Er bemängelte die geringe Zahl von Fachleuten für die Reaktorkonstruktion in der DDR. Dann kam er auf seine Unterredung bei Ulbricht vom November 1959 zurück, der ihm bestätigt hatte, daß die DDR den AKW-Bau derzeit nicht wegen einer absehbaren Energielücke durchführe, sondern sich vorläufig auf die Braunkohlenbasis stützen könne. Ulbricht stellte fest, daß die DDR auf dem Kernenergiesektor vorläufig kein Weltniveau erreichen könne.

Um notwendige Aufgaben insbesondere zum Erweiterungsprojekt des AKW zu präzisieren und auch Kritik am Wissenschaftlichen Rat auszuräumen, tagte am 9. Februar 1960 unter dem Vorsitz von Gustav Hertz ein kleiner Kreis der führenden Wissenschaftler mit Erich Apel und Hermann Große vom ZK der SED und der SPK. Karl Rambusch legte zur Überbrückung der Unklarheiten aus der letzten Ratssitzung ein Beschlußprotokoll an.¹⁵⁹ Trotz vieler Bemühungen herrschten Zweifel an den Lösungsmöglichkeiten für das Projekt AKW I/2 angesichts der noch ausstehenden Zusagen der UdSSR hierzu.

Ein deutliches Licht auf die Situation Anfang 1960 wirft ein Protokoll aus dem »Büro Apel« im Apparat des ZK der SED.¹⁶⁰ Zur Diskussion äußerten sich in der Reihenfolge Kurt Hager, Kurt Schwabe, Hermann Große, Robert Rompe, Fritz Zeiler und Karl Rambusch. Die Zusammensetzung entspricht etwa derjenigen der Parteikommission, in diesem Fall wäre Kurt Schwabe anstelle von Heinz Barwich eingeladen worden.

Nach der Aufzeichnung dieser Sitzung begann Hager mit der Frage: »Wo stehen wir eigentlich, was beginnt sich zu tragen?« Hermann Große (SPK, Abteilungsleiter) betonte die Bedeutung einer klaren Orientierung in den wissenschaftlichen Grundfragen und daß derzeit viel im Fluß sei. Dann fuhr er fort: »Widersprüche bestehen in der Einschätzung der wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten. Der Punkt, den wir erreicht haben, ist nicht mit Mißerfolgen gleichzusetzen.« Zu den Äußerungen von Robert Rompe wurde u. a. in der Aufzeichnung vermerkt: »Wenn man eine Bilanz zieht, wird man erkennen, daß es nicht so düster bei uns aussieht? Politisch gesehen – mußten wir uns einfach auf diesem Gebiet betätigen. Wenn Professoren hier tätig sind, sind sie nicht auf der anderen Seite tätig.« Dann nannte er einige in der DDR erfolgreiche Wissenschaftler und meinte: »Das Amt hat bisher viel zu wenig den Wissenschaftlichen Rat eingeschaltet zur Klärung von grundsätzlichen Fragen.« Das AKK wurde mehrfach kritisiert. Dazu fragte Hager: »Wo liegen die wirklichen Mängel und Schwächen des Amtes wirklich? Warum hat das Amt nicht die nötige Autorität? Das Amt führt nicht – es hat die Dinge nicht im Griff.« Von Rambusch wurden dazu keine Rechtfertigungsversuche vermerkt. Statt dessen meinte er: »Wir stehen an einem Punkt, wo eine grundsätzliche Entscheidung gefällt werden muß, gehen wir auf wis-

159 BArch Potsdam DF1/1143.

160 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/44, Bl. 167-171. Das undatierte Protokoll – eine handschriftliche Mitschrift, vermutlich von Erich Apel – läßt sich terminlich für Februar/Anfang März 1960 einordnen, der Ministerratsbeschluß vom 10. März fand noch keine Erwähnung.

senschaftlichem Gebiet weiter oder gehen wir auf industriellem Gebiet weiter?« Kritik am AKK wurde auch für Fritz Zeiler (ZK-Apparat, Abteilungsleiter) notiert: »Amt zwingt Parteikommission zu Entscheidungen, die sie gar nicht treffen kann. Kein Gremium vorher Stellung genommen. Unkritische Einschätzung der eigenen Arbeit im Amt.«

Diese Meinungen in prominenter Runde sind ein wesentliches Zeugnis. Sie sind ein Beweis für die zunehmenden Unsicherheiten bei der Vorbereitung der Kernenergienutzung.

In dieser Situation faßte das Präsidium des Ministerrates am 10. März 1960 unter dem Titel »Perspektivplan zur Entwicklung der Kernenergie in der Deutschen Demokratischen Republik bis zum Jahre 1965« als »Geheime Regierungssache« einen Beschluß, der sich offiziell auf die Beratungen des Wissenschaftlichen Rates vom 3. Dezember 1959 beruft.¹⁶¹ Trotz mancher Einwände wurde die Ausbaustufe I/2 des AKW I als echte Weiterentwicklung mit umfangreicher DDR-Beteiligung in den Plan aufgenommen mit einem Abschlußtermin 1965, bzw. der Inbetriebnahme 1965/66. Im Vergleich zum Perspektivplan vom September 1959 enthielt der Beschluß zu anderen Reaktortypen allerdings keine Angaben mehr. Es wurde betont, daß die Rohstoffquellen der DDR ebenso wie die Industrie für das Kernenergieprogramm einzusetzen sind. Eine Produktionsanlage für reaktorreines Uran-dioxid mit einer Kapazität von 500 bis 1 000 t/Jahr sollte bis 1962 projektiert und eventuell bis 1965 erbaut sein, eine Versuchsanlage für Schwerwasser in Leuna bis 1961. Die drei genannten Vorhaben wurden sämtlich nicht verwirklicht.

Ein ergänzender Hinweis zu diesem Beschluß warf ein Licht auf die Einordnung des Wissenschaftlichen Rates in die Entscheidungshierarchie: »Auf der Grundlage der von der Kommission für Kernforschung und Kerntechnik des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erarbeiteten Grundkonzeption führte der Wissenschaftliche Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik am 3.12.1959 eine Beratung durch, deren Ergebnisse in dem beigegeführten Perspektivplan enthalten sind.«

Mit diesem Ministerratsbeschluß sollte vor allem die Unsicherheit über das Schicksal der Erweiterung des AKW I, den Bau der Stufe I/2, beseitigt werden. Aber schon vier Tage später, am 14. März 1960, schickte der Ministerpräsident der UdSSR, N. S. Chruschtschow, einen Brief an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Otto Grotewohl, durch den die

161 BArch Potsdam C-20 I/4-369.

Verwirklichung dieses Beschlusses in Frage gestellt wurde.¹⁶² Zum Projekt AKW I/2 wurde von größeren technischen Veränderungen abgesehen.¹⁶³ Nur für die Mitwirkung an der Projektierung sowie bei der Montage und Einrichtung des Reaktors wurde technische Hilfe durch die UdSSR angeboten. Die Herstellung sämtlicher Ausrüstungen des Reaktors aber sollte durch die Industrie der DDR erfolgen. Gerade das aber, besonders die Fertigung des Druckbehälters, wurde von Fachleuten der DDR nicht für möglich gehalten. Den benötigten Kernbrennstoff wollte die UdSSR liefern. Und im Gegensatz zu der früher geäußerten Meinung sowjetischer Experten wurde nunmehr in dem Brief der Bau einer Anlage zur Herstellung von Uranoxid in der DDR für »nicht zweckmäßig« gehalten, »da in diesem Falle in der UdSSR bereits arbeitende ähnliche Betriebe, die speziell für die Verarbeitung deutscher Erze gebaut wurden, konserviert werden müßten. Die Mengen an Uranoxyd, die die DDR in den nächsten Jahren für ihre Reaktortechnik benötigt, können von der Sowjetunion geliefert werden.«

Die DDR-Führung aber blieb zunächst bei ihrem Standpunkt. Am 22. August 1960 führte der stellvertretende Vorsitzende der SPK, Helmut Wunderlich, zur Perspektive der Kernenergie eine Beratung mit Vertretern des Maschinenbaus und der Metallurgie der DDR durch. In der Niederschrift hieß es, daß das AKW I 1962 in Betrieb gehen sollte. Für das AKW I/2 wurde bis 1964 Betriebsbereitschaft gefordert.¹⁶⁴ Die Herstellung aller Ausrüstungen zum AKW I/2, vom Reaktordruckbehälter bis zu den Brennelementen wurde für die Industrie der DDR vorgesehen. Im Protokoll der SPK wurde vermerkt, daß die Vertreter des Maschinenbaus den Termin 1964 für das AKW I/2 für unmöglich hielten, Max Steenbeck und Helmut Wunderlich diesen Termin aber unbedingt forderten, höchstens 1965 akzeptieren würden. Weiterhin wurde der Beginn der Projektierung des ersten, in der DDR selbständig zu erbauenden Kernkraftwerks für 1965 gefordert. Davon sollte 1969 die erste Stufe mit einer Leistung von 100 MWe fertiggestellt sein. Bis 1972 sollten fünf solcher Blöcke folgen. Die DDR würde sich auf die Herstellung von Druckwasserreaktoren spezialisieren, hieß es dazu.

Derartige Beschlüsse wurden durch die ehrgeizigen Pläne der DDR-Führung veranlaßt, gingen jedoch völlig an den Realitäten vorbei. Nichts

162 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/43.

163 Es ist bekannt, daß bei der Erwägung technischer Veränderungen durch Einrichtungen der DDR an den aus der UdSSR gelieferten Reaktoranlagen jeweils Einschränkungen der sowjetischen Garantieleistungen angedroht wurden.

164 Arch ZfK 907.

von alledem wurde verwirklicht. Sicher aber schuf die DDR-Führung dadurch unnötige Spannungen zwischen den Beteiligten.

Rückblickend fand Heinz Barwich am 4. April 1961 in einem Brief an Bruno Leuschner deutliche Worte.¹⁶⁵ Er schrieb, daß die Diskussion über den Bau von Atomkraftwerken in der DDR seit dem April 1959 in Fachkreisen nicht beendet wurde. Dann fuhr er fort: »Zur 'Beseitigung bestehender Unklarheiten' wurde in einer Sitzung des Wissenschaftlichen Rates am 10.12.1960 ein Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 10.3.1960 verlesen, der den Bau einer zweiten Ausbaustufe am ersten Atomkraftwerk der DDR festlegt, wodurch jede weitere Auseinandersetzung über die Realisierbarkeit und Zweckmäßigkeit dieses Kraftwerkserweiterungsbaues beendet sein sollte.« Er stellte weiter fest, daß an die Erfüllung der beiden Bauvorhaben zum Kernbrennstoff und zum schweren Wasser aus dem Beschluß nicht mehr gedacht wurde, ohne daß eine offizielle Beschlußfassung der Regierung dazu existierte. Heinz Barwich betonte, daß dieser Ministerratsbeschluß über die Empfehlungen des Wissenschaftlichen Rates vom 3. Dezember 1959 hinausging. Zu guter Letzt mahnte er sachliche Kritik an und plädierte für die Revision des Beschlusses.

Die Situation kommentierte Heinz Barwich in Opposition zu den Regierungsbeschlüssen in einem Brief an Gustav Hertz vom 7. April 1961 kurz und bündig: »Ein selbständiger Bau einer 2. Ausbaustufe ist nach dem gegenwärtigen Stand der Technik der DDR unmöglich (Druckgefäß). Die Absage der Sowjetunion bezüglich Ausrüstungen steht fest. – Ein Serienbau von Druckwasserreaktoren ab 1970 kommt auf Grund der mangelnden industriellen Kraft der DDR nicht in Frage.«¹⁶⁶ Einen gleichartigen Brief schickte er auch an Peter Adolf Thiessen, den Vorsitzenden des Forschungsrates der DDR.

Im Herbst 1961 stellte die Energiekommission des Forschungsrates fest, daß auf absehbare Zeit die Gesteungskosten der Elektroenergie aus Kernkraft zu hoch seien. Jedoch erst am 9. März 1962 schlug der Wissenschaftliche Rat dem Ministerrat vor, die Arbeiten an der Stufe AKW I/2 einstellen zu lassen.¹⁶⁷ Bis zu einem endgültigen Beschluß konnte es zuweilen lange dauern, denn in den fachlichen Kurzberichten des VEB EPkA (dem Nachfolger des WTBR) erschien schon im III. Quartal 1961 der Vermerk, daß die Stufe I/2 zurückgestellt sei.¹⁶⁸

165 BArch Potsdam DF1/1143.

166 Ebd.

167 Arch ZfK 0/145*.

168 BArch Potsdam DF1/568.

4. Das Verhältnis der Wissenschaftler zu Partei und Regierung

4.1 Persönlichkeiten im Spannungsfeld zwischen Diskriminierung und Verantwortung

SED-Führung und DDR-Regierung beschleunigten in dieser Übergangsperiode die Bemühungen zur ideologischen Ausrichtung der Intellektuellen. Die älteren Wissenschaftler wurden meist als Träger einer alten bürgerlichen Ideologie abgewertet. In den 60er Jahren erreichte die DDR-Führung, nicht nur im äußeren Bild, dabei einen gewissen Abschluß. Die Zahl der SED-Mitglieder mit Hochschulabschluß verdoppelte sich.¹⁶⁹ Die Entwicklung in der Kernforschung und Kerntechnik machte da keine Ausnahme. Der Anteil der jüngeren Mitarbeiter war hier besonders hoch.

4.1.1 Besonderheiten für die an den Arbeiten zur Kernenergie Beteiligten

Weil die Kernenergienutzung als Prestigevorhaben der DDR besonders eng mit der politischen Strategie der Führung verwoben war, mußte sie häufig Gegenstand der Erörterungen führender SED-Genossen sein. Alle Vorgänge wurden mit hohem Vertraulichkeitsgrad gehandhabt. In ihrer Abwicklung gab es Ähnlichkeiten zu Vorhaben auf militärischem Gebiet.

Dieser Sachverhalt hatte große Bedeutung für die Situation der auf diesem Gebiet führenden Wissenschaftler. Aus fachlichen Gründen mußten sie von der Parteiführung in die Diskussion einbezogen werden. Viele der profilierten Wissenschaftler hatten Zugang zu wichtigen Beratungsgremien und zu maßgeblichen Mitgliedern der Partei- und Staatsführung. In dem Wechselspiel der Meinungsbildung zwischen ihnen und der DDR- bzw. Parteiführung hatten sie, jedenfalls soweit sie gehört wurden, eine verantwortungsvolle Rolle wahrzunehmen. Die Akten aus dem ZK-Apparat der SED weisen einen konzilianten Umgang mit ihnen aus. Ihre Position gegenüber der Führung war durch ihr Fachwissen sicherlich gestärkt, insbesondere wenn sie zum Kreis der verdienstvollen Rückkehrer aus der UdSSR gehörten. Aber auch sie unterlagen, wenn auch nicht in dem Maße wie die jüngere Generation, den ab 1955 immer intensiveren ideologischen Disziplinierungsvorhaben durch die Staatspartei.

169 Vgl. Weber S. 381.

Bei der Betrachtung der Situation der Wissenschaftler ist in dieser Anfangsphase der Entwicklung bis etwa 1960 zu unterscheiden zwischen führenden Erfahrungsträgern, die zum Teil auch aus der UdSSR von Tätigkeiten auf dem Fachgebiet zurückgekehrt waren und der nachfolgenden Generation, die Mitte der 50er Jahre das Studium abgeschlossen hatte, nun erste Erfahrungen zu sammeln begann und sich bis 1960 zu einem großen Teil im Fachgebiet profiliert hatte. Beide Gruppen hatten ein unterschiedliches Verhältnis zur DDR-Führung und wurden damals von der Partei sehr verschieden behandelt. Für alle aber hatte die wissenschaftspolitische Einordnung der Kernforschung und Kerntechnik durch die SED-Spitze entscheidende Bedeutung für ihre Existenzbedingungen. Für die erste Gruppe, die profilierten Erfahrungsträger, wurden für die Gehälter Einzelverträge abgeschlossen und weitere Vergünstigungen gewährt.

In den Beziehungen der DDR-Führung zu den Wissenschaftlern der Kernforschung und Kerntechnik spielte das AKK die wesentliche Rolle, selbst wenn es von beiden Seiten nicht selten übergangen wurde. Nach dem wissenschaftspolitischen Verständnis der SED-Führung ergaben sich daraus neben den Aufgaben zur Wissenschaftsorganisation besonders Verpflichtungen zur »Kaderauswahl und zur Kadererziehung« sowie zur Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit.¹⁷⁰ Im Umfeld des AKK manifestierten sich folgerichtig auch die Spannungen, die häufig zwischen beiden Seiten auftraten und die für die dem ZK der SED politisch verpflichtete Leitung des AKK manche Schwierigkeit mitbrachten.

4.1.2 Die vom ZK der SED und dem AKK ausgeübte Personalpolitik

Bei der Auswahl der führenden Wissenschaftler für Kernforschung und Kerntechnik ging die SED-Führung von Anfang an mit besonderer politischer Aufmerksamkeit vor. So wurde zunächst Mitte 1955 von der Abteilung Wissenschaft und Propaganda des ZK der SED eine Aufstellung von »fachlich und gesellschaftlich qualifizierten Genossen mit Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernphysik« vorgelegt.¹⁷¹ Bei der Berufung in besondere Funktionen wurde die Biographie der Betroffenen von der Parteispitze nach der Nomenklatur von Spitzenfunktionären zur Kenntnis genommen.¹⁷² Der schon erwähnte persönliche Empfang einer

170 Es sei hier nochmals auf das Zitat aus einem Beschluß der Parteileitung des AKK vom 9. Januar 1959 hingewiesen: »Wir sind in erster Linie ein politisches Amt und als Organ des Ministerrates auch ein mitentscheidendes Organ.« (BArch Potsdam DF1/548).

Gruppe von zurückkehrenden Wissenschaftlern aus der UdSSR im April 1955 durch Ulbricht in Dresden zeigte die Bedeutung, die man den Personalfragen zumaß.

Auf der unteren Ebene beeinflusste das AKK die Personalpolitik in den ihm unterstellten Betrieben und Einrichtungen. Dies erfolgte beispielsweise durch das Aufstellen von Auswahlkriterien für einzustellende Mitarbeiter. Für die Nachwuchsauswahl, besonders wenn ein späterer Aufstieg zu erwägen war, galten strenge Kriterien. Hierzu gab ein »internes Material« (Entwurf aus dem Jahre 1957) der Abteilung Kader des AKK für das wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Personal Auskunft.¹⁷³ So wurde zur Zusammensetzung der für die Studentenauswahl zu bildenden Absolventenkommission gesagt, sie sollte aus »einem Genossen des Staatssekretariats für Hochschulwesen, einem Genossen Kernphysiker und dem Genossen Kaderleiter des AfKK bestehen«. Die Kommission hatte engen Kontakt mit den zuständigen Genossen des ZK zu halten, sicher eine Ausnahme und speziell für dieses Fachgebiet in der Anfangszeit vorgeschrieben. Ausgesuchte SED-Mitglieder sollten durch eine »eingehende politische Aufklärung der Genossen in den Betrieben« auf die Studentenauswahl einwirken. Bewerber aus Betrieben waren besonders erwünscht. Es wurde vorgeschlagen, jeden Diplomanden der Kernphysik bzw. Kerntechnik in eine »wissenschaftliche Kaderkartei« aufzunehmen. Zu den wesentlichen Punkten, die es zu erfassen galt, sollte auch die »ideologisch-politische Beschaffenheit des Kadern« gehören. Für eine spätere weitere Qualifizierung waren »die fachlich besten und ideologisch stärksten Kader« besonders zu beachten. Allerdings waren in der Praxis diese Grundsätze nicht so streng zu verwirklichen.

Für die Beurteilung der Wissenschaftler durch die Partei waren nicht nur ihre Leistungen, sondern maßgeblich das Auftreten in ihrem Umfeld wesentlich. Beispielsweise konnten kritische Fragen zum Fachgebiet ein

171 In diesem Verzeichnis wurde auch Robert Rompe aufgeführt mit dem Vermerk, daß er »ohne Zweifel von allen Genossen der fachlich qualifizierteste« sei. Er hatte bisher schon in der DAW die Belange der Kernphysik wahrgenommen und nahm an wesentlichen Beratungen in der Parteispitze teil, wurde zu Politbürositzungen hinzugezogen. Im Teil 3 der Untersuchung wurde er deshalb wiederholt genannt. (SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/288).

172 Beispielsweise erfolgte das beim Einsetzen von Heinz Barwich als Leiter des ZfK mit einer Vorlage zur Bestätigung durch das Sekretariat des ZK in seiner Sitzung am 17. November 1955. (SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/3A/495).

173 Es handelte es sich um »Stellungnahme und Ergänzungen zum Beschluß der Parteikader auf dem Gebiet der Kernphysik und Kerntechnik« der »Abteilung Kader« des AKK vom 12. November 1957. (BArch Potsdam DF1/30).

positives oder negatives Echo hervorrufen, je nach ihrer Stellung zu den aktuellen, von den führenden Kreisen aufgestellten Zielen und vertretenen Lagebeurteilungen.¹⁷⁴

Wie mehrfach von den Fachleuten in der DDR betont, waren sie entschlossen, die in der Kernforschung und Kerntechnik gegenüber den international führenden Ländern vorhandenen Rückstände aufzuholen. Dabei diene besonders die Bundesrepublik Deutschland als Maßstab. Aus dieser Situation resultierte unter den Wissenschaftlern naturgemäß eine Unzufriedenheit gegenüber Mängeln organisatorischer bzw. administrativer Art auf ihrem Arbeitsgebiet. Daraus ergaben sich in den Anfangsjahren noch kritische Stellungnahmen an die Adresse der Partei- und Staatsführung, wie zum Beispiel im Oktober 1958. Zu diesem Zeitpunkt war die Situation für eine Kritik anhand der neuen internationalen Meinungsbildung nach der 2. Genfer Konferenz günstig. Wie die Verfahrensweise der führenden Wissenschaftler Heinz Barwich und Kurt Schwabe aus dem ZfK beispielsweise zeigte, empfahl sich für sie das Ansprechen einer oberen Partei- oder Regierungsebene, anstatt mittlere Chargen ohne Kompetenz zu verunsichern und deren Repressalien unnötig herauszufordern.

Nach dem V. Parteitag der SED vom Juli 1958 wurde weiterhin ein großer Einfluß auf Auswahl, Ausbildung und politische Schulung der Mitarbeiter, besonders der Hochschulabsolventen, angestrebt. Dazu faßte die Leitung des AKK im August 1958 den bereits erwähnten Beschluß mit dem bezeichnenden Titel: »Schnelle Entwicklung der Kernforschung und Kerntechnik – ein wichtiger Beitrag zum Sieg des Sozialismus.«¹⁷⁵ In diesem Beschluß formulierte sie u. a. die Aufgabe, »die Mitarbeiter so zu erziehen, daß die engste Verbindung der fachlichen und politischen Arbeit gewährleistet ist, alle Ansätze eines neutralen Verhaltens zum sozialistischen Aufbau schnell überwunden werden«. Dieser Parteitag hatte neben einem ehrgeizigen ökonomischen Programm besonders Fragen der ideologischen Erziehung behandelt. Das AKK mußte darauf reagieren.

In Fortsetzung dieser Entwicklung forderte der Ministerrat der DDR in einem Beschluß vom 27. Januar 1959 »im Denken und Handeln aller Mitarbeiter der Staats- und Wirtschaftsorgane selbst eine entscheidende Wende«.¹⁷⁶ Für eine enge Verbindung mit den Werktätigen sollten

174 Berechtigt war das kursierende Wort von dem ersten Kritiker, der bestraft, und dem letzten, der für die gleiche Frage ausgezeichnet wird.

175 BArch Potsdam DF1/878.

176 BArch Potsdam DF1/874.

danach diese Mitarbeiter regelmäßig in Betrieben, Institutionen und dgl. körperliche Arbeit leisten, was die Leitung des AKK umgehend zu einem entsprechenden Beschluß veranlaßte.¹⁷⁷

Abschließend sei zur Charakterisierung der Grundsätze der »Kaderpolitik« stellvertretend für ähnliche Formulierungen aus einer internen, vom Leiter des AKK signierten Notiz¹⁷⁸ aus der Gründerzeit des Amtes zitiert. »Unsere besondere Aufmerksamkeit muß der Entwicklung unserer Kader gelten. Mit dem Aufbau des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik, des Zentralinstituts für Kernphysik und der anderen, uns angeschlossenen Institutionen haben wir die Möglichkeit, einen politisch und fachlich qualifizierten Kaderstamm zu bilden. Dieser Stamm muß unmittelbar in den nächsten Wochen geschaffen werden, unter der Berücksichtigung, daß später bürgerliche Wissenschaftler in den genannten Einrichtungen mitarbeiten müssen. Die Kaderleitung muß aus diesem Grunde eng mit der Parteileitung arbeiten, damit in jedem einzelnen Falle die Gewähr für die fachliche und politische Qualifikation der eingestellten Wissenschaftler und Sachbearbeiter gegeben ist ... Es muß beachtet werden, daß die Arbeit unserer Feinde sich hauptsächlich auf einzelne Wissenschaftler oder verantwortliche Mitarbeiter erstrecken wird.«

4.1.3 Die besondere Aufmerksamkeit der SED zur Ausbildung der Studenten

In einem schon am 11. August 1955 von der Abteilung Wissenschaft des ZK verfaßten Papier zur Hochschulpolitik¹⁷⁹ hieß es u. a.: »In der Deutschen Demokratischen Republik steht die Aufgabe, eine große Anzahl von Fachleuten für Kernphysik, Kernchemie und Kerntechnik auszubilden ... In Anbetracht der zukünftigen Bedeutung dieser Kader für unsere Volkswirtschaft ist in gesellschaftlicher und fachlicher Hinsicht ein strenger Maßstab anzulegen«. Für die Ausbildung wurden auch hier »Kaderentwicklungspläne« aufgestellt. Besondere Weiterbildungsmaßnahmen, wie beispielsweise ein Hochschulstudium in der UdSSR, wur-

177 Ebd. Unter dem Titel »Beschluß über die Durchführung der körperlichen Arbeit der Mitarbeiter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik in den Institutionen und Betrieben« wurde eine Kampagne begonnen, über deren Durchführung sich in den Akten einige »Blüten« erhalten haben.

178 BArch Potsdam DF1/70.

179 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/288. »Maßnahmen zur Förderung der Kernphysik im Bereich des Staatssekretariats für Hochschulwesen und der Akademie der Wissenschaften.«

den für ausgewählte Studenten vorgesehen. Dafür kamen ganz überwiegend SED-Mitglieder in Frage.

Ein wesentlicher Schritt in der Hochschulpolitik war die Gründung der Fakultät für Kerntechnik an der Technischen Hochschule Dresden am 22. November 1955. Im Zuge gravierender Einschränkungen zur Kernforschung wurde diese Fakultät 1962 aufgelöst. Die Analyse dort auftretender ideologischer Probleme, besonders bedingt durch Unklarheiten zur Ausbildungskonzeption und zu späteren Einsatzmöglichkeiten, war wiederholt Beratungsgegenstand der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED.¹⁸⁰

Instrukteure des Staatssekretariats und des ZK der SED mußten mehrfach in der Fakultät auftreten, um »politische Schwächen zu beseitigen«. Die sich international abschwächende Konjunktur der Kerntechnik, wie sie sich nach der 2. Genfer Konferenz 1958 abzeichnete, wirkte sich besonders wegen der begrenzten Einsatzmöglichkeiten in der DDR auf die Haltung der Studenten aus. Es gab Resignation unter ihnen. Die Verhältnisse an der Fakultät wurden damit ein Sorgenkind der Partei. Schuldzuweisungen besonders dem AKK gegenüber waren die Folge. In der Notiz zu einer Beratung am 4. April 1959 heißt es: »Die Genossen vom AfKK glauben offensichtlich, daß für die kadermäßige Entwicklung auf dem Gebiet der Kerntechnik allein das Staatssekretariat für Hochschulwesen zuständig sei. Aber sie sind voll verantwortlich bei der Realisierung des Atomenergieprogramms der DDR, als die zentrale staatliche Institution für die kadermäßige Sicherung dieses Programms.«¹⁸¹

Eine zunehmende Unzufriedenheit unter Wissenschaftlern und Studenten wurde 1957 bei mehreren Analysen durch die Abteilung Wissenschaft des ZK der SED festgestellt. In solchen Fällen suchte die DDR-Führung die Ursachen meist im ideologischen Bereich. Spannungen zu den beteiligten Wissenschaftlern waren die Folge. Auch in der Kernenergetik bekamen bei der Verwirklichung der von der Führung gesteckten Ziele die »Parteikader« immer wieder Schwierigkeiten. Das wies ein »Bericht über das Ergebnis der Überprüfung der Lage der Parteikader auf dem Gebiet der Kernphysik und Kerntechnik« der Abteilung Wissenschaft des ZK vom 17. August 1957 aus.¹⁸² In den Schlußfolgerungen wurde dieses Problem ausdrücklich genannt und gefordert, daß »unter den leitenden wissenschaftlichen Kadern die Verbindung zur Partei und

180 Ebd. In diesem Bestand befindet sich eine größere Zahl von Dokumenten der Abteilung Wissenschaft.

181 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/290.

182 Ebd.

zum Staat zu festigen« ist. Ein ganzer Katalog von Maßnahmen, speziell für die Parteileitungen der unteren Ebene, wurde vorgeschlagen. Zum Verhältnis zu den exponierten Wissenschaftlern hieß es in dem Bericht: »Die Kenntnis der Mentalität der führenden Physiker auf dem Gebiet der Kernforschung müßte von uns dazu benutzt werden, individuell mit jedem Kernwissenschaftler zu arbeiten, um ihn zumindest fest und untrennbar mit unserem Staat zu verbinden.«

Über Verstimmungen bei parteilosen Wissenschaftlern an den Hochschulen, die durch die Nichteinladung zu Gesprächen mit führenden Parteifunktionären entstanden, waren sich die Verantwortlichen nicht immer im klaren. In einem Brief an den Leiter des AKK vom 9. September 1956 kritisierte der Dekan der Kerntechnischen Fakultät der TH Dresden, daß er zu einer Besprechung zwischen Kernphysikern, bei der auch Ulbricht und Robert Rompe zugegen waren, nicht eingeladen wurde.¹⁸³

Trotz aller Bemühungen der Staatspartei konnte die Führung mit »ihren Kadern« zur Kerntechnik nicht zufrieden sein. Die sorgfältige Personalauswahl und die Ausbildung unter den Augen der Partei schloß nicht aus, daß Unzufriedenheit mit der Wissenschaftspolitik aufkam. Viele objektive, aber auch hausgemachte Faktoren, die mit den Schwierigkeiten der technischen Realisierung zusammenhingen, waren hier wirksam. Sicher gab es bei den Wissenschaftlern ein Wechselverhältnis zwischen den erreichten Ergebnissen und der Stellung zur Wissenschaftsadministration. Max Steenbeck brachte schon Mitte 1957 bei der Beurteilung von Forschungsthemen zum Ausdruck, »daß er über den derzeitigen Zustand der Forschung sehr deprimiert ist«.¹⁸⁴

Durch die Deklaration des unbedingten Führungsanspruchs der SED auf ihrem V. Parteitag im Juli 1958 verschärfte sich die Situation. Der baldige »Sieg des Sozialismus« wurde zum Ziel operativer Politik erhoben.

4.2 Ein prominenter Wissenschaftler in seiner Beziehung zum Apparat der Partei

Die Beziehungen der DDR-Führung zu Heinz Barwich, der nicht nur als Direktor des ZfK Rossendorf eine besondere Rolle spielte, sind für den Umgang mit profilierten Wissenschaftlern zu jener Zeit ein auffallendes und nicht zu häufiges Beispiel. Einzelheiten sind schon im 3. Kapitel der

183 Ebd.

184 In einem mit »Linke« gezeichneten Vermerk der Abteilung Wissenschaft. Ebd.

Studie enthalten, einige charakteristische Züge werden hier im Detail dargestellt.

4.2.1 Heinz Barwichs Verhältnis zu Funktionsträgern der SED

Heinz Barwich wurde durch seine vor 1945 gesammelten wissenschaftlichen Erfahrungen und speziell durch seine anschließende zehnjährige Tätigkeit in der UdSSR, die ihm auch eine positive Beurteilung durch sowjetische Stellen einbrachte, für die Staatspartei zu einer Schlüsselfigur beim Aufbau der Kernenergetik in der DDR.¹⁸⁵ Aus dieser Position heraus hat er wiederholt Kritik im Sinne einer Verbesserung der Möglichkeiten wissenschaftlicher Arbeit für Kernforschung und Kerntechnik in der DDR geübt.

Gültige Aussagen zur inneren Haltung von in der DDR tätigen Persönlichkeiten sind anhand offizieller Äußerungen kaum zu machen. Im Prinzip gibt es von jedem Vertreter, besonders auch von Heinz Barwich, öffentliche Erklärungen im Sinne der Partei- und Staatsführung, zum Beispiel bei Mitarbeiterversammlungen oder in abgeforderten Zeitungsartikeln. Er hatte als mehrfach ausgezeichnete Wissenschaftler als Vizepräsident des »Deutschen Friedensrates« und Mitglied des »Weltfriedensrates« auch »gesellschaftliche« Funktionen übernommen.

Ein besonderes Beispiel lieferte Barwich in der noch zu schildernden führenden Mitwirkung bei der Kritik an der Regierungstätigkeit unmittelbar nach der 2. Genfer Konferenz 1958. Als Leiter des ZfK Rossendorf wurde seine Stellung durch die Berufung in maßgebliche Beratergremien bis zum Jahre 1958 weiter gefestigt. Bemerkenswert ist die Mitwirkung des parteilosen Heinz Barwich im obersten einschlägigen Parteigremium, der Parteikommission A für Kernforschung und Kerntechnik.¹⁸⁶ Offensichtlich in der klaren Erkenntnis über den Gang wichtiger Entscheidungen in der DDR wirkte er in dieser Kommission mit Engagement mit, forderte gelegentlich selbst ihre Einbeziehung in wichtige Vorgänge.¹⁸⁷ Seine Beziehungen zur Parteispitze gestaltete er mit Bedacht

185 In einer Vorlage für das ZK-Sekretariat zu seiner Person hieß es: »Dr. Barwich war 1945 einer der Initiatoren für die freiwillige Verpflichtung, in der Sowjetunion tätig zu sein. Nach Einschätzung der sowjetischen Genossen, wie z.B. auch des Gen. Prof. Jemiljanow, ist er nicht nur einer der zuverlässigsten sondern auch fortschrittlichsten Spezialisten gewesen.« SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/3A/495.

186 Für den Politbürobeschuß zur Besetzung der Kommission am 17. Juni 1958 wurde sein Name nachträglich hinzugefügt. SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/598.

und achtete dabei auf die Darstellung seiner Rolle auf dem Fachgebiet. Eine Vorlage an die Parteikommission zur Sitzung am 21. Februar 1959 über den aktuellen Stand der Arbeiten im ZfK begleitete er zusätzlich mit einem Brief an das ZK der SED.¹⁸⁸ Barwich hatte in jenen Jahren bis hin zu Ulbricht wiederholt Kontakte zu führenden Vertretern des Partei- und Regierungsapparates.

Heinz Barwich nutzte diese Verbindungen auch mehrfach, um in Personalentscheidungen einzugreifen. Bewußt sicherte er sich dafür Freiräume. Eine prinzipielle Bemerkung dazu machte er in einem Brief vom 7. Januar 1957 an den Leiter des AKK, Karl Rambusch. In einem Streit um die Einstellung eines Mitarbeiters erinnert er ihn an sein Statement bei seiner eigenen Einstellung als Leiter des ZfK gegenüber dem ZK-Mitarbeiter Zeiler, bei der Rambusch als Regierungsvertreter zugegen war: »Ich betonte in dieser Unterredung ausdrücklich, daß ich das in mich gesetzte Vertrauen nicht als eine Deklaration, sondern als eine Realität betrachten würde, was sich auch darin äußern müsse, daß ich nicht gezwungen werden könnte, Mitarbeiter zu haben, die ich ablehne. Die ausdrückliche Hervorhebung dieser Frage geschah aufgrund meiner zehnjährigen Erfahrung bei meiner Arbeit in der SU, bei der ich sehr darunter zu leiden hatte, daß mir die Möglichkeit der Kaderauswahl nicht gegeben war«.¹⁸⁹ Mit Nachdruck wies Barwich in seinem Brief auf die damalige Zusicherung Zeilers hin, daß bei seinen Einstellungsverhandlungen »nur das Veto der Staatssicherheit oder des ZK besteht«. Der Leiter des AKK informierte nach jener Unterredung seinen Vorgesetzten Willi Stoph ausdrücklich über diese Sondervollmacht Barwichs.

Im Dezember 1958 und nochmals im Januar 1959 forderte Heinz Barwich die Entfernung des Parteisekretärs des ZfK Rossendorf, Alfred Hoffmann, und setzte sie auch durch. Er hatte mit ihm (und in dessen Person mit der Parteiorganisation des ZfK) grundlegende Meinungsverschiedenheiten, wozu er Briefe an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Fritz Selbmann, und an Karl Rambusch schrieb.¹⁹⁰ Für einen neuen hauptamtlichen Parteisekretär stellte er Bedingungen wie einen Verzicht auf jede direkte Einflußnahme auf die Personalpolitik und auf Zusam-

187 Vgl. Protokoll der Sitzung vom 17. Juni 1958. SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/44.

188 Arch ZfK 0/654.

189 BArch Potsdam DF1/84.

190 Es handelte sich um zwei Briefe an Fritz Selbmann vom 3. Dezember 1957 (BArch Potsdam DF1/860) und wahrscheinlich vom 6. Januar 1958 sowie vom gleichen Datum an Karl Rambusch (BArch Potsdam DF1/35).

menkünfte mit Mitarbeitern während der Dienstzeit.¹⁹¹ Barwich faßte seine Forderungen in fünf Punkten zusammen, von denen die beiden ersten lauteten: »Der Parteisekretär verzichtet grundsätzlich auf jede direkte Einflußnahme bei Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern.« Weiterhin: »Er enthält sich jeder Kritik an der Arbeit wissenschaftlicher und technischer Fachkräfte, deren Fachgebiet er nicht studiert hat.« Der letzte seiner fünf Punkte begann: »Das ZK ist bereit, den Wünschen des Institutsleiters bezüglich der Auswahl der Person des Parteisekretärs Rechnung zu tragen.« Diese Verfahrensweise hatte Seltenheitswert, war vielleicht einmalig. Die wesentlichste Reibungsfläche mit dem Parteisekretär des Instituts war für Barwich, daß dieser sich in fachliche Diskussionen einmischte und selbständig Informationen an übergeordnete Institutionen, wie das AKK, sandte. Der Streit des Direktors des ZfK mit der Institutsparteileitung sowie weitere interne Auseinandersetzungen im Institut mußten auch die ZK-Abteilung Wissenschaft interessieren und spiegeln sich in ihrem Aktenbestand wider.¹⁹²

Im Verhältnis zu den SED-Vertretern hatte sich für Heinz Barwich in wenigen Jahren der Arbeit in der DDR offenbar viel geändert, denn anläßlich seines Eintritts in die DDR vermerkte er: »Dabei empfand ich die Einmischung der Parteifunktionäre keineswegs als störend, sondern als praktische Hilfe. Persönliche Schwierigkeiten und organisatorische Fragen wurden dadurch schneller gelöst. Ich fühlte mich in eine Gemeinschaft aufgenommen, die mir eine neue Heimat zu geben versprach.«¹⁹³ Vielleicht sah Barwich unter diesem Blickwinkel auch seine mündliche Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem MfS (vgl. FN 41).

Im Juni 1959 kam Klaus Fuchs in die DDR.¹⁹⁴ Mit ihm kam ein prominenter Wissenschaftler ins ZfK, der als SED-Mitglied auch für die Partei eine wichtige Rolle spielte. Dies war für Heinz Barwich eine neue Situation. Zunächst begegnete er ihm mit positiver Erwartung, dann aber mit zunehmender Skepsis.¹⁹⁵ Bei der vom AKK zum 1. August 1959 für Klaus Fuchs ausgesprochenen Einsetzung als stellvertretender Direktor des ZfK bereitete Barwich Schwierigkeiten, wie sich der ZK-Mitarbeiter

191 Vgl. Barwich/Barwich.

192 Beispielsweise SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/289 und 290. So befinden sich im Bestand 290 Abschriften aus dem Briefwechsel des Direktors mit dem Parteisekretär Lässig vom September und Oktober 1959 über den Informationsfluß aus der Institutsparteileitung an das AKK.

193 Ebd., S. 182.

194 Klaus Fuchs war aus englischer Haft entlassen. Ab 1967 war er Mitglied des ZK der SED.

195 Vgl. Barwich/Barwich S. 189-191.

Helmut Frommknecht bei seinem Besuch bei Klaus Fuchs in Dresden im November 1959 überzeugen mußte.¹⁹⁶ Da ein zweiter stellvertretender Direktor im ZfK-Statut nicht vorgesehen war, machte Barwich daraus eine Statuten-Diskussion, die sich noch bis in das nächste Jahr hinzog.¹⁹⁷ Karl Rambusch wandte sich schließlich in einem Brief vom 31. August 1960 an Hermann Große in der SPK.¹⁹⁸ Zu einem dazu vom AKK an die Parteikommission A des ZK der SED eingereichten Änderungsvorschlag zum Statut des ZfK mußte Rambusch in seinem Schreiben feststellen: »Auf Vorschlag des Gen. Prof. Dr. Hager wurde der vom Amt eingereichte Änderungsvorschlag abgelehnt, um Prof. Dr. Barwich nicht zu verärgern.«¹⁹⁹

Nicht zufällig gab es in dieser Zeit mehrfach Klagen von der Institutsparteileitung des ZfK an den ZK-Apparat über das autoritäre Auftreten des Direktors Heinz Barwich. Am 2. November 1959 legten die beiden Abteilungsleiter im ZK der SED Fritz Zeiler und Johannes Hörnig eine Aktennotiz über Informationen aus dem ZfK an, die sie am 3. November an Erich Apel schickten.²⁰⁰ Wesentlicher Inhalt war der Arbeitsstil des Direktors und speziell sein Verhalten gegenüber den SED-Mitgliedern im ZfK, und dies angesichts einer angeblich mangelnden Perspektive des Instituts. Sie schlugen vor, daß Vertreter der Parteispitze dazu eine Aussprache im Institut führen sollten. Am 3. November besuchten die ZK-Vertreter Frommknecht und Tschersich Klaus Fuchs in dessen Wohnung in Dresden zu einem ausführlichen Gespräch. In ihrer Aktennotiz vom 6. November vermerkten sie auch dessen Meinung über eine mangelnde zentrale Aufgabenstellung für das Institut, die er auf fehlende staatliche Vorgaben, besonders der SPK, über den zukünftigen Bau von Kernkraftwerken zurückführte.²⁰¹ Am 11. November 1959 war mit Fritz Zeiler wieder ein Vertreter des ZK-Apparates bei Klaus Fuchs. In seiner Notiz vom 4. Dezember erfaßte Zeiler dessen Ansichten über das ZfK und seine Klagen über das mangelnde Verständnis, das ihm Barwich entgegenbrachte.²⁰²

196 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/160.

197 Bis dahin war Kurt Schwabe der einzige stellvertretende Direktor.

198 BArch Potsdam DF1/531.

199 Später wurde ein anderer Vorschlag diskutiert.

200 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/43 und SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/290.

201 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.069/160.

202 Ebd.

Anfang 1959 hatte Heinz Barwich noch den Parteisekretär aus dem ZfK herausdrängen können, in die Personalentscheidungen um Klaus Fuchs konnte er nicht mehr eingreifen. Die sich entwickelnden latenten Spannungen mit SED-Vertretern im Institut standen dabei offenbar im Gegensatz zu seinen Kontakten zu höheren Parteiebenen und zu Vertretern des MfS.

Der verbindliche Ton in seinen Briefen zum Beispiel an Fritz Selbmann und an Vertreter des ZK-Apparats läßt für die ersten Jahre nach 1955 auf ein relativ gutes und auf gegenseitiger Respektierung beruhendes Verhältnis schließen. So formulierte Barwich am 3. Dezember 1957 an Selbmann: »Durch das Vertrauen, welches Sie mir schenken, fühle ich mich verpflichtet ...«²⁰³ Ähnlich verbindlich war der Ton in dem erwähnten Brief Heinz Barwichs vom 4. April 1961 an den Leiter der SPK, Bruno Leuschner, in dem er sich erfolgreich zum Sprecher mehrerer Wissenschaftler machte und die Streichung der langfristig diskutierten Ausbaustufe AKW I/2 vorschlug. Zum Verhältnis zu Erich Apel, seinerzeit Vorsitzender der Wirtschaftskommission beim Politbüro, wird Barwich von einer Zeugin vom November 1960 zitiert: »Der Erich ist zwar stur und läßt sich nicht so leicht überzeugen, aber er ist mir noch der liebste!«²⁰⁴

Aus Barwichs zahlreichen kritischen Hinweisen zum Fachgebiet, oft auch von anderen geteilt, aber nur vorsichtiger vertreten, erkennt man sein Bestreben, dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik im Lande zu dienen. In einem »Memorandum über die Zunahme der Mängel der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie« vom 11. Januar 1960 griff er auch grundsätzliche Fragen der Kernenergiepolitik auf.²⁰⁵ Er brachte damit eine Diskussion in Gang und forderte Stellungnahmen heraus, was sicherlich die wissenschaftliche Entwicklung förderte. Es wurde schließlich zum 9. Februar eine Beratung führender Fachvertreter einberufen, die auch Fortschritte in der Wissenschaftsorganisation bewirkte.²⁰⁶ Bei dieser Diskussion wurden, wie auch bei anderen Gelegenheiten, Bemerkungen zu dem autoritären Leitungsstil Barwichs gemacht und für das ZfK eine kollektive Leitung gefordert.²⁰⁷

203 BArch Potsdam DF1/860.

204 Elfi Barwich in: Barwich/Barwich S. 194.

205 Arch BBAW, NL Steenbeck 356.

206 BArch Potsdam DF1/1143. (Beschlußprotokoll).

4.2.2 Die oppositionelle Haltung ohne Ausweg

Seine durch fachliches Argumentieren und selbstbewußtes Auftreten beim Eingreifen in Entscheidungsprozesse gefestigte Stellung hatte Heinz Barwich eine größere Selbständigkeit bewahrt. Das hinderte entsprechende Parteivertreter nicht, genaue Beobachtungen über ihn anzustellen. Der bereits angeführte Bericht Wolfgang Fabians von der 2. Genfer Konferenz im September 1958 ist ein anschaulicher Beleg dafür. Das Verhalten der Intellektuellen im Ausland, speziell im westlichen, wurde von den DDR-Funktionären besonders kritisch betrachtet. Dabei wurden durchaus, um ein tragbares Arbeitsverhältnis zu erhalten, durch die Vertreter der Führung kleinere politische Belastungen hingenommen. Um so mehr begrüßte man Bekundungen eines positiven Verhältnisses zum Staat. Erfreut wurde in einem Referat der Parteigruppe des AKK vom 6. Januar 1959 festgestellt, daß die Atomwissenschaftler der DDR den Staat bejahten und unter dem Eindruck der Friedensoffensive und der Erfolge der DDR stünden. Dazu wurde angeführt: »Ich möchte hier nur auf das Auftreten unserer Professoren Steenbeck, Barwich und Rexer in Hamburg anlässlich der Einweihung des Forschungsreaktors in Gesthardt (gemeint ist Geesthacht - E.H.) erinnern. Auf eine provokatorische Bemerkung des Hamburger Kultursenators, daß sie doch einen linientreuen unter sich hätten, haben sie einstimmig geantwortet: 'Wir sind alle linientreu.'²⁰⁸

Im Frühjahr 1961 erhielt Heinz Barwich die ehrende Berufung als stellvertretender Direktor des von den Ländern des RGW getragenen Vereinigten Instituts für Kernforschung in Dubna bei Moskau, die im Herbst 1962 durch seine Wiederwahl noch verlängert wurde. Nach den betreffenden Absprachen mit Vertretern des ZK-Apparats und der SPK sowie mit Gustav Hertz und Heinz Barwich wurde Helmuth Faulstich durch den Leiter des AKK ab 1. Mai 1961 zunächst für die Dauer der Abwesenheit Heinz Barwichts als amtierender Direktor des ZfK eingesetzt.²⁰⁹ Die Parteileitung des ZfK hatte kein Interesse an der Rückkehr Heinz Barwichts in seine Funktion im Zentralinstitut. Etwa zur gleichen Zeit schrieb ihr 1. Sekretär, W. Lässig, u. a. in einem Brief vom 27. März 1961 an die Abteilung »Metallurgie und Maschinenbau« des ZK der

207 In einem Brief vom 20. Februar 1960 an den Leiter dieser Beratung, Gustav Hertz, nahm Barwich zu diesen Vorwürfen Stellung und betonte, »daß sie durch einseitige Beobachtungen und unvollständige Informationen in dieser Form nicht berechtigt sind«. Ebd.

208 BArch Potsdam DF1/548.

209 BArch Potsdam DF1/880.

SED: »Prof. Barwich hat offensichtlich die Vorstellung, daß er weiterhin Institutsdirektor bleibt ... Eine solche Entscheidung könnte ... auf keinen Fall unterstützt werden.«²¹⁰ W. Lässig unterbreitete den Vorschlag, ihn als Bereichsleiter im ZfK einzusetzen. Schon bei erster Gelegenheit suchten Parteivertreter den Direktor zu Fall zu bringen, wobei der von einigen Seiten als autoritär bezeichnete Leitungsstil wohl nur als Vorwand diente.

In einem Protokoll vom 11. Oktober 1962, angefertigt von einer Sitzung der Parteigruppe des Vorstands des Wissenschaftlichen Rates hieß es: »Ein Einsatz von Prof. Barwich in seiner alten Funktion als Direktor des ZfK ist nicht mehr zweckmäßig, da sich während seiner Abwesenheit deutlich gezeigt hat, daß seine Leitungsmethoden nicht den Erfordernissen entsprechen.«²¹¹ Von seiner Rückkehr ins ZfK sollte also abgesehen werden. Man erwog, ihn eventuell als Leiter des AKW einzusetzen. Robert Rompe, von Barwich im Brief auch schon als »lieber Freund Robert« angesprochen, schlug vor, ihn auf seinem alten Arbeitsgebiet, der chemischen Verfahrenstechnik, einzusetzen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

In der Kernforschung hatten sich inzwischen die Verhältnisse verändert. Neue Erfahrungsträger wuchsen heran. Als im August 1961 die DDR nach Westen abgeschottet wurde, stand die vorher angestrebte Ausstrahlung nach Westen, besonders in die Bundesrepublik Deutschland, nicht mehr auf der Tagesordnung. Dies veränderte auch die Verhältnisse im Wissenschaftsbereich.

Im Jahre 1964 stand die Rückkehr von Heinz Barwich in die DDR bevor. Anfang Februar gab er in Dubna gegenüber Robert Jungk in Bezug auf diese Rückkehr deutlich seinem Unbehagen Ausdruck.²¹² Robert Jungk beschrieb das freimütige Auftreten von Heinz Barwich als stellvertretender Direktor in Dubna und gab eine Reihe seiner Äußerungen zu aktuellen Fragen wieder. Sie zeigten seine Unzufriedenheit mit dem politischen System des Ostens. Schließlich bestand das Ende seiner Wirksamkeit für Wissenschaft und Technik der DDR in seiner überraschenden Flucht als Leiter der DDR-Delegation auf der 3. Genfer Konferenz am 6. September 1964 in die Bundesrepublik Deutschland. Unmit-

210 BArch Potsdam DF1/551.

211 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/607/26.

212 Nach einem Artikel von Robert Jungk über Heinz Barwich: »Er nahm niemals ein Blatt vor den Mund.« Es handelt sich um eine nicht näher bezeichnete Kopie aus der Abteilung »Presse- und Informationswesen« der DAW vom 30. September 1964. Arch BBAW AKL 89.

telbar danach schrieb Robert Jungk in dem Artikel: »Wenn Barwich nun doch ‘gegangen’ ist, dann vor allem wohl deshalb, weil er das Sichverstellen, das Schönreden, die Unaufrichtigkeit, die in Dresden nun von ihm verlangt wurde, nicht mehr ertragen konnte. Er ist nicht der einzige in der östlichen Elite, der so fühlt, und er ist nicht der letzte Sozialist, nicht der letzte Russophile, den die Administratoren des ostdeutschen Staatssozialismus zu etwas zwingen, das er im Grunde fast ebenso sehr verabscheut wie das Bleiben und Weitermachen.«

Heinz Barwich hielt sich unmittelbar anschließend an seine Flucht längere Zeit in den USA auf, wo er durch den Unterausschuß des US-Senats für innere Sicherheit befragt wurde.²¹³ Im März 1965 kehrte er in die Bundesrepublik Deutschland zurück. Im November 1965 gab er einen kürzeren Bericht über seinen Aufenthalt in der DDR in Form eines Zeitungsinterviews.²¹⁴ Einen großen Teil des Berichtes nahm die Schilderung der persönlichen Lebensbedingungen und der Privilegien für Intellektuelle in der DDR ein. Er schilderte sich als »bürgerlicher Linksoppositioneller«, der im Wissenschaftsbereich kritische Fragen stellte und dafür durchaus bei den Spitzenfunktionären – wie bei Erich Apel für sein kritisches Memorandum vom 11. Januar 1960 über die Arbeit des Wissenschaftlichen Rates – Anerkennung fand. Er betonte, daß es für einen Wissenschaftler, wie er es in der DDR war, im Gegensatz zu der nachrückenden Generation nicht notwendig war, in der Partei zu sein. Auf die Frage »haben die Wissenschaftler in der DDR einen politischen Einfluß?« antwortete er: »Weniger vielleicht die Wissenschaftler als die Wissenschaft.« Auf längere Sicht sah er in den notwendigerweise in Wissenschaft und Technik anzuwendenden modernen Methoden eine Gefährdung für den kommunistischen Staat.

Am 10. April 1966 verstarb Heinz Barwich im Alter von 55 Jahren in Köln.

213 Ausführungen wahrscheinlich von diesem Vorgang, die im Aktenbestand nicht aufgefunden wurden, schickte Helmut Frommknecht aus dem Büro Hager des ZK-Apparats am 5. November 1965 an Klaus Fuchs. SAPMO-BArch DY 30 IV 2A/2.024/72.

214 Vacek, Egon: »Forschen für Ulbricht?« In: Die Zeit vom 5. November 1965, S. 32.

4.3 Kritik von Wissenschaftlern an der Politik der DDR-Führung zum Fachgebiet

Die Kernforscher und Reaktortechniker der DDR waren 1955 und in den Folgejahren mit dem Ziel an die Arbeit gegangen, möglichst bald die Rückstände zum internationalen Niveau aufzuholen. Schon nach ein bis zwei Jahren zeigte die Praxis Mängel besonders bei den ökonomischen und industriellen Voraussetzungen, der internationalen Kooperation und auch der Wissenschaftsorganisation im eigenen Lande. Speziell mit der Bundesrepublik stellte man Vergleiche an. Beispielsweise verzeichnete man im ZfK die zunehmenden Rückstände beim Aufbau des Instituts im Vergleich zur ursprünglichen Planung. Im Protokoll der 1. Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des ZfK vom 25. März 1958 kann man lesen: »Im Vergleich zu den westdeutschen Institutionen Garching bei München und Karlsruhe ist festzustellen, daß dort bereits eine wesentliche größere Selbständigkeit beim Aufbau der Institutsanlagen vorhanden ist als bei uns.«²¹⁵

Die 2. Genfer Konferenz vom 1.-13. September 1958 stellte im Gegensatz zum Optimismus ihrer Vorgängerin vom August 1955 die noch zu lösenden Probleme bei der technischen Ausnutzung der Kernenergie in den Vordergrund. Wie schon im vorangegangenen Kapitel mit einer Aussage des führenden Reaktorphysikers Max Steenbeck belegt, herrschte schon vor 1958 unter maßgeblichen Wissenschaftlern Unzufriedenheit mit dem bis dahin zur Kernenergetik in der DDR erreichten Stand. In der 35 Vertreter umfassenden Beobachtergruppe der DDR auf der 2. Genfer Konferenz war diese Haltung nun in sicher noch größerem Maße vertreten. Das Defizit in der internationalen Kooperation angesichts des erreichten Standes im eigenen Land veranlaßte in diesen Jahren führende Vertreter des Fachgebiets in der DDR deutliche Kritik zu äußern.

4.3.1 Unzufriedenheit zur Zusammenarbeit mit Einrichtungen der UdSSR

Unmittelbar nach der 2. Genfer Konferenz wurden aus dem Teilnehmerkreis sieben Wissenschaftler bei Bruno Leuschner, dem damaligen Vorsitzenden der SPK vorgestellt.²¹⁶ Es handelte sich um Heinz Barwich, Max Steenbeck, Carl-Friedrich Weiß, Ernst Rexer, Alfred Eckardt und Günter Vormum sowie um Bertram Winde aus dem AKK, die in dieser Reihenfolge in dem Bericht genannt werden. Sie schilderten ihre Eindrücke von

215 Arch ZfK 0/144.

der Konferenz und brachten insbesondere ihre Unzufriedenheit mit dem erreichten Stand und den Arbeitsbedingungen in der DDR zum Ausdruck. Der Initiator der Vorsprache war Heinz Barwich, denn er schrieb den vorbereitenden Bericht und wurde auch beauftragt, den zusammenfassenden Bericht zu verfassen. Vielleicht wurde er auch in seiner Initiative durch die Sitzung der Parteikommission des Politbüros für Kernforschung und Kerntechnik, der er als einziger Parteilooser angehörte, bestärkt. Sie beschäftigte sich am 29. September 1958 auch mit der Genfer Konferenz.²¹⁷

Unter der Überschrift »Über die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik« legte Heinz Barwich diese Stellungnahme vor. Es wurde eingangs betont, daß die Wissenschaftler radikale Maßnahmen für unbedingt erforderlich halten, »wenn der Vorsprung des Westens eingeholt werden soll, welcher nach den gegenwärtigen Eindrücken größer zu werden droht«. Als wesentlicher Grund für dieses Zurückbleiben der DDR wurde »die unbefriedigende Zusammenarbeit mit der SU« benannt. Die Wissenschaftler stellten fest, »daß eine weitgehende Liquidierung dieses Widerspruches möglich wäre, wenn die maßgebenden Stellen sich ernsthaft darum bemühen würden«.

Der Weggang profilierter Fachleute in die Bundesrepublik Deutschland wird »bis zu einem gewissen Grade durch die Vorstellung einer besseren internationalen Zusammenarbeit im kapitalistischen Ausland beeinflußt«, hieß es in dem Bericht. Dies wurde auch auf solche bezogen, »die als führende Spezialisten in der SU gearbeitet haben, wie z. B. Riehl, Schütze, Wirths, Zühlke, Keppel, Born, Ziehl, die heute kerntechnisch wichtige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an maßgebenden Stellen in der Bundesrepublik durchführen«.

Um den Mangel an Fachkräften auszugleichen und eine optimale Einarbeitung in die für die DDR maßgebliche sowjetische Kerntechnik zu

216 Eine zugehörige Aktennotiz und der genaue Termin dieser Unterredung, die nach dem 2. Oktober stattfand, wurden bisher nicht ermittelt. Auf der Basis der dort gemachten Darlegungen wurde von Heinz Barwich unter dem 8. Oktober 1958 ein ausführlicher Bericht angefertigt, der mit seinen Anlagen bzw. Zuarbeiten Grundlage der folgenden Ausführungen ist. Als Anlagen liegen eine Stellungnahme von Werner Hartmann vom 2. Oktober, Briefe von Ernst Rexer (1. Oktober) und Fritz Thümmeler (3. Oktober), ein Artikel aus der Zeitung »Sonntag« Nr. 40/1958 und der Berichtsentwurf Barwichs an das AKK vom 26. September, der zur Vorbereitung der Aussprache eingereicht wurde, vor. Arch ZfK 0/202.

217 Tagesordnung Arch ZfK 0/654.

erreichen, betonten die Wissenschaftler auch in diesem Bericht die große Bedeutung guter Kontakte zu sowjetischen Kollegen. Zur Vorbereitung von Studienaufenthalten wurde beispielsweise ein direkter Kontakt der beteiligten Institute beider Seiten gefordert. Die Wissenschaftler betonten dazu: »Wir hatten mehrmals sehr energisch versucht, eine solche Vorbereitung durchzuführen ... Das gesetzte Ziel wurde jedoch nie erreicht, das Ergebnis war deprimierend.« Der Bericht beklagte die sehr erschwerte Reisetätigkeit in die UdSSR. »In die SU konnte bisher noch niemand fahren, ohne beiderseits höhere Dienststellen einzuschalten. Dabei treten stets große Verzögerungen auf, Mißverständnissen ist Tür und Tor geöffnet, und häufig finden solche Reisen überhaupt nicht statt.« Es wurden auch große Probleme beim Austausch technischer Dokumentationen und ganz besonders bei Materialbestellungen genannt. Bis zu dem Zeitpunkt war es trotz längerer Bemühungen noch nicht gelungen, auch kleinere Mengen dringend benötigter Materialien, wie den Kernbrennstoff Uran, elementar oder als Verbindung, oder das Hüllrohrmaterial Zirkon, aus der UdSSR zu beziehen.

Alle Kritikpunkte wurden im Bericht mit zahlreichen Beispielen belegt. Vor allem wollten sie die Partei- und Regierungsfunktionäre bewegen, die derzeitigen Beziehungen realistisch zu sehen und endlich zu verbessern. Fast schon resignierend schrieb Barwich als Federführender: »Man hat den Eindruck, daß selbst gebildete Menschen auf beiden Seiten der ganzen Problematik etwas hilflos und entsagend gegenüberstehen, da sie den Eindruck haben, es wären besondere Schliche und Kunstgriffe nötig, um zueinander zu kommen, die für sie aber in ein tiefes Geheimnis gehüllt sind. Die Wissenschaftler unseres Lagers stellen oft scherzhaft fest, daß man sich auf internationalen Kongressen im Westen besser verabreden kann als in den eigenen Ländern.«

Als Männer der Praxis wandten sich die Wissenschaftler auch gegen die übliche Schönfärberei der Verhältnisse und Leistungen in der UdSSR und der DDR. Über einen Artikel der Zeitung »Sonntag« zur Genfer Konferenz,²¹⁸ der in dieser Art nicht allein stand, bemerkte Heinz Barwich: »Wir laufen dadurch aber Gefahr, an unsere eigene Propaganda zu glauben«. Er fuhr fort: »Die Schönfärberei hat auch dazu geführt, der Sowjetunion Erfolge anzudichten, welche in Wirklichkeit noch gar nicht da sind.« Es wurden im Bericht als Folge derartiger Agitation nur Belastungen der Beziehungen der Wissenschaftler befürchtet. Diesen Eindruck erweckte sicher auch bei den gerade mit dem Weltstand in Genf

218 Vgl. Sonntag Nr. 40/1958.

konfrontierten Wissenschaftlern die folgende Schlußpassage. »Die führenden Wissenschaftler der anderen kapitalistischen Staaten haben längst bemerkt oder erkennen in steigendem Maße, daß die Zukunft der Wissenschaft im Sozialismus liegt, und daß entsprechend auch die Wissenschaft in der DDR die Wissenschaft im alten Teile Deutschlands früher oder später überholen wird, soweit dies nicht bereits geschehen ist ... Wer Augen hat, zu sehen, der sehe!«

4.3.2 Kritik aus den Erfahrungen des kerntechnischen Gerätebaues

Auf die mangelhafte Entwicklung der industriellen Basis des wissenschaftlichen Gerätebaus für die Kerntechnik der DDR machte Werner Hartmann als Direktor des VEB Vakutronik Dresden und Professor der TH Dresden von Anfang an aufmerksam. Mehrfach hatte er auf den Tempoverlust in der Geräteentwicklung hingewiesen, der durch die administrativen Hemmnisse entstand. In einer Besprechung zu kerntechnischen Fragen am 20. Februar 1958 beim Leiter der Wirtschaftskommission des Politbüros, Erich Apel, ging es um die Beschleunigung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Apel vermerkte in seiner Notiz dazu,²¹⁹ daß das notwendige Klima noch nicht geschaffen sei. Er zitierte dann Hartmann mit dessen deutlicher Äußerung, daß in ähnlichen Gremien vor zwei Jahren schon derartige Dinge festgestellt wurden, ohne daß eine Veränderung erfolgte.

Noch im gleichen Jahr nahm Werner Hartmann an der 2. Genfer Konferenz teil und beteiligte sich mit einem Beitrag an dem zitierten kritischen Bericht vom Oktober 1958 an die SPK: »In Genf wurde mit aller Deutlichkeit erkannt, daß wir, soweit es das Gebiet der Kernphysik und -technik betrifft, in einer provinziellen Enklave leben und arbeiten.« Bei Beginn der Arbeiten zur Kerntechnik war er, wie er in seiner Stellungnahme feststellte, von einer gesicherten Zusammenarbeit mit der sowjetischen Seite ausgegangen. Aufgrund seiner nach Kriegsende durchgeführten langjährigen Arbeit in der UdSSR kannte er führende sowjetische Fachleute und rechnete deshalb mit Erleichterungen der Kooperation. Statt dessen mußte er feststellen, daß trotz verschiedener Versuche »eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strahlenmeßtechnik und des Gerätebaues mit der SU nicht zu erreichen ist«. Massive Kritik an dem Verhältnis zur UdSSR, besonders der Zusammenarbeit mit ihr, war zu jeder Zeit in der DDR ein Politikum. In der Öffentlichkeit galt das Dogma eines engen Bruderbundes.

219 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/160.

Werner Hartmann bemerkte zur Zusammenarbeit mit der UdSSR unter Hinweis auf eine 1957 an den Wissenschaftlichen Rat gerichtete Eingabe, die bis zum Oktober 1958 nicht beantwortet war: »Ich wollte damals erreichen, daß oberste Regierungsstellen ... von dem unhaltbaren Zustand Kenntnis erhielten.« Er folgerte aus der Situation: »Leider sind wir infolge der geschilderten Erfahrungen gezwungen, den gesamten Weg der Entwicklung der genannten und anderen Bauelemente völlig allein zu gehen.« Er machte auch den unbefriedigenden Außenhandel für den bei der Geräteentwicklung entstandenen Tempoverlust verantwortlich. Dadurch würde letztlich auch zukünftige Energiewirtschaft beeinflusst werden. Er schrieb dazu: »Ich habe seit Jahren in Briefen an den Leiter des AKK auf diese Konsequenzen hingewiesen, ohne daß sich auch nur Ansätze zur Besserung zeigten.«

Die ideologisch bedingten Begrenzungen der Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter beschäftigten Werner Hartmann ebenfalls. Er wies auf den »grundlegenden Unterschied in der Durchführung des Meinungs-austausches bei uns und in Westeuropa« hin. Der Mitarbeiter brauche die Freiheit und das Vertrauen zur eigenen Entscheidung über die für seine Arbeit notwendigen internationalen Kontakte. Er nannte Beispiele für das Defizit in der DDR auch auf diesem Gebiet und fuhr fort: »Solche Fehler können zum Verlust von Mitarbeitern durch Republikflucht führen. In jedem Fall aber geben sie allmählich einem die Initiative lähmenden Gefühl völliger Resignation Platz.«

Werner Hartmann schloß seinen Beitrag: »Zusammenfassend kann ich feststellen, daß die Lösung der hier nur unvollständig skizzierten Probleme eine unabdingbare Voraussetzung für eine lebensvolle, erfolgreiche und schnelle Entwicklung auf unserem Arbeitsgebiet darstellt. Man kann völlig sicher sein, daß die im Augenblick dafür aufzubringenden Mittel in die Zukunft hohe Zinsen tragen werden.«

Von seinen späteren Stellungnahmen sei noch auf ein zur gleichen Problematik am 14. Dezember 1960 offensichtlich an den Wissenschaftlichen Rat gerichtetes Schreiben unter dem Titel »Bereitstellung von Bauelementen für die Elektronik« hingewiesen.²²⁰ Werner Hartmann führte u. a. aus: »Soweit ich die Lage übersehe, muß man zu dem Schluß kommen, daß auf dem Gebiet der nachrichtentechnischen Bauelemente trotz vieler Bemühungen bis heute keine entscheidende Änderung in Entwicklung und Fertigung erzielt worden ist. Für das gesamte Feld der Elektro-

220 Arch ZfK 0/539*. (In der Ablage von Klaus Fuchs, der es als Vorsitzender der Kommission Kernenergie offensichtlich zu bearbeiten hatte.)

nik, die in der DDR stark vertreten und besonders intelligenzintensiv ist, bedeutet dies eine tödliche Gefahr ... Bei dem jetzigen Stand ist daher die Elektronik in der DDR zum Zurückbleiben gezwungen, sie wird im Export uninteressant werden und auch die im Inland so äußerst wichtigen Aufgaben der elektronischen Betriebsmeß-, -steuer- und -regeltechnik nicht optimal im Sinne hoher Betriebssicherheit und Arbeitsproduktivität lösen können.« Er wies darauf hin, daß die DDR als kleineres Land nicht in der Lage sei, selbständig eine größere Palette elektronischer Bauelemente bereitzustellen. Vielmehr bedürfe es dazu einer echten Abstimmung der sozialistischen Länder.

4.3.3 Hinweise auf ungenügende Berücksichtigung der Kritik

Die Schuld für die schlechte Zusammenarbeit mit der UdSSR lag zu einem gewissen Teil auch auf seiten der DDR. Darauf deutete zum Beispiel aus dieser Zeit ein Hinweis von Erich Apel vom 27. August 1958 an den Leiter der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner.²²¹ Jedenfalls behauptete ein Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft, daß bei der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR – Sowjetunion »eine mangelnde Initiative der DDR vorliegt«. In Aufzeichnungen des ZK-Büros für Forschung und technische Entwicklung gibt es im Jahre 1962 mehrfach Hinweise in dieser Richtung. Am 18. April 1962 wurde festgestellt, daß ein ernster Mangel »im Fehlen einer eigenen volkswirtschaftlichen Konzeption für die internationale sozialistische Arbeitsteilung und die Entwicklung des Produktionsprofils der DDR« besteht.²²²

Auf die Kritik der Wissenschaftler zur ungenügenden Gerätesituation reagierte die DDR-Führung mit mehreren administrativen Aktivitäten, ohne daß offenbar eine wesentliche Änderung eintrat.²²³ Speziell auf kerntechnischem Gebiet faßte am 7. Juli 1962 der Wissenschaftliche Rat einen Beschluß zur »ernsthafte Situation auf dem Gerätesektor«.²²⁴ Es wurden Änderungen in der Entwicklung und Fertigung von Bauelementen für die Elektronik gefordert. Wie häufig in einer solchen Situation wurde die Bildung einer Kommission für diese Problematik vorgeschlagen. Die Geräteentwicklung und die Fertigung einzelner Baugruppen

221 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/107.

222 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/607/15.

223 Beispielsweise eine gesonderte Konferenz in Leipzig im November 1959 und der Beschluß im Forschungsrat zur Bildung einer Gerätekommission am 1. März 1960. Vgl. Arch ZfK 0/672.

224 Arch ZfK 0/145* und 0/539*.

sollten zwischen den Instituten koordiniert werden. – Bekanntlich blieb die Geräteversorgung für Forschung und Entwicklung in der DDR ein Engpaß bis zuletzt.

Für die Nutzung der Kernenergie war besonders die Zusammenarbeit mit der UdSSR wichtig. Sie gestaltete sich, auch durch die Bürokratie bedingt, immer umständlich. Damals mußte selbst das AKK dies feststellen. Der amtierende Leiter Bertram Winde schrieb in Auswertung des Besuchs einer sowjetischen Delegation über einen am 24. Januar 1962 durchgeführten Gedankenaustausch der beteiligten DDR-Vertreter: »Aus allen Berichten war zu erkennen, daß die bisherige Zusammenarbeit mit den entsprechenden sowjetischen Instituten als ungenügend bezeichnet wurde, daß aber mit dem Besuch der sowjetischen Delegation der Beginn eines engeren Kontaktes erwartet wird.«²²⁵

5. Zur Fortsetzung der Kernenergieentwicklung: Die Zäsur 1962 und weitere Pläne

Auch an der bisher zur Kernenergie durchgeführten Politik hatte öffentliche Kritik in der DDR zu unterbleiben. Die starke Reduzierung der zur Kernforschung und Kerntechnik eingesetzten Kapazitäten 1961/62 war selbst ein Kommentar der Entwicklung seit 1955.

5.1 Über Ursachen und Gang der Reduzierung von Entwicklungen zur Kernenergienutzung

Sicher haben das Abschotten der DDR nach Westen durch die Abminderung des »Schaufenstereffekts« und ökonomische Zwänge eine Rolle gespielt. Wie schon dargestellt, war die Planung der KKW-Kapazitäten der DDR der sowjetischen Entwicklung vorausgeeilt, was bei ihrer technischen Abhängigkeit von der UdSSR eine Korrektur unbedingt erforderlich machte.²²⁶

Einfluß auf die weitere Entwicklung hatte sicher der schleppende Fortgang des Baues des AKW in Rheinsberg ausgeübt, von dem man nach

225 Arch ZfK 0/145.

226 Bei einer streng vertraulichen Unterredung am 3. Juni 1961 in Moskau hatte sich W.S. Jemeljanow als Vorsitzender des zuständigen staatlichen Komitees der UdSSR gegenüber Karl Rambusch, ähnlich wie schon im Februar 1959, »außerordentlich vorsichtig« zur Entwicklung der Kernenergie geäußert. Er betonte, daß die UdSSR derzeit kein Kraftwerksprogramm habe und die Klärung der noch bestehenden Unklarheiten abgewartet werden müsse. Protokoll in SAPMO-BArch DY 30 IV 2/607/70.

langen Erörterungen die Ausbaustufe I/2 ohnehin schon gestrichen hatte.²²⁷ Dies war auch durch die Unsicherheiten des sowjetischen Entwicklers bedingt, der wegen des Stands seiner eigenen Entwicklung mehrfach Abänderungen in die Projektierung einbrachte.²²⁸

Damit lagen die Ursachen zur entscheidenden Einschränkung der Kernenergieentwicklung einerseits im schleppenden und damit immer teurer werdenden Aufbau des AKW sowie in der Abhängigkeit von Stand und Programm der sowjetischen Entwicklung. Andererseits beruhten sie in der aktuellen wirtschaftlichen Lage der DDR und den daraus von der SED-Führung gezogenen Schlüssen. Die schwerwiegenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten 1961/62, denen die SED u. a. durch die Bildung eines Volkswirtschaftsrates (13. ZK-Plenum im Juli 1961), das sogenannte Produktionsaufgebot (September 1961) und eine Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates (Oktober 1961) zu begegnen suchte, waren ebenso von großer Bedeutung und beeinflussten ihrerseits die Vorschläge technischer bzw. wissenschaftlicher Gremien. Im November 1961 faßte das 14. Plenum des ZK der SED einen Beschluß zur »Konzentration der naturwissenschaftlich-technischen Kräfte«, der in einer Vorlage für das Präsidium des Ministerrates zum 19. Juli 1962 für die Kernforschung und Kerntechnik formuliert wurde.

Die Forschungslandschaft der DDR erfuhr zum Ende 1961 und im weiteren Verlauf 1962 umfangreiche Sparmaßnahmen und Neuorientierungen. Ein Rundschreiben der Gruppe »Grundlagenforschung« des Forschungsrates der DDR vom 12. Juli 1962 an die Institutsdirektoren war ein Beispiel dafür und lag auch dem Direktor des ZfK vor.²²⁹ Darin wurde auf eine Neuordnung der Wirtschaftsstruktur der DDR hingewiesen, die die begrenzten Energie- und Rohstoffquellen zu berücksichtigen hätte. Deshalb müßte die Themenwahl der Forschung nach neuen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Es seien nunmehr vorrangig solche Themen zu bearbeiten, die in absehbarer Zeit wirtschaftlich wirksame Ergebnisse aufweisen könnten.

Den amtierenden Direktor des ZfK, Helmuth Faulstich, dürfte das zitierte Rundschreiben nicht überrascht haben, denn er leitete schon im

227 Nach dem Baubeginn 1957 erfolgte die Inbetriebnahme nach mehrmaliger Terminverschiebung mit fünfjähriger Verspätung erst am 9. Mai 1966.

228 Beispielsweise nannte Max Steenbeck in einer Sitzung der Parteikommission A des ZK am 11. November 1960 einen gerade erfolgten sowjetischen Eingriff in die grundsätzliche Konzeption für den Betrieb des Reaktors. SAPMO-BArch DY 30 IV 2/607/13.

229 Arch ZfK 0/144 A.

Frühjahr 1962 einschneidende Sparmaßnahmen ein. Auf der 21. Tagung des Wissenschaftlichen Rates am 11. Mai 1962 legte er für das ZfK einen gekürzten Investitionsplan bis 1968 vor.²³⁰ Die Prämisse dazu lautete auch hier schon, »daß z. Zt. auf dem Gebiet der Grundlagenforschung keine Investitionen durchgeführt werden sollten, die nicht in nächster Zeit zu einem ökonomischen Nutzen führen«.

Im Umfeld des 17. Plenums des ZK der SED liefen im zweiten Halbjahr 1962 wesentliche Debatten zur Energiewirtschaft ab. Jetzt spielte die Energiekommission des Forschungsrates die entscheidende Rolle, deren Ergebnisse vom Wissenschaftlichen Rat im wesentlichen nur zitiert bzw. kommentiert wurden. Seit dem Januar 1962 war der Wissenschaftliche Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie dem Forschungsrat unterstellt.²³¹ Damit fand sein jahrelanger Substanzverlust einen Abschluß.²³² Mit dem Abbau der Autorität des Wissenschaftlichen Rates könnte die in dieser Situation erfolgte Reaktivierung der SED-Parteigruppe des Rates zusammenhängen.²³³

Am 1. Dezember 1961 gab das SED-Mitglied Klaus Fuchs in einem Brief den Anstoß für eine Versammlung der Parteigruppe des Rates. Er schrieb an den immer für die SED aktiven Robert Rompe u. a.: »daß wir endlich einmal die Parteigruppe im Wissenschaftlichen Rat zusammenrufen sollten.«²³⁴ Nach knapp zwei Wochen am 13. Dezember 1961 reagierte Rompe mit einem Schreiben an Erich Apel und kündigte die Einberufung der Parteigruppe an.²³⁵ Es liegt nahe, daß in der Parteigruppe die

230 Arch ZfK 0/145* und 0/210A.

231 Grundlage war eine neue Planungsordnung vom 18. Januar 1962, später im Ministerratsbeschuß vom Dezember 1962 zitiert.

232 Schon im Februar 1961 bedauerte der Vorsitzende, Gustav Hertz, daß Vertreter der Regierung und der SPK nicht an den Sitzungen teilnehmen würden (Arch ZfK 0/145). Der wesentliche Beschluß des Ministerrates vom Dezember 1962 wurde vom Wissenschaftlichen Rat erst nachträglich am 4. Januar 1963 zur Kenntnis genommen, was sein Vorsitzender im Protokoll bedauerte (Ebd.). Ebenso verhielt es sich bei der Auflösung der Fakultät Kerntechnik, wo im betreffenden Protokoll formuliert wurde: »nimmt der Wissenschaftliche Rat zu den endgültigen Maßnahmen nochmals Stellung« (Arch ZfK 0/144). Ein frühes Beispiel lieferte die Parteikommission A, die Karl Rambusch am 11. November 1960 beauftragte, dem Wissenschaftlichen Rat den Ministerratsbeschuß zum Bau des AKW I/2 vom März 1960 zur Kenntnis zu geben. Termin: Ende November. (SAPMO-BArch DY 30).

233 Zur Verwirklichung der führenden Rolle der SED waren in allen Gremien Parteigruppen zu bilden.

234 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.04/289. Sicherheitshalber schickte er noch einen Durchschlag des Briefes an Kurt Hager im ZK-Apparat.

235 SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/135.

in wenigen Wochen bevorstehende Unterstellung des Rates unter den Forschungsrat beraten wurde.

Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang die Grundsatzentscheidung zur Kernenergie. Nachdem die Energiekommission des Forschungsrates schon die für das AKW I zu erwartenden unwirtschaftlichen Stromkosten kritisiert hatte, zitierte der Wissenschaftliche Rat diese Kommission in seiner Sitzung am 9. März 1962: »Aus den bisherigen Arbeiten der Energiekommission des Forschungsrates hat sich ergeben, daß für die Deckung des Energiebedarfes der DDR in den nächsten Jahren keine Kernenergie benötigt wird. Untersuchungen der Staatlichen Plankommission und des VEB EPkA über ein eventuelles 600 MW-Programm auf der Basis von Kernenergie führten zu dem Ergebnis, daß die dazu erforderlichen Belastungen der Volkswirtschaft, insbesondere des Maschinenbaues, z. Zt. nicht vertretbar sind.«²³⁶

Die grundlegenden Entscheidungen zur Zurücknahme der Entwicklung der Kernenergie waren Anfang 1962 schon gefallen. Am 13. November 1962 sprach Georg Bilkenroth²³⁷ vor dem Forschungsrat über die eingereichten Grundsätze zur Perspektive der Energiewirtschaft der DDR.²³⁸ Schwerpunkt seiner Ausführungen war der ungenügende Nutzungsgrad der Energie in der DDR, von der Kernenergie war keine Rede.

5.2 Ministerratsbeschlüsse charakterisieren die Entwicklung 1961/62

Gegenstände der Beschlüsse waren der Weiterbau des AKW I und die Kapazitätsverminderung für die anderen Gebiete der Kernenergetik. Schon am 23. März 1961 hatte das Präsidium des Ministerrates wegen der erheblichen Verzögerungen beim Bau des AKW einen »Maßnahmenplan zur Überwindung von Mängeln beim Bau des Atomkraftwerkes I, 1. Ausbaustufe« verabschiedet, der vor allem durch organisatorisches Handeln wirksam werden sollte.²³⁹

Nach reichlich einem Jahr gab es den nächsten Ministerratsbeschluß am 17. Mai 1962 über die Weiterführung der Investitionsmaßnahme des AKW I.²⁴⁰ Die Arbeiten sollten beschleunigt weitergeführt werden, um

236 Arch ZfK 0/145* und 0/540*. Arch BBAW NL Steenbeck 358.

237 Georg Bilkenroth war im Forschungsrat u. a. verantwortlich für Kohle und Energie.

238 Arch ZfK 0/672. Arch BBAW AKL 456. Am Vortag dieser 2. Plenartagung des Forschungsrates sprach Ulbricht über »wissenschaftlich-technischen Höchststand und ökonomischen Nutzen«.

239 BArch Potsdam C-20 I/4-439.

den Abschluß der Bau- und Montagearbeiten 1964 zu erreichen, was später nicht eingehalten wurde.

Mit der Anordnung der »Kommission für laufende Angelegenheiten« beim Präsidium des Ministerrates nach dem Protokoll vom 19. Juli 1962 über die »Änderung der Organisation der Arbeit auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik« wurde die Verminderung der zu diesem Gebiet eingesetzten Kapazitäten schon begonnen.²⁴¹ Im Mittelpunkt stand die Unterstellung des bisher direkt unter dem Ministerrat arbeitenden AKK unter die SPK und die Umgliederung der von ihm angeleiteten Industrie. Dazu hatte es schon am 26. April 1962 einen Ministerratsbeschuß gegeben, der auch die Absetzung des Leiters Karl Rambusch beinhaltete.²⁴² In der später gekürzten Beschlußvorlage zu diesem Termin, die ausdrücklich auf das 14. Plenum des ZK der SED Bezug nimmt, ist die Bildung eines Atomrats mit Sekretariat beim Ministerrat,²⁴³ aber auch schon die Auflösung des AKK vorgesehen.

Neue Sprachregelungen enthielt eine Vorlage für den inzwischen als gesondertes Gremium zusätzlich gebildeten Vorstand des Wissenschaftlichen Rates zum 12. Oktober 1962, in der auch ein Punkt zur Entwicklung der Kernforschung und Kerntechnik bis 1970 enthalten war: »Während es also in den ersten Jahren darauf ankam, unter großzügiger Bereitstellung finanzieller Mittel die Arbeiten auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik möglichst rasch voranzutreiben, wurde 1962 begonnen, die Kernforschung und Kerntechnik in die proportionale Entwicklung der anderen Forschungsgebiete einzuordnen. Dieser Prozeß ist in den nächsten Jahren zum Abschluß zu bringen.«²⁴⁴ Eine Sonderstellung wurde nur noch für bestimmte Gebiete der Weiterentwicklung in Anspruch genommen. Nun ging es um »richtige Relationen zu anderen Zweigen der Wissenschaft und Technik«. Die durchzuführenden Einschränkungen schlossen mit der Feststellung, daß nunmehr anstelle von 4 000 Mitarbeitern in Kernforschung und Kerntechnik nur noch 3 500 tätig sein würden.

240 BArch Potsdam C-20 I/4-456 und 457.

241 BArch Potsdam C-20 I/5-2.

242 Vgl. Information des Wissenschaftlichen Rates am 11. Mai 1962 (Arch ZfK 0/145* und 0/210A). Karl Rambusch hatte schon am 14. Januar 1961 nach einer Reihe interner Spannungen in einem Brief an Erich Apel im ZK-Apparat sein Ausscheiden aus dem AKK und das Einsetzen von Bertram Winde als kommissarischen Leiter mitgeteilt. (SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.029/160).

243 Von der Bildung eines Atomrates nahm die Regierung Abstand.

244 Arch ZfK 0/653*.

5.3 Der Ministerratsbeschuß vom 19. Dezember 1962 und Beratungen 1963

Mit diesem Beschluß sanktionierte der Ministerrat eine im wesentlichen schon abgelaufene Entwicklung.²⁴⁵ Zur Entscheidungsfindung war schon die einleitende Formulierung aussagekräftig: »Auf der Grundlage der Beschlüsse des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und in Durchführung der Beschlüsse der letzten Plenartagungen des ZK der SED, insbesondere der 17. Tagung, wird beschlossen.« In der Begründung hieß es einleitend: »Aufgrund der veränderten Perspektive in der Deckung des Energiebedarfs unserer Volkswirtschaft durch Kernenergie ist es notwendig, den jetzigen Aufwand an Kräften und Mitteln zu reduzieren und gleichzeitig die auf diesem Gebiet bestehenden wissenschaftlichen Institutionen in das System der Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf der Grundlage der Ordnung vom 18.1.1962 einzubeziehen.« Im umfangreichen Text sind u. a. die folgenden Festlegungen enthalten.

Zunächst wurden zum Wissenschaftlichen Rat detaillierte Bestimmungen erlassen, wie seine schon erwähnte Unterstellung unter den Forschungsrat. Das AKK war bis zum 30. Juni 1963 aufzulösen, wozu eine Abwicklungsgruppe der SPK benannt wurde.²⁴⁶ Die verbleibenden Aufgaben des AKK übernahm das Staatssekretariat für Forschung und Technik. Bau und Montage des AKW sollten als vordringlichste Aufgabe bis 1964 abgeschlossen sein. Dazu wurde eine »Arbeitsgruppe Atomkraftwerk« im Volkswirtschaftsrat gebildet. Außerdem war eine Vielzahl organisatorischer Regelungen enthalten, wie auch die Eingliederung des ZfK Rossendorf in die Forschungsgemeinschaft der DAW ab 1. Mai 1963. Die Auflösung der Fakultät für Kerntechnik der TU Dresden wurde bereits am 27. April 1962 in der Kommission Kernenergie behandelt.²⁴⁷

245 BArch Potsdam C-20 I/4-659 und 664 (betrifft zugehörige Unterlagen). Der Text des Beschlusses liegt außerdem in mehreren Aktenbeständen undatiert vor, kursierte in größerer Zahl. Beispiele VD 41/62 beim Forschungsrat in 50 Exemplaren (Arch BBAW AKL 463) und VD 291/62 in 11 Exemplaren (Arch ZfK 0/144*).

246 Der personelle Abbau des AKK begann schon 1961. Bertram Winde berichtete am 15. März 1962, daß die Zahl der Mitarbeiter von IV/61 bis I/62 von 27 auf 10 reduziert wurde und sprach in diesem Zusammenhang von der »besseren Nutzung der Vorteile des sozialistischen Wirtschaftssystems«. (BArch Potsdam DF1/874). Nach einer handschriftlichen Notiz in der Ablage des Ministerrates aus dem Büro des Vorsitzenden der SPK, Karl Mewis, waren die restlichen Mitarbeiter des AKK noch im Juli 1962 nicht offiziell über das Schicksal des AKK informiert.

Wie sich diese Entwicklung fortsetzte, zeigte die 22. Tagung des Wissenschaftlichen Rates am 16. September 1963,²⁴⁸ auf der die Bearbeitung von Aufgaben im ZfK beraten wurde, die auf der Kerntechnik fremden Gebieten eine »unmittelbare Produktionsunterstützung« leisten könnten. In einer Vorlage für diese Besprechung wurden Grundsätze für die Entwicklung der Kernforschung und Kerntechnik bis 1970 behandelt.²⁴⁹ Zum Fachgebiet hieß es unter Bezugnahme auf den VI. Parteitag der SED vom Januar 1963: »Die Kernforschung und Kerntechnik ist so zu entwickeln, daß den Gebieten, die von unmittelbarer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, der absolute Vorrang gegeben wird.« Die zur Nutzung der Kernenergie tätigen Wissenschaftler hatten eine Durststrecke zu überstehen. Gleichzeitig aber wurde die Frage nach der weiteren Entwicklung der Kerntechnik in der DDR erhoben.

Mit der Tagesordnung »Beratung von vorläufigen Vorstellungen über die weitere Entwicklung der Kernenergetik in der DDR« trat am 2. Oktober 1963 ein hochrangiger Kreis, gebildet aus dem Vorstand des Wissenschaftlichen Rates, der Kommission Kernenergie und Vertretern der Energiekommission des Forschungsrates, zusammen.²⁵⁰ Auslöser für die Sitzung war eine Anfrage von der SPK, in welchem Umfang die Kernenergie in das Energieprogramm der DDR einbezogen werden kann. Die Vertreter der Energiewirtschaft wiesen auf das für 1980 für die DDR zu erwartende Energiedefizit von 2 000 MWe hin. In diesem Zusammenhang hieß es zur Auswahl einer optimalen Lösung in der Niederschrift: »Dabei sollte gerade der Wissenschaftliche Rat mehr Mut zeigen, denn bei den bisher vom Rat geäußerten Vorbehalten gegenüber der Weiterentwicklung der Kernenergetik wird eine Entscheidung durch die verantwortlichen staatlichen Stellen erschwert oder unmöglich gemacht.« Aus der Sicht des Rates wurde darauf hingewiesen, daß er die volkswirtschaftlichen Parameter nicht übersähe und auch solche Voraussetzungen wie die Bereitstellung von Uran durch die UdSSR, von Materialien und Industriekapazitäten in der DDR weder abschätzen noch beeinflussen könnte.

247 Arch ZfK 0/144*. Es wurde dazu ein Brief des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen, Wilhelm Girnus, verlesen, der diesen Beschluß enthielt. Kurt Schwabe, zu dieser Zeit Rektor der TU Dresden, äußerte in der Sitzung, daß ein Institut für Kernphysik an der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der TU gegründet und eine Abteilung Kernenergetik von der Fakultät für Maschinenbau übernommen werden sollte.

248 Auf dieser Tagung wurde der Wissenschaftliche Rat als Fachgruppe des Forschungsrates konstituiert. Ebd.

249 Arch ZfK 0/145* und 0/145A.

250 Arch ZfK 0/144A. Niederschrift vom 16. Oktober 1963.

Der Rat könnte nur aufmerksam machen. Dieses Eingeständnis nach achtjähriger Tätigkeit des Rates stand auch für eine mangelhafte Koordination in der Administration der DDR. Es hieß abschließend in der Niederschrift, daß, »wenn die Nutzung der Kernenergie in der DDR überhaupt ernsthaft erwogen wird,« man möglichst bald mit der Vorbereitung eines Projektes beginnen müßte. Ein wenig effektiver Zirkel schien von vorn zu beginnen. Klaus Fuchs forderte in dem Antwortbrief vom 22. Oktober 1963 an Günther Wyschofsky von der SPK u. a. die Realisierung der Ausbaustufe AKW I/2 und die Koordination der Entwicklung von Leistungsreaktoren im Rahmen des RGW.²⁵¹

5.4 Abschließende Kommentierung zum bisherigen Entwicklungsabschnitt der Kernenergienutzung

Alle bisherigen Bestrebungen nach eigenen Entwicklungsanteilen beim Bau von Leistungsreaktoren hatten sich als nicht realisierbar, fern von den Möglichkeiten der DDR erwiesen. Aus heutiger Sicht erweist sich ein Brief Max Steenbecks an den kommissarischen Leiter des AKK, Bertram Winde, vom 11. November 1961 als wesentlich.²⁵² Als Mitglied der Energiekommission des Forschungsrates äußerte Max Steenbeck »einige ernste Besorgnisse über den Ablauf der weiteren Arbeit auf dem Gebiet der Kernenergetik in der DDR«. Zum Bau des AKW Rheinsberg formulierte er eine 1962 auch in der SPK erörterte Variante: »Es steht wohl außer Zweifel, daß wir vom Standpunkt einer rein finanziellen Bilanz am meisten einsparen würden, wenn wir den Weiterbau sofort einstellen und den bisherigen Bau als einen Torso stehen lassen würden.« Der Briefschreiber verneinte diesen Weg unter der Voraussetzung, daß das Kraftwerk »als großtechnische Versuchs- und Prüfanlage« betrieben würde. Dazu sollten die Experten möglichst bald eine Richtung für die weitere Arbeit ausarbeiten. Das Kraftwerk nur als Stromquelle zu betreiben, bei Selbstkosten von etwa 10 Pf. pro Kilowattstunde, bezeichnete er als »denkbar unökonomisch«. Dennoch blieb diese Variante am Ende übrig. Max Steenbeck aber plädierte damals für die Vorbereitung eigener Entwicklungsvorhaben, um später nicht nur ein Kraftwerk nach Anweisung zu betreiben. Sehr bedeutsam war die folgende Formulierung des profilierten Fachmanns: »Wir dürfen es uns jedenfalls unter keinen Umständen leisten, dann wieder ähnlich unvorbereitet mit dem Kernkraftwerksbau zu beginnen, wie es beim 1. AKW geschehen ist. Auch diese

251 Ebd.

252 BArch Potsdam DF1/1143.

Erfahrung haben wir teuer genug bezahlt.« Dies wies deutlich darauf hin, daß der von der SED auf der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 verkündete Bau eines Atomkraftwerks sehr voreilig war.

In der Richtung des Kaufs kompletter Kernkraftwerke lag nun der Ministerratsbeschluß vom 2. Juli 1965, der die Vorbereitung eines Abkommens mit der UdSSR über die Lieferung von Kernkraftwerken und über Leistungen sowjetischer Einrichtungen zu ihrem Betrieb in der DDR zum Gegenstand hatte.²⁵³ Die bei den vorhergehenden Beschlüssen des Präsidiums des Ministerrates aktenkundige Konsultation bzw. Kenntnisnahme durch den Wissenschaftlichen Rat fehlte nunmehr.

Ein wesentlicher Mangel der bisherigen Kernenergiepolitik der DDR war, daß keine zentrale Aufgabenstellung gefunden wurde. So versuchte man im ZfK ab 1964, im Umfeld des Schnellen Brutreaktors, insbesondere des Kernbrennstoffzyklus, dieses zu erreichen. Ebenso wie bei der angestrebten Herstellung von Brennelementen für das Kernkraftwerk in Rheinsberg konnten in der Zusammenarbeit mit der UdSSR keine ökonomischen Ergebnisse erreicht werden.

Eine umfangreiche Arbeit zur Voraussage der mutmaßlichen Entwicklung der Kernenergie in der DDR und der abgeleiteten Konsequenzen, ein von Anfang an intensiv bearbeitetes Feld, setzte bald wieder ein. Im Oktober 1967 legte die Gruppe Energie beim Forschungsrat der DDR eine Prognose zur Entwicklung der Kernenergie in der DDR bis zum Jahre 2000 (!) vor. Über die tatsächliche Entwicklung bis 1990 liegt bisher wenig zusammenfassende aktuelle Literatur vor.²⁵⁴

Kritische Urteile der DDR-Führung über ihre eigene Tätigkeit auf dem Gebiet der Kernenergienutzung hatten Seltenheitswert. In einer Information des Ministerrates der DDR zum Kernkraftwerksbau vom 29. Oktober 1985 hieß es nach 20 Jahren einleitend: »Die Planung der Vorbereitung und Errichtung von Kernkraftwerken in der DDR war in den 60er Jahren von einer Überschätzung des möglichen Tempos der Entwicklung der Kernenergie gekennzeichnet. Der wissenschaftlich-technische Vorlauf war nicht ausreichend gesichert.«²⁵⁵

Der Optimismus der DDR-Führung der Anfangsjahre zur Kernenergie war nach einigen Jahren längst verflogen und die Beschäftigung der Parteiführung mit diesen Fragen wurde zunehmend unerfreulich. Auf den Tagesordnungen des Politbüros der SED erschien dieses Gebiet nun-

253 BArch Potsdam C-20 I/4-1156 und 1158. Auf dieser Basis begann 1968 der Bau des KKW Lubmin bei Greifswald.

254 Vgl. Horlamus.

255 SAPMO-BArch DY 30 JIV 4/9.

mehr einmal im Jahr, dagegen stand es in den Anfangsjahren 1955/56 etwa fünf- bis sechsmal jährlich auf der Tagesordnung.²⁵⁶

Am 9. Mai 1966, mehr als acht Jahre nach dem Baubeginn, wurde das KKW Rheinsberg an das Netz geschaltet. Eine wirtschaftliche Erfolgsbilanz war nicht zu ziehen. Im Gegensatz zu den eben zitierten Bedenken des Fachmanns Max Steenbeck führte das Politbüromitglied Alfred Neumann bei seiner Festansprache u. a. aus: »Der Bau des Atomkraftwerkes Rheinsberg ist ein Meilenstein auf dem Weg der progressiven Entwicklung unserer Volkswirtschaft und Ausdruck der Zielstrebigkeit von Partei und Regierung, den technischen Fortschritt für den gesellschaftlichen Fortschritt, für das Glück des Volkes zu nutzen.« Er erklärte, daß dank der Hilfe durch die UdSSR die Wissenschaftler und Techniker der DDR auf dem Sektor des Kernkraftwerkbaus heute den Anschluß an die Weltspitze erreicht hätten.²⁵⁷

6. Resümee

Die hier betrachtete Entwicklungsphase der Nutzung der Kernenergie von 1955 bis etwa 1962 war international gekennzeichnet durch den Optimismus der 1. Genfer Konferenz 1955 und die angesichts noch nicht gelöster Probleme eher kritisch abwägende Haltung der 2. Genfer Konferenz 1958. Sie wurde auch so von den Wissenschaftlern der DDR erlebt.

Auch die Staats- und Parteiführung zeigte zunächst eine große Erwartungshaltung. Aus wirtschaftlichen Gründen hoffte sie bei der Konsolidierung der Industrie der DDR auf eine schon mittelfristige Verbesserung der Energiewirtschaft. Vor allem glaubte sie, ihren Mitte der 50er Jahre vertretenen Anspruch der Vorbildwirkung der DDR für ganz Deutschland durch den Einsatz der Kernenergie politisch und wirtschaftlich bekräftigen zu können.

Angesichts der auftretenden Verzögerungen beim Beginn des Aufbaus von Kernforschung und Kerntechnik in der DDR, bei ohnehin schon vorhandenen Rückständen zum westlichen Stand, wuchs die Kritik führender Wissenschaftler zur einheimischen Entwicklung der Kernenergienutzung, zumal ihnen viele Probleme hausgemacht schienen. Dazu gehörten die schlechte Koordinierung mit der UdSSR und der unbefriedigende Stand der Gerätetechnik. Auch die SED-Führung war 1958/59 mit dem erreichten Stand unzufrieden und aktivierte ihre ZK-Kommission für

256 Ohne die Beratungen zur »SDAG Wismut«.

257 Vgl. Mühler.

Kernforschung und Kerntechnik. An der aus der Parteiideologie abgeleiteten Führungsrolle auch bei der Kernenergiepolitik ließ die SED keine Abstriche zu, gab ehrgeizige Pläne nur zögernd auf.

Aus diesem Abschnitt der Erschließung der Kernenergie in der DDR bis etwa 1962 können aus den vorliegenden Untersuchungen zusammenfassend die folgenden Aussagen gemacht werden:

- Die Vorbereitungen für die Einführung der Kernenergie begannen in der DDR auf breiter Grundlage. Dabei erfolgten schon im Zeitraum der noch gültigen alliierten Beschränkungen für Arbeiten zur Kernphysik, also vor der Souveränitätserklärung durch die UdSSR im September 1955, wesentliche Aktivitäten. Einen entsprechenden politischen Stellenwert erhielt die Kernenergetik im System der SED-Führung, die am Anfang die für ihren Ausbau notwendigen organisatorischen Maßnahmen im ZK-Apparat selbst traf. Die sehr ehrgeizige Planung umfaßte zunächst nicht nur eigene Reaktorkonzepte, sondern auch Teile der Kernbrennstoff- und Materialwirtschaft. Obwohl technisch von der sowjetischen KKW-Entwicklung vollständig abhängig, ging die anfangs von der DDR-Führung angestrebte KKW-Zubaurate über die technische Planung der UdSSR hinaus. Bis zuletzt konnten alle auf technische Eigenentwicklungen hinauslaufenden Pläne, von denen sich die Führung ökonomischen Nutzen versprach, nicht verwirklicht werden.
- Die öffentlichen Verlautbarungen von Partei und Regierung im Zusammenhang mit der neuen Technologie der Kernenergetik erfolgten meist im Stil politischer Agitation. Sie hatten ihren Ursprung im Apparat des ZK der SED. Insbesondere suchte man die Konsequenzen des Einsatzes der Kernenergie als neuer Produktivkraft in das marxistisch-leninistische Weltbild einzuordnen. Ihre optimale Anwendung billigte man nur dem »sozialistischen« System zu, während für die gleichen Aktivitäten unter kapitalistischen Verhältnissen Widersprüche prophezeit wurden.
- Im Gegensatz zur internationalen Verlangsamung der Kernenergieentwicklung im Zuge der 2. Genfer Konferenz Ende 1958, besonders ausgeprägt auch in der UdSSR, reduzierte die DDR-Führung im Laufe des Jahres 1959 ihre Pläne nur zögernd. Eine Ursache dafür könnten die gerade erst im Juli 1958 durch die SED-Führung auf ihrem V. Partei-

tag beschlossenen Maßnahmen für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der DDR, den forcierten Ausbau wichtiger Industrien auf möglichst hohem Niveau, sein. Die Änderung der Kernenergiepläne der DDR wurde nun auch durch die notwendige Abstimmung mit der Planung der sowjetischen Kerntechnik unbedingt erforderlich, von der die DDR-Entwicklung vollständig abhängig war. Ein rigoroser Einschnitt in die Kernforschung und Kerntechnik, besonders betreffend die Kernenergienutzung, bahnte sich 1961/62 an und manifestierte sich in dem Ministerratsbeschuß vom Dezember 1962.

- Die »politisch-ideologische« Disziplinierung der Wissenschaftler und Studenten des Fachgebiets erfolgte, soweit dies gelang, durch das Amt für Kernforschung und Kerntechnik, das seinerseits unter der Kontrolle des ZK-Apparats der SED stand. Trotz der durch die DDR-Führung gewährten Privilegien zugunsten führender Wissenschaftler blieben Spannungen mit ihnen bestehen. Gegen Ende der 50er Jahre kulminierte die Kritik der profilierten Fachleute an den Maßnahmen von Partei und Regierung. Besonders in der mangelhaften Organisation der Zusammenarbeit mit sowjetischen Einrichtungen und der ständigen Einmischung von Gremien der SED in den Wissenschaftsbetrieb sahen die Wissenschaftler die Gründe für die unbefriedigende Entwicklung zur Erschließung der Kernenergie in der DDR.
- Der Ministerratsbeschuß über die bedeutende Reduzierung der Arbeiten zur Kernforschung und Kerntechnik Ende 1962 war ein Eingeständnis der ehrgeizigen Fehlplanung besonders der Kernenergienutzung. Sichtbarer Ausdruck dafür war die Auflösung des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik und die vorzeitige Abberufung seines Leiters. Der sehr verspätet fertiggestellte Aufbau des sowjetischen KKW-Typs in Rheinsberg konnte angesichts der einst gehegten Pläne nicht befriedigen. Später setzte die DDR-Führung entsprechend dem Ministerratsbeschuß vom Juli 1965 auf den Import kompletter Kernkraftwerke aus der UdSSR ohne einen eigenen Entwicklungsanteil. Daß dieser Prozeß zur Kernenergienutzung von 1955 bis 1962 mit großen ökonomischen Verlusten verbunden war, ist abschließend zu folgern.
- Die ideologischen Ansprüche der SED zur Kernenergiepolitik gegenüber der westlichen kapitalistischen Gesellschaft wurden durch eine gegenteilige Entwicklung widerlegt.

7. Anhang

7.1 Zwei Erklärungen am Beginn der Entwicklung von Kernforschung und Kerntechnik in der DDR

Protokoll 5/55 der Präsidentenbesprechung der DAW vom 25. Januar 1955. Erklärung der Akademie zum Beschluß der Regierung der UdSSR über den Aufbau eines kernphysikalischen Forschungszentrums. Berichterstatter Wittbrodt.²⁵⁸

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin begrüßt den Beschluß der Regierung der UdSSR, den Aufbau eines Forschungszentrums für Kernphysik in der Deutschen Demokratischen Republik durch wissenschaftliche und technische Hilfeleistung zu unterstützen.

Die friedliche Anwendung der Errungenschaften der kernphysikalischen Forschung hat große Bedeutung für die weitere Entwicklung der gesamten Naturwissenschaften, der Medizin und der Technik. So kann man mit Hilfe radioaktiver Isotope einzelne Atome markieren und Elementarprozesse chemischer Reaktionen vor allem auch in der Biologie und Medizin verfolgen, was mit den bisherigen Methoden nicht möglich war. Wesentliche Bedeutung kommt der Anwendung radioaktiver Isotope für die Behandlung verschiedener Krankheiten, insbesondere des Krebses, zu. In der industriellen Produktion ermöglicht die Verwendung radioaktiver Isotope auf vielen Gebieten neue Verfahren, durch die der Arbeitsaufwand erniedrigt und die Qualität der Erzeugnisse gesteigert werden kann.

Die technische Steuerung der ungeheuren Energien atomarer Prozesse wird die Energieerzeugung, -verteilung und -verwendung revolutionierend beeinflussen und durch Entlastung des Menschen von schwerer körperlicher Arbeit seine Kräfte für eine Verbesserung und Veredelung des Lebens freimachen.

Die führenden Wissenschaftler unseres Landes können ermessen, welch großen finanziellen und materiellen Aufwandes es bedurft hätte, auch für unsere Wissenschaft und Technik die notwendigen Voraussetzungen für diese friedlichen Anwendungen der Atomenergie zu schaffen.

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin erblickt daher in dem Beschluß der Regierung der UdSSR eine freundschaftliche Hilfe größten Ausmaßes, durch die unseren Wissenschaftlern und Technikern

258 Arch BBAW P2/7 5/55.

eine jahrelange Arbeit und unserer Volkswirtschaft große Mittel erspart werden.

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften ist überzeugt, daß unsere Wissenschaftler ihre ganze Kraft für die friedliche Anwendung der Atomenergie einsetzen werden. Sie sichert der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bei der Durchführung aller zu treffenden Maßnahmen ihre volle Unterstützung zu.

Präsident
gez. Prof. Dr. Dr. h. c. W. Friedrich

Vizepräsident
gez. Prof. Dr. H. Ertel

Vizepräsident
gez. Prof. Dr. W. Steinitz

Wissenschaftlicher Direktor
gez. Dr. H. Wittbrodt

*Notizen für die Ansprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor dem Ministerrat am 10. November 1955.*²⁵⁹

Für Gen. Grotewohl.
Notizen für die Besprechung mit den Wissenschaftlern
(friedliche Nutzung der Atomenergie).

Wir haben uns heute hier versammelt, um die Organisierung der Arbeiten an einem der bedeutensten Probleme der modernen Wissenschaft und Technik in der Deutschen Demokratischen Republik zu beraten. Die Deutsche Demokratische Republik als der legitime deutsche Staat hat die Verpflichtung, auf allen Gebieten der ökonomischen und kulturellen Tätigkeit der Menschen Maßstäbe zu schaffen, die für ganz Deutschland verpflichtend sein sollen. Aus diesem Grunde hat die Deutsche Demokratische Republik es immer als ihre besondere Verpflichtung angesehen, die Entwicklung der Wissenschaft und Kultur in der Deutschen Demokratischen Republik zu fördern, insbesondere die großen Traditionen der Wissenschaft und der Kultur in Deutschland zu pflegen und durch Entwicklung der materiellen Voraussetzungen die Deutsche

259 BArch Potsdam C-20 I/3-263.

Demokratische Republik zu einer wahren Pflegestätte der Wissenschaft und des kulturellen Lebens zu machen.

Das Gebiet, um das es heute gehen soll, ist nun in höchstem Maße berufen, auf die Entwicklung der Wissenschaft und des Lebensstandards der Menschen in der Zukunft einzuwirken und die Größe dieser Perspektive rechtfertigt die besondere Behandlung. Die Kernphysik und die Kerntechnik haben sich, ausgehend von der grundlegenden Entdeckung der Uranspaltung durch Hahn und Straßmann im Jahre 1938, vor allem in der UdSSR, in den USA und England stürmisch entwickelt. Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind von ungeheurem Ausmaß, sie eröffnen großartige Perspektiven für die Entwicklung einer friedlichen, zum Wohle der Menschheit reichenden Wissenschaft und Technik. Es ist selbstverständlich, daß jeder moderne souveräne Staat das Bestreben haben muß, an dieser wissenschaftlich-technischen Entwicklung teilzunehmen und seinen Menschen die Möglichkeit für schöpferische Arbeit, für eine hochqualifizierte und interessante Tätigkeit und einen entsprechend hohen Lebensstandard zu sichern.

Wir und alle friedliebenden Menschen in der Welt müssen die große Initiative der Sowjetunion immer wieder dankbar anerkennen, die bewirkt hat, daß die Kernphysik und die Kerntechnik, die jahrelang unter Führung der USA hauptsächlich unter dem Aspekt der Herstellung von atomaren Waffen, d.h. Massenvernichtungsmitteln schlimmster Art, entwickelt wurde, nunmehr als der wohl mächtigste Faktor einer künftigen Entwicklung der Produktivkräfte einer friedlichen koexistierenden Welt erkannt und anerkannt worden ist. Diesem Erfolg der Sowjetunion kommt eine große politische Bedeutung zu, da er ein wesentlicher Beitrag zur Entspannung der internationalen Lage ist. Während bis zum Sommer 1955, bis zu den der friedlichen Anwendung der Atomenergie gewidmeten internationalen Konferenzen von Moskau und Genf weite Gebiete der Kernphysik und Kerntechnik wegen der militärischen Anwendungen geheimgehalten wurden und dadurch faktisch die Entwicklung der friedlichen Anwendungen des gesamten Gebietes in allen Ländern erheblich erschwert wurde, ist heute die wissenschaftliche Zusammenarbeit, der freimütige Meinungs austausch zumindestens begonnen worden. Das auf diesen Tagungen veröffentlichte wissenschaftliche Material umfaßt Ergebnisse auf vielen wichtigen Gebieten, die sowohl auf dem Gebiet der Energieerzeugung wie auch der Anwendung der Radioisotope in Physik, Chemie, Medizin, Biologie und Technik liegen. Die Veröffentlichungen dieser Ergebnisse schaffen die Möglichkeit

für eine beschleunigte Entwicklung des gesamten Gebietes der Kernphysik und der Kerntechnik.

Durch ihr großzügiges Angebot an einige befreundete Länder und auch an die Deutsche Demokratische Republik durch Lieferung von Reaktoren und Beschleunigern, sowie durch wissenschaftliche Beratung, den Aufbau der kernphysikalischen Forschung in diesen Ländern anzubahnen, hat die Sowjetunion in wahrhaft freundschaftlicher Weise auch uns den Anschluß an diese bedeutsame Entwicklung ermöglicht. Man kann den ganzen Umfang der Bedeutung dieses Hilfsangebotes nur ermessen, wenn man sich konkret vor Augen hält, wie groß in den auf dem Gebiet der Kernphysik führenden Ländern der Vorsprung bereits geworden ist. Auf der Konferenz in Genf hat sich herausgestellt, daß selbst führende Kernphysiker anderer Länder, z.B. auch der westdeutschen Bundesrepublik, Mühe haben, die mitgeteilten Ergebnisse zu verstehen. Und es wurde von einem etwa 10jährigen Vorsprung der führenden Länder vor den anderen gesprochen. Nun, die Hilfe der Sowjetunion wird für uns in einer verhältnismäßig kurzen Zeit von wenigen Jahren die Möglichkeit schaffen, uns die wesentlichsten Ergebnisse anzueignen, sie für unsere Wissenschaft und Technik nutzbar zu machen und dann mit einer selbständigen schöpferischen Tätigkeit zu beginnen. Wir müssen diesen Weg voller Dankbarkeit gehen und dürfen nicht vergessen, daß die Völker der Sowjetunion und der befreundeten Länder voller Erwartung auf diesen unseren Beitrag zur Entwicklung der Produktivkräfte des Friedenslagers schauen. Unsere Freunde wissen, wie groß der Anteil Deutschlands an der Entwicklung der modernen Quantenphysik war. Sie wissen, daß die Entwicklung von Männern wie Planck, Einstein, James Frank, Gustav Hertz, Max Born, Arnold Sommerfeld, Werner Heisenberg, Otto Hahn wesentlich gestaltet wurde und daß die große Tradition der Physik und der physikalischen Technik in Deutschland auch heute lebt und daß sie vor allen Dingen in der Deutschen Demokratischen Republik eine ihrer Bedeutung angemessene Pflegestätte finden muß.

Die Aufgabe, die wir uns selbst zu stellen haben, ist wohl die größte wissenschaftlich-technische Aufgabe, die bisher in der Deutschen Demokratischen Republik gestellt worden ist. Wir wollen voller Optimismus und voller wissenschaftlicher Verantwortlichkeit an diese Aufgabe herangehen und unserem Namen Ehre machen.

7.2 Einige wichtige Daten zur Entwicklung der Kernenergienutzung in der DDR bis 1962

Internationale Ereignisse

- 8.12.1953 Rede Dwight D. Eisenhowers vor der UNO für eine internationale friedliche Nutzung der Atomenergie.
- 1.-20.8.1955 1. Internationale Konferenz über die friedliche Anwendung der Atomenergie in Genf.
- 1.-13.9.1958 2. Internationale Konferenz über die friedliche Anwendung der Atomenergie in Genf.

Ereignisse zur Entwicklung in der DDR

- 14.1.1955 Beschluß des Ministerrates der UdSSR über die »Gewährung wissenschaftlich-technischer und betriebspraktischer Hilfe« für andere Staaten, darunter auch für die DDR, bei der Entwicklung der Forschungen zur Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke.
- 28.4.1955 Abschluß des »Abkommens über die Hilfeleistung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an die Deutsche Demokratische Republik auf dem Gebiet der Physik des Atomkerns und die Nutzung der Atomenergie für die Bedürfnisse der Volkswirtschaft«.
- 20.9.1955 Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR (DDR hinsichtlich der Innen- und Außenpolitik unabhängig).
- 10.11.1955 Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der DDR über »Maßnahmen zur Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke«. Es wurden u.a. gegründet das Amt für Kernforschung und Kerntechnik beim Ministerrat, die Fakultät für

- Kerntechnik an der TH Dresden (ab 22.11.1955 wirksam), der Wissenschaftliche Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie (konstituierende Sitzung am 9.12.1955) und das Zentralinstitut für Kernphysik Rossendorf (ab 1.1.1956 wirksam).
24. – 30.3.1956 Auf der 3. Parteikonferenz der SED wurde der Bau des ersten Atomkraftwerks der DDR in Rheinsberg/Mark beschlossen. Dazu erfolgten der Vertragsabschluß mit der UdSSR am 17.7.1956 und der Beschluß des Präsidiums des Ministerrates am 20.7.1956. Der Baubeginn war am 7.10.1957, die Inbetriebnahme am 9.5.1966.
- 16.12.1957 Der Forschungsreaktor des Zentralinstituts für Kernphysik wurde kritisch.
- 19.12.1962 Mit dem Beschluß »über die weitere Arbeit auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik« sanktionierte das Präsidium der Ministerrates die seit 1961 laufenden einschneidenden Maßnahmen zur Reduzierung der in der DDR zur Kernforschung und Kerntechnik eingesetzten Kapazitäten.

7.3 Abkürzungsverzeichnis

AKK	Amt für Kernforschung und Kerntechnik beim Ministerrat der DDR, anfangs auch AfKK
AKW	Atomkraftwerk (veraltete Bezeichnung der 50er Jahre für Kernkraftwerk)
AKW I	Atomkraftwerk Rheinsberg/Mark, erstes Kernkraftwerk der DDR
AKW I/2	anfangs geplante, aber nicht verwirklichte Ausbaustufe des Atomkraftwerks Rheinsberg
Arch BBAW	Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
Arch ZfK	Archiv des ehemaligen ZfK Rossendorf
BArch Potsdam	Bundesarchiv Potsdam
DAW	Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (für die DDR)
EPkA	VEB »Entwicklung und Projektierung kerntechnischer Anlagen« zu Berlin, Nachfolger des WTBR bis 1963
FZR	Forschungszentrum Rossendorf e. V.
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NVA	Nationale Volksarmee (der DDR)
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAPMO-BArch	Stiftung »Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« zu Berlin im Bundesarchiv
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SPK	Staatliche Plankommission der DDR
WTBR	Wissenschaftlich-Technisches Büro für Reaktorbau Berlin
ZfK	Zentralinstitut für Kernphysik (später Kernforschung)
ZK	Zentralkomitee (der SED)

7.4 Quellen und Literaturangaben

Archivalien

Archiv des ehemaligen Zentralinstituts für Kernforschung Rossendorf (Arch ZfK)

Bestände: 0/140, 0/144, 0/144*, 0/144A, 0/145, 0/145*, 0/145A, 0/202, 0/210A, 0/539*, 0/540*, 0/653, 0/653*, 0/654, 0/672, 907, VS DR I/4 39/59.

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Arch BBAW)

Bestände: AKL 29; 89; 347; 456; 457; 461; 463,

NL 355; 356; 358; 373,

P 2/7 5/55; 2/7 22/55; 2/7 27/55; 2/7 33/55; 2/7 36/55; 2/7 39/55; 2/7 44/55; 2/8 46/55.

Bundesarchiv Potsdam (BArch Potsdam)

Bestände: C-20 I 3-262; 3-263; 4-369; 4-439; 4-456; 4-457; 4-659; 4-664; 4-1156; 4-1158; 5-2.

Bundesarchiv Potsdam, Außenstelle Coswig/Anhalt (BArch Potsdam)

Bestände: DF 1/1; 1/30; 1/35; 1/61; 1/67; 1/70; 1/75; 1/79; 1/84; 1/282; 1/531; 1/542; 1/548; 1/551; 1/568; 1/654; 1/723; 1/796; 1/860; 1/874; 1/878; 1/880; 1/1143; 1/1146.

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch)

Bestände: DY 30 IV 1/3/1; 2/2.024/72; 2/2.029/43; 2/2.029/44, 2/2.029/133, 2.029/160; 2/2.069/160; 2/9.04/288-290; 2/607/13; 2/607/15; 2/607/26; 2/607/70,

DY 30 JIV 2/2/417; 2/2/427; 2/2/442; 2/2/445; 2/2/446; 2/2/471; 2/2/598; 2/2/626; 2/2A/382; 2/2A/421, 2/2A/432, 2/2A/449, 2/2A/674; 2/3A/495; 2/607/1; 4/9.

Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Bestand: MfS-AIM 2753/67.

Publizierte Quellen

Das Atomenergiegesetz der DDR. In: Mitteilungen aus Kernforschung und Kerntechnik, 4(1962), Sondernummer.

Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik 1951-1955 vom 1. November 1951. Amt für Information der Regierung der DDR.

Literaturverzeichnis

Bartel, Horst u. a. (Hg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 7. Berlin 1966.

Barwich, Heinz/Barwich, Elfi: Das rote Atom. München/Bern 1967.

Deppe, Rainer/Dubiel, Helmut/Röckel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt a.M. 1991.

Fuchs, Klaus/Collatz, Siegwart/Rockstroh, Rudi: Die Entwicklung der Kernenergetik in der UdSSR und ihre internationalen Auswirkungen. In: Spektrum 13(1967), Sonderausgabe Oktoberrevolution, S. 396-401.

Horlamus, Wolfgang: Die Kernenergiewirtschaft der DDR. In: Meier/Nakath/Welker (Hg.): hefte zur ddr-geschichte Nr 17, Berlin 1994.

Meuschel, Sigrid: Wandel durch Auflehnung. In: Deppe/Dubiel/Röckel.

Mühler, Karl-Fritz (Hg.): Studien zu einem Abriß der Geschichte der Elektroenergieerzeugung auf dem Gebiet der DDR seit 1945. Vetschau 1984.

Müller, Wolfgang D.: Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland, Anfänge und Weichenstellungen. Stuttgart 1990.

Weber, Hermann: Geschichte der DDR. München 1989.

N.N.: Kernforschung und Kerntechnik in der DDR, Forschungsinstitut Manfred von Ardenne, Dresden - Weißer Hirsch. In: Kernenergie 4(1961) S. 874-879.

Rambusch, Karl: Fünf Jahre Kernforschung und Kerntechnik in der DDR. In: Kernenergie 3(1960) S. 932-940.

Selbmann, Fritz: Neue Probleme der Technik. In: Bergakademie 7(1956) S. 312-318.

Winde, Bertram/Ziert, Lotar: Organisation der Kernforschung und Kerntechnik in der DDR. Leipzig 1961.

Zum Autor

Eckhard Hampe, Dr.-Ing., geb. 1934. Nach dem Studium der Werkstoffkunde an der TH Dresden tätig von 1959 bis 1991 im ZfK Rossendorf überwiegend auf Gebieten der Reaktorwerkstoffe, davon 1970 bis 1980 als Abteilungsleiter. Von 1992 bis 1995 Mitarbeit an einem Projekt zur Wissenschaftsgeschichte des ZfK Rossendorf.

Weitere Hefte dieser Reihe:

- Nr. 1 *Gerhard Barkleit, Heinz Hartlepp:*
Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR 1952 – 1961
ISBN 3-931648-00-1
- Nr. 2 *Michael Richter:*
Die Revolution in Deutschland 1989/90.
Anmerkungen zum Charakter der »Wende«
ISBN 3-931648-01-X
- Nr. 3 *Jörg Osterloh:*
Sowjetische Kriegsgefangene 1941 – 1945 im Spiegel nationaler
und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und
Bibliographie
ISBN 3-931648-02-8
- Nr. 4 *Klaus-Dieter Müller, Jörg Osterloh:*
Die Andere DDR.
Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel
persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente
ISBN 3-931648-03-6
- Nr. 5 *Gerhard Barkleit:*
Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR
ISBN 3-931648-04-4
- Nr. 6 *Christoph Boyer:*
»Die Kader entscheiden alles ... «
Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwal-
tung der SBZ und der frühen DDR (1945 – 1952)
ISBN 3-931648-05-2
- Nr. 7 *Horst Haun:*
Der Geschichtsbeschuß der SED 1955.
Programmdokument für die »volle Durchsetzung des Marxismus-
Leninismus« in der DDR-Geschichtswissenschaft
ISBN 3-931648-06-0
- Nr. 8 *Erich Sobeslavsky, Nikolaus Joachim Lehmann:*
Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung
in der DDR 1946 – 1968
ISBN 3-931648-07-9
- Nr. 9 *Manfred Zeidler:*
Stalinjustiz kontra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse
gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren
1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme
ISBN 3-931648-08-7

Die Hefte können zum Preis von 5,40 DM incl. Mwst. zzgl. Versandkosten bezogen werden über:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V., 01062 Dresden
Tel.: (0351) 463 32802, Fax: (0351) 463 36079

Reihe »Vorträge aus dem Hannah-Arendt-Institut«

- Heft 1 Ansprachen zur Eröffnung am 17. Juni 1993
ISBN 3-929048-60-4
- Heft 2 *Manfred Hagen:*
‘Wir sind doch nicht geschlagen?!’ Erste Reaktionen
der SED-Führung auf die Volkserhebung 1953
ISBN 3-929048-61-2
- Heft 3 *Hans Joachim Meyer:*
Gedanken zur Situation der Geisteswissenschaften
ISBN 3-929048-62-0
- Heft 4 *Götz Bergander:*
Kalkül und Routine. Dresdens Rolle in der britisch-
amerikanischen Luftkriegsplanung
ISBN 3-929048-64-7
- Heft 5 *Norbert Kapferer:*
Der Totalitarismusbegriff auf dem Prüfstand
ISBN 3-929048-65-5
- Heft 6 *Friedrich Pohlmann:*
Ideologie, Herrschaftsorganisation und Terror
im Nationalsozialismus
ISBN 3-929048-66-3
- Heft 7 *Uwe Grüning:*
»Vom Leben des Geistes« – Ein Essay
(anlässlich des 20. Todestages von Hannah Arendt)
ISBN 3-929048-67-1

Die Hefte können zum Preis von 4,80 DM incl. Mwst. zzgl. Versandkosten bezogen werden über:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V., 01062 Dresden
Tel.: (0351) 463 32802, Fax: (0351) 463 36079